Donnerstag, 25. Juli 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 18 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 170 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Waldschäden: Bereits die Hälfte des deutschen Waldes ist nach Darstellung der Bundesregierung in Mitleidenschaft gezogen. Zwar flache der Trend der Schadenszunahme bei Nadelbäumen ab, doch beschleunige er sich bei den Laubbäumen, besonders bei Buche und Eiche. (S. 6)

Medien: Sechs europäische Fernsehanstalten, darunter das Zweite Deutsche Fernsehen, haben in Zürich eine europäische Produktionsgemeinschaft für Fernsehprogramme gegründet. Sie soll sich vorwiegend mit der Herstellung langlaufender Spielserien als Gegengewicht zu erfolgreichen US-Programmen wie „Dallas" oder „Denver" befassen. (S. 4)

„Haus der Geschichte": 1988 soll in Bonn mit dem Bau eines Museums zur Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte begonnen werden, beschloß gestern das Bundeskabinett. Für das Projekt ist ein Finanzrahmen von rund 90 Millionen Mark vorgesehen. (S. 10)

Privatuni: Als Ersatz für das geplatzte Projekt einer privaten Medizin-Hochschule hat die bayerische Landesregierung der Stadt Ingolstadt die Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Verbindung mit der Katholischen Universität Eichstätt in Aussicht gestellt. (S. 4)

Neuer Weg: Hamburg will Junglehrer künftig nicht mehr ausschließlich für den Schuldienst einstellen. Wer von 1986 an einen Zwei-Drittel-Anstellungsvertrag erhält, soll sich bereit erklären, bei Bedarf auch andere gleichartige Tätigkeiten im öffentlichen Dienst zu übernehmen. (S. 4)

Verfassungsklage: Ein Normenkontrollverfahren hat die Bundesregierung in Karlsruhe zur Überprüfung von Teilen des hessischen Personalvertretungsgesetzes eingeleitet. Bonn hält die Mitbestimmung z. B. beim Erlaß von Verwaltungsanordnungen und bei der Datenverarbeitung im Personalbereich für verfassungswidrig. (S. 10)

Leiharbeit: Unternehmer, die für eine bestimmte Zeit Arbeitnehmer ausleihen, sollen künftig für deren Lohnsteuer haften, sieht eine geplante Gesetzesänderung der Bundesregierung vor.

Attentat: Mit fünf Schüssen in den Kopf ist der Erste Sekretär der jordanischen Botschaft in Ankara, Saïd Sati, gestern in seinem Auto ermordet worden. (S. 4)

Nahost: Ägypten will alle Beschränkungen der Beziehungen zu Israel in den Bereichen Handel und Tourismus aufheben, teilte der israelische Regierungschef Peres mit. (S. 4)

ZITAT DES TAGES



„In meiner Sicht ist eine substantielle Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in allen Bereichen, wie Abrüstung und Wirtschaft, kaum denkbar, ohne daß es zu Verbesserungen auf dem Gebiet der Menschenrechte kommt"

Der künftige amerikanische Botschafter in Bonn, Richard Burt, in einer Fernsehdiskussion mit europäischen Journalisten
FOTO: AP

WIRTSCHAFT

Überstunden: Die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Heinemann, Überstunden durch Gesetz zu beschränken, ist in der Wirtschaft auf breite Ablehnung gestoßen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nennt den Vorschlag „beschäftigungsfeindlich". (S. 11)

Warnung an Massa: Das Bundeskartellamt hat die Lebensmittelkette aufgefordert, die ständigen Verkäufe von Lebensmitteln sowie Körperpflege- und Waschmitteln unter Einkaufspreis sofort zu unterlassen. Falls die Firma bis zum 29. Juli dies nicht verbindlich zusage, werde eine einstweilige Anordnung erlassen. (S. 11)

Umweltverschmutzung: Mit fast fünf Millionen Tonnen stieß die „DDR" 1982 fast doppelt soviel Schwefeldioxid aus wie die Bundesrepublik. Grund für die hohen Emissionen ist der Einsatz der besonders schwefelhaltigen Braunkohle. (S. 12)

Börse: An den Aktienmärkten wird über ein Sommerloch geklagt. Die Kurse der meisten Standardaktien gaben gestern nach. Der Rentenmarkt war dagegen gut behauptet. WELT-Aktienindex 197,88 (197,86). BHF-Rentenindex 103,997 (103,998). Performance Index 105,360 (105,331). Dollarmittelkurs 2,8734 (2,8500) Mark. Goldpreis pro Feinunze 317,75 (322,50) Dollar.

KULTUR

Musik: *Ein stark unterschiedliches Niveau kennzeichnete dieses Jahr das Lockenhauser Kammermusikfest im österreichischen Burgenland. Festspielleiter Gidon Kremer hatte zugunsten der jüngeren Generation den treuesten Stützen der vergangenen Jahre eine Pause verordnet. (S. 17)*

Canetti: *Fast 40 Jahre mußte er auf die wohlverdiente Anerkennung warten, dann begannen Preise und Ehrungen – zum Schluß der Nobelpreis für Literatur – auf ihn niederzuregnen. Der Schriftsteller Elias Canetti („Die Blendung", „Masse und Macht") wird heute 80. (S. 17)*

SPORT

Tennis: Viel Mühe hatte Boris Becker (Leimen) bei seinem ersten Spiel nach Wimbledon. In Indianapolis siegte Becker gegen den unbekannten Schweden Pernfors mit 4:6, 7:6, 6:2. (S. 16)

Fußball: Das Spitzenspiel zum Auftakt der Bundesliga zwischen Uerdingen und Bayern München wird endgültig nicht live im Fernsehen gesendet. Der DFB legte ein Veto ein. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Dammbruch: Nach der Katastrophe in den Dolomiten ist einer der mutmaßlichen Verantwortlichen, Giulio Rota, wegen fahrlässiger Tötung verhaftet worden. Er ist Miteigentümer des Bergbaubetriebs, dessen Staudamm gebrochen war. (S. 18)

Surfer: Zwei Franzosen ist erstmals die Atlantik-Überquerung auf einem Surfbrett geglückt. Von New York bis Cornwall (England) benötigten sie 38 Tage. (S. 18)

Wetter: Wolkenarm und sonnig. 24 bis 31 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bessere Luft, Investitionen und neue Arbeitsplätze

Zimmermann gibt schärfere Emissions-Grenzwerte bekannt / „Ohne Beispiel"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat gestern die neue Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) bekanntgegeben. Der Unionspolitiker bezeichnete das Gesetzeswerk, das kurz zuvor vom Bundeskabinett beschlossen worden war, als „zukunftsweisend, weltweit ohne Beispiel und als Vorbild für den internationalen Bereich". Die TA Luft 1985 regelt mit drastischen Beschränkungen die Schadstoff-, Staub- und Geruchsemissionen der Industriebetriebe.

Zimmermann betonte, daß das Gesetz „auf Jahre hinaus die Luftreinhaltung in der Bundesrepublik Deutschland prägen" werde. Der Großteil der Verschärfungen, durch die unter anderem der Industrie-Staubauswurf und die Schwermetall-Belastungen um je 40 Prozent, Schwefeldioxid- und Stickstoffoxid-Emissionen um rund je ein Drittel vermindert werden sollen, werde innerhalb der nächsten fünf Jahre, der Rest längstens innerhalb von zehn Jahren erreicht. Dabei seien die erforderlichen Planungs- und Umrüstungszeiten berücksichtigt.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann habe sich, so Zimmermann, in der Kabinettssitzung nicht zu der Novelle geäußert. Dagegen begrüßte die FDP-Bundestagsfraktion das Zimmermann-Gesetz. Es bringe die „dringend notwendige wesentliche Verschärfung der Richtlinien der Luftreinhaltung", heißt es in einer Presseerklärung. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Umwelt-Industrie sei ein erfreulicher Nebeneffekt.

Nach Einschätzung des Bundesinnenministeriums werden als Folge der schärferen Grenzwerte bei den Herstellern von Umweltschutzanlagen rund 12 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Minister beklagte jedoch, bei Einleitung von Luftreinhaltemaßnahmen noch niemals positive Reaktionen aus der Industrie geerntet zu haben.

Zum ersten Mal werde mit der TA Luft auch ein Konzept zur umweltfreundlichen Sanierung der Altanlagen vorgelegt. Jetzt seien Betriebe eingeschlossen, für die die „Großfeuerungsanlagen-Verordnung" nicht gegolten habe.

Dies betreffe den gesamten Industriebereich, darunter Hochöfen, Kokereien, Chemieanlagen, Raffinerien, die bisher noch nicht geregelten kleinen Feuerungsanlagen und schließlich auch Massentierhaltungen. Hier sollen „Verkapselungen" die auftretenden Geruchsbelästigungen auf ein Minimum reduzieren.

Konsequent werde mit dem Gesetz, so Zimmermann, das Vorsorgeprinzip verwirklicht. Die zulässigen Grenzwerte seien um so enger gefaßt, je höher das Risikopotential des jeweiligen Schadstoffs sei. Der Cadmiumausstoß zum Beispiel, für den seit der gesetzlichen Regelung von 1974 eine Obergrenze von 20 Milligramm je Kubikmeter Abluft zulässig war, wird künftig auf 0,2 Milligramm je Kubikmeter begrenzt. Ebenso verhält es sich bei Quecksilber. Alle organischen Stoffe, bei denen auch nur der Verdacht auf krebserregende Eigenschaften besteht, werden der Kategorie 20 Milligramm zugeordnet. Bei Staub hingegen wird nur noch diffe-

● Fortsetzung Seite 10

Breit: Einiges auf den Weg gebracht

Kohl führt Tarifparteien wieder an einen Tisch / Gespräche im September

GÜNTHER BADING, Bonn

Zum ersten Mal seit dem Boykott der Konzertierten Aktion durch die Gewerkschaften im Juli 1977 werden sich im September wieder Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber an einem Tisch gegenübersitzen, um über konkrete Sachfragen zu sprechen. In einem mehr als vierstündigen Gespräch hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) davon überzeugt, daß zur Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit Regierung und Tarifparteien an einem Strang ziehen müssen und daß deshalb ein „Dreier-Gespräch" zu konkreten, gut vorbereiteten Punkten notwendig sei.

Die DGB-Gewerkschaften hatten im Januar 1977 letztmalig an der Konzertierten Aktion mit Vertretern von Regierung und Unternehmerverbänden teilgenommen, haben aber seit der Arbeitgeberklage gegen die Mitbestimmungsgesetze in jenem Jahr jeden Versuch blockiert, zu einer neuen Dreier-Runde zu kommen. Der Kanzler hat den Bedenken gegen eine Neuauflage der Konzertierten Aktion Rechnung getragen, als er in der übereinstimmend als „sachlich" bezeichneten Unterredung vorschlug, jeder der drei Seiten nur vier oder fünf Teilnehmer zuzubilligen. In der Endphase der Konzertierten Aktion hatten oft mehr als 80 Personen teilgenommen, was Bundesarbeitsminister Blüm veranlaßte, die damalige Veranstaltung als „Ball der Eitelkeiten" abzuqualifizieren.

Blüm bewertete gegenüber der WELT die Aussprache im Kanzleramt als wichtigen Schritt in der Verbesserung des Verhältnisses zwischen DGB und Bundesregierung. Zwar habe es in der Vergangenheit viele bilaterale Gespräche gegeben, das notwendige Dreier-Gespräch der Regierung mit den Sozialpartnern sei aber „ausgefallen". Den Luxus der Gesprächsverweigerung könne man sich bei zwei Millionen Arbeitslosen nicht erlauben. Blüm wertete das Eingehen der DGB-Spitze auf den Kanzlervorschlag nicht als reines „Entgegenkommen". Die Gewerkschaften wüßten wie Unternehmer und Politiker, daß „einer allein die Probleme nicht aus der Welt schaffen kann. Also ist das Dreiergespräch nicht nur ein Entgegenkommen, sondern es dient auch den wohlverstandenen Interessen der Gewerkschaften." Die Unterredung habe gezeigt, daß Gespräche mit dem DGB dann größte Aussicht auf Erfolg hätten, wenn sie „nicht aus dem Stand", sondern gut vorbereitet und zu konkreten Sachfragen geführt würden. Das sei diesmal in sechs Arbeitsgruppen geschehen, bei denen sich vor allem in den Bereichen Technologie, Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche und auch für arbeitslos gewordene Ältere sowie in den Fragen der Strukturreform der Altersversorgung weitgehende Übereinstimmung gezeigt habe. Blüm wurde zusammen mit Wirtschaftsminister Bangemann vom Kanzler beauftragt, das September-Treffen vorzubereiten. Auf DGB-Seite soll diese Aufgabe der stellvertretende Vorsitzende Gerd Muhr und ein weiterer, noch nicht benannter Spitzenfunktionär übernehmen.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Der Knüller im Sommerloch
Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Als vorläufiger Termin ist der 5. September in Aussicht genommen worden. Das Datum muß allerdings noch mit dem Arbeitgeberverband und mit der Deutschen Angestellten-gewerkschaft (DAG), die wohl zu dem Treffen hinzugezogen werden soll, abgestimmt werden. Der Sprecher der Arbeitgeberverbände, Riesenberg, begrüßte gestern in einem Inter-

■ Fortsetzung Seite 10

Frostschutzmittel schon 1981 Ursache eines Todesfalles?

DW./AP, München

Im Zusammenhang mit dem immer weiter um sich greifenden Weinskandal gehen deutsche und österreichische Behörden jetzt auch Fällen nach, in denen Personen durch das Frostschutzmittel Diethylenglykol zu Tode gekommen oder schwer erkrankt sein sollen. So bestätigte die Staatsanwaltschaft München II, daß eine 58jährige Frau 1981 in einem Sanatorium bei Bad Tölz an *Glykolvergiftung gestorben* sei. Bei den damaligen Untersuchungen habe man jedoch nicht an einen Zusammenhang mit gepanschtem Wein gedacht.

Der Münchner Hans Justus Erbs, der von Wiener Zeitungen bereits totgesagt war, hat sich gestern gemeldet. Erbs bestätigte eine lebensgefährliche Erkrankung, die er auf den Genuß österreichischen Weines zurückführt. Er sei im Juni 1981 mit hohem Fieber und in sehr ernstem Zustand zunächst in die Klinik von Bad Tölz eingeliefert, dann aber in das Krankenhaus München-Harlaching überwiesen worden.

Über die Langzeitwirkung von kleinen Dosen Diethylenglykol, das im Körper nierenschädigende Oxalsäure bildet, weiß man noch wenig. Professor Hartmut Uehleke vom Bundesgesundheitsamt in Berlin erläuterte die Wirkung so: „Die Giftstoffe setzen sich in den feinen Kanälen der Niere ab, lassen die Zellen anschwellen und blockieren damit den Nierenstoffwechsel."

Das Bundesgesundheitsministerium hat, wie erst jetzt bekannt wurde, bereits am vergangenen Freitag die Untersuchung von italienischen Perl- *und Schaumweinen vor ihrer Einfuhr* angeordnet, weil in drei Sorten Rückstände von Desinfektionsmitteln gefunden worden sind. Wien bestätigte gestern die Festnahme des 49jährigen Helmut Rotter, der Weinhändlern den Tip mit dem Frostschutzmittel gegeben haben soll.

Seite 3: Eine Spur und ein Berg Arbeit

Kohl steht für Aufschwung der Wirtschaft

GÜNTER BADING, Bonn

Nach dem derzeitigen Stand der Meinungsbefragungen erwartet die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Noelle-Neumann, für die Bundestagswahl 1987 ein „Kopf-an-Kopf-Rennen" sowohl der beiden großen Parteien als auch der jeweiligen Lager. In einer vom Wirtschaftsmagazin „Capital" in Auftrag gegebenen Umfrage vom 2. bis 19. Juli gaben bei der sogenannten „Sonntagsfrage" 45 Prozent der CDU/CSU ihre Stimme, 46 Prozent der SPD, fünf Prozent der FDP und vier Prozent den Grünen. Größere Bedeutung, so erläuterte Frau Noelle-Neumann vor der Presse, komme allerdings der Frage nach der sympathischten Partei zu, weil hier mehr konkrete Antworten gegeben würden. Dabei liegt die CDU/CSU mit 44 Prozent ganz knapp vor der SPD mit 42 Prozent, gefolgt von der FDP mit sechs und den Grünen mit fünf Prozent.

SEITE 10:
Bewußtseinslage

In einer Umfrage über die „Zielprofile" der Spitzenpolitiker habe sich gezeigt, daß bei Kanzler Helmut Kohl (mit 75 Prozent) an erster Stelle das Eintreten für die Stärkung der NATO *und des westlichen Bündnisses stehe*, für 65 Prozent steht der Name Helmut Kohl für „wirtschaftlichen Aufschwung." 69 Prozent der CDU/CSU-Wähler seien mit Kohls Politik einverstanden, nur 49 Prozent der SPD-Wähler hätten dies für Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel geäußert.

Die Dringlichkeitsskala der Themen für eine Wahlauseinandersetzung sieht nach den Erhebungen von Allensbach an erster Stelle die Arbeitslosigkeit. Sie hätten 90 Prozent der Befragten auf Platz eins der Liste gesetzt. Es folgten Sicherung der Renten (62 Prozent), wirtschaftlicher Aufschwung und Wachstum (60 Prozent) und „Sozialleistungen nicht einschränken" (59 Prozent).

Verfassungsklage der SPD nach Karlsruhe?

PETER PHILIPPS, Bonn

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit wird Folgen für die parlamentarische Beratung der Demonstrationsstrafrechts-Novelle haben. Dies läßt sich aus Kommentaren der SPD wie auch der FDP ablesen, die sich erst nach langwierigen Verhandlungen zu dem Koalitions-Kompromiß bereit gefunden hatte. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Emmerlich und die nordrhein-westfälische Landesregierung deuteten darüber hinaus eine mögliche Klage in Karlsruhe gegen das neue Demonstrationsstrafrecht an, während Justizminister Engelhard und der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wittmann, in dem Urteil eine Bestätigung ihres Gesetzesvorhabens sehen.

Sowohl Emmerlich als auch der FDP-Abgeordnete Hirsch heben vor allem auf den Urteilstenor ab: „Im Zweifel für die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit" (Emmerlich). Der SPD-Abgeordnete folgert: Die Koalitions-Beschlüsse „zum Versammlungsrecht und zum Landfriedensbruch müssen anhand der neuen Entscheidung kritisch überprüft werden". Für Hirsch lautet die Konsequenz, daß den Versuchen einzelner Länder „ein Riegel vorgeschoben" wurde, „das Demonstrationsrecht zum Beispiel durch Gebühren für polizeiliche Tätigkeit auszuhöhlen". Einige Regelungen aus dem Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht seien „nicht mehr aufrechtzuerhalten".

FDP-Generalsekretär Haussmann forderte darüber hinaus dazu auf, „bei der weiteren parlamentarischen Beratung des Demonstrationsstrafrechts dieses Urteil in allen Einzelheiten zu beachten". Für Wittmann bleibt vor allem „abzuwarten, ob die in einigen Teilen realitätsfremde Entscheidung nicht von Randgruppen als Freibrief zu Krawallen aufgefaßt werden wird".

DER KOMMENTAR

Luft '85

EBERHARD NITSCHKE

Der Bundesinnenminister hat es nicht so leicht wie der berühmte Lehrer in Spoerls „Feuerzangenbowle". Der kann eine Dampfmaschine erklären, indem er „das vordere Loch, das ist die Feuerung" beschreibt und dann zum Jubel der erleichterten Klasse weiteres Wissen auf die nächste Stunde verschiebt: „Das hintere Loch, das kriegen wir später."

Die Technische Anleitung Luft 1985 mit ihren zukunftweisenden Richtwerten für die Luftreinhaltung in der Bundesrepublik Deutschland, die Friedrich Zimmermann am Mittwoch dem Kabinett zur Beschlußfassung vorlegte, verlangt intensiveres Studium zum Verständnis. Das ist vielen Leuten zu kompliziert. Deshalb ist zu befürchten, daß von dieser grundlegenden Reform einiges in die öffentliche Diskussion wehen wird, was zwar für die Gesamtbeurteilung völlig unerheblich ist, aber dafür den unschätzbaren Vorteil hat, sich zur Stammtischdiskussion zu eignen.

Der Umweltminister wird damit auch leben können. So, wie er die ersten düsteren Prophezeiungen nach dem 8. Dezember 1983 überstanden hat, jenem Tag, an dem er den Entwurf der Novelle zur Technischen Anleitung Luft auf den Bonner Tisch legte. Damals erhob sich ein Geraschel im Blätterwald, daß Zimmermann diesen Kraftakt nicht schaffen werde.

Damals wurden niedrige Werte genannt, auf die sich der Minister angeblich unter dem Druck der Drohung eingelassen habe. Firmen würden lieber ins Ausland abwandern, als den neuen strengen Auflagen nachzukommen.

Da ist es nun interessant, heute nachzuprüfen, daß er keineswegs das krebsverdächtige Benzol von den Listen ausgespart hat, obwohl die Industrie seinerzeit argumentierte, bei so niedrigen Grenzwerten müsse praktisch jede Tankstelle zugemacht werden. Jetzt werden die Emissionswerte bei Anpassung an den jüngsten Stand der Technik für Benzol um das Vierfache gesenkt. Das heißt: von den noch 1974 zugelassenen zwanzig Milligramm pro Kubikmeter auf fünf Milligramm.

Reste? „Es bleibt immer etwas übrig", sagte Zimmermann am Mittwoch, „und täglich wird bei uns ein neues Gift erfunden gefunden – aber immer größer wird die Lebenserwartung laut Statistik und laut Medizin." Tatsächlich – alle Umwelt-Interessenten, die Technik à la „Feuerzangenbowle" betreiben, *sollten die Technische Anleitung* Luft 1985 auch wirklich lesen. Aber Vorsicht – sie ist mehr als hundert Seiten lang. Und vertrackterweise ist sie auch noch logisch.

Washington und Peking zeichnen Nuklearabkommen

Weißes Haus gab Bedenken nach chinesischen Zusagen auf

FRITZ WIRTH, Washington

Die USA und China haben am Dienstag das lange verzögerte Nuklearabkommen unterzeichnet, das die Lieferung von amerikanischer Nuklear-Technologie zur friedlichen *Nutzung in Kernkraftwerken regelt*. Das Abkommen war bereits im vergangenen Jahr durch Präsident Ronald Reagan bei seinem Besuch in China paraphiert worden. Die Unterzeichnung war aber dann ins Stocken geraten, als Befürchtungen bekannt wurden, daß China Teile amerikanischer Nuklearlieferungen an andere Länder zur nichtfriedlichen Nutzung weiterleiten könnte.

Die Unterzeichnung des Nuklearabkommens war der Höhepunkt des Staatsbesuchs des chinesischen Präsidenten Li Xiannin in Washington. Li gab der Reagan-Administration die ausdrückliche Versicherung, daß die amerikanischen Nuklearimporte nur zu friedlichen Zwecken genutzt würden. Eine schriftliche Zusicherung ist jedoch in dem unterzeichneten Abkommen von den Chinesen nicht gegeben worden. Larry Speakes, der *Sprecher des Weißen Hauses, erklärte* dazu: „Wir hätten das Abkommen nicht unterzeichnet, wenn uns die chinesischen Zusicherungen nicht ausreichend erschienen wären."

Außenminister George Shultz zerstreute Bedenken über diese Prozedur mit der Feststellung, daß dieses Abkommen große Bedeutung für die Anwendung von Nuklearenergie für friedliche Zwecke in der Welt habe und zugleich die nuklearen Nichtverbreitungsverträge verstärken werde.

Das Abkommen wird in neunzig Tagen gültig, wenn innerhalb dieses Zeitraums nicht eine Mehrheit im Kongreß Einwände dagegen erheben sollte. Obwohl eine Reihe von Kongreßmitgliedern unglücklich darüber ist, daß die Chinesen sich nur verbal verpflichtet haben, die amerikanischen nuklearen Nichtverbreitungswünsche zu erfüllen, erwartet man in Washington, daß das Abkommen auf keine weiteren Hürden mehr aufläuft. Ein Beamter des State-Department schätzte den Wert der künftigen US-Lieferungen an China auf maximal 10 bis 12 Milliarden Dollar.

Beide Seiten sind offenbar daran interessiert, die Schatten, die sich in den letzten Jahren auf das amerikanisch-chinesische Verhältnis gelegt hatten, zu beseitigen. Präsident Reagan unterstrich diesen Wunsch mit dem Hinweis, daß er darauf bestand, den chinesischen Gast trotz seiner schweren Krebsoperation vor zehn Tagen wie geplant zu empfangen.

SEITE 2:
Atom mit Stäbchen

Der Präsident erschien zu diesem ersten offiziellen Auftritt seit seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus blasser und deutlich abgemagert, doch insgesamt erstaunlich frisch. Jedenfalls wirkte er beträchtlich energievoller und alerter als sein zwei Jahre älterer Gast, dem er zuweilen helfend bei der Empfangszeremonie vor dem Weißen Haus unter die Arme griff.

In der chinesischen Delegation hat

▲ Fortsetzung Seite 10

Gorleben als Lager für Atommüll geeignet?

Fachleute in positiver Einschätzung des Salzstocks bestärkt

MICHAEL JACH, Hannover

Die ersten Erkenntnisse aus der angelaufenen Untertage-Erkundung des Salzstocks Gorleben bestärken die Fachleute in ihrer Erwartung, daß der vorgesehene Standort des Endlagers für radioaktive Abfälle alle international anerkannten Sicherheitsanforderungen erfüllen wird.

Berichte, wonach der Standort im niedersächsischen Kreis Lüchow-Dannenberg schon heute als ungeeignet gelten müsse, bezeichnete der wissenschaftliche Leiter der Erkundungsarbeiten, Helmut Röthemeyer von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) Braunschweig/Berlin, gestern in Hannover als falsch. Solche Behauptungen entbehrten jeder Grundlage. Der Wissenschaftler erklärte, derartige Äußerungen seien unzulässig, da die Prüfbefunde noch ausstünden. Dahinter stehe „der Wunsch als Vater des Gedankens".

In Gorleben sollen von der Jahrhundertwende an alle Arten festen radioaktiven Abfalls eingelagert werden; dazu gehören auch die Abfälle, die starke Zerfallswärme entwickeln.

Röthemeyer erklärte, die Beschaffenheit großer Teile des Salzstocks lasse erwarten, daß sie auf eine Million Jahre hinaus nicht von Wasser durchdrungen würden und somit ein Austritt von Radioaktivität auch auf diesem – vielfach befürchteten – Wege auszuschließen sei. Amerikanische und OECD-Sicherheitsnormen verlangten einen „Zeithorizont" für die Sicherheit bei der Endlagerung von 10 000 Jahren. Für Gorleben seien selbst Plutonium-Abfälle, deren Radioaktivität sich in 24 000 Jahren halbiert, unbedenklich.

Zu Spekulationen, die PTB hätte bis 1983 die Prüfung anderer Endlagerstätten erwogen, sich dann aber auf Weisung aus Bonn auf Gorleben konzentriert, stellte Röthemeyer klar: Die Bundesanstalt habe die rechtzeitige Verfügbarkeit eines Endlagers auch für den äußerst unwahrscheinlichen Fall sicherstellen wollen, daß Gorleben sich doch noch als ungeeignet erweise.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Atom mit Stäbchen

Von Herbert Kremp

Präsident Reagan bediente sich der Stäbchen und überreichte dem chinesischen Kollegen Li Xiannian ein Atom. Ein Atom ist stäbchenweise schwerer zu fassen als ein Kaviarkorn, in dieser Form aber von höherem Wert: China will Energie-Atommacht werden; wenn es geht, die größte der Welt. Bis zum Jahrtausendende ist der Bau von zehn Giganten vorgesehen. Heute ist Öl in den Lampen Chinas noch weit verbreitet, man besuche entlegene Provinzen. Aber das ist der entscheidende Gesichtspunkt: Das Reich der Mitte kann es sich nicht leisten, aus Angst vor Atomen die Zukunft zu versäumen. Stärker ist dort immer noch die alte menschliche, die historische Angst vor Hunger, Kälte und Dunkelheit.

Atomkraft ist eines der Kernstücke der chinesischen Modernisierung. Daß sich das Land damit im Westen ausrüstet, weist über den gegenseitigen wirtschaftlichen Nutzen hinaus. Fortschrittliche Technologie ist ein haltbares politisches Bindemittel. Die Chinesen wollen sich nicht in alte Abhängigkeiten begeben. Sie weiten deshalb auch zugleich den Handel mit der Sowjetunion aus. Spitzen-Technologie aber können sie von dort nicht beziehen. Die „Äquidistanz", der gleiche Abstand, den die Volksrepublik prinzipiell halten will, läßt sich auf dem Gebiet des Handels nur mühsam bewerkstelligen. Modernisieren kann die Sowjetunion in China lediglich die mandschurischen Stahlfabriken, die bis zum politischen Bruch 1960 in sowjetischer Regie gebaut worden sind. Mehr hat der Marxismus-Leninismus nicht zu bieten. Diese Erkenntnis greift auf andere Bereiche zwischenstaatlicher Beziehungen über.

Fünfzehn amerikanische Unternehmen sind an den großen Aufträgen, die aus dem Nuklearabkommen resultieren, beteiligt. Da läuft den Europäern das Wasser im Mund zusammen. Die Bundesrepublik steht noch am besten da. Während des Besuchs des chinesischen Premiers Zhao Ziyang wurde zwischen der Staatlichen Wirtschaftskommission Chinas und der Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) ein Memorandum vereinbart, das die Planung, Entwicklung und Errichtung von insgesamt vier Kernkraftwerksblöcken (jeweils 1000 Megawatt) vorsieht. Für die Realisierung des Geschäfts bestehen gute Aussichten. Die Deutschen bieten den Vorteil, den Auftragnehmer in die weitere technologische Entwicklung einzubeziehen, ihn also am Fortschritt teilnehmen zu lassen. Er wird in die Lage versetzt, in weiterer Zukunft selber Anlagen zu bauen und zu exportieren. Auch diese Form der Leistung findet China nur im Westen.

Leben mit der Guerrilla?

Von Günter Friedländer

Die Klage des Vorsitzenden der kolumbianischen Vereinigung der Landwirte beim Minister für Bergbau und Energie schien absurd: Ausländische Unternehmen, die die neue Erdölrohrleitung von Arauca bauen, stünden mit der Guerrillagruppe „Heer der nationalen Befreiung" (ELN) in Verbindung. Sie hätten als Schutz gegen Überfälle und Entführungen Millionen von Dollar bezahlt und transportierten obendrein mit ihren Hubschraubern Proviant in die Lager des ELN. Wenig später wurde die Firma Mannesmann beschuldigt, solche Transaktionen mit dem ELN durchzuführen. Die kolumbianische Regierung reagierte alsbald auf die Beschwerde des Verbandes und wies zwei Mannesmann-Mitarbeiter aus.

Man muß wieder einmal von der sprichwörtlichen Spitze eines Eisberges reden. Unzählige ausländische und heimische Unternehmen kaufen in Südamerika seit Jahren auf eigentümliche Art den Schutz der Guerrilla. Sie versichern ihr leitendes Personal bei großen internationalen Versicherungsfirmen gegen Entführungen. Diese Firmen, die in vielen südamerikanischen Ländern nicht einmal Versicherungen abschließen dürfen, unterhalten Büros, von denen aus im gegebenen Fall die Verhandlungen mit den Entführern aufgenommen werden. Es heißt, daß die Versicherungen dabei oftmals siebenstellige Dollarbeträge auszahlen.

Alle Versuche, sich mit der Guerrilla zu arrangieren, um unter deren Schutz Geschäfte zu machen, unterhöhlen die Autorität der Regierung des Gastlandes. Die Firmen wenden ein, daß sie, eben weil das Gastland ihr Personal nicht schütze, sich selbst helfen müßten. Aber in den USA werden Firmen bestraft, die bei der Bewerbung um Geschäfte im Ausland Bestechungsgelder zahlen. Was muß man für Folgen bei Firmen erwarten, die Bestechungen sogar an Umstürzler zahlen? Und welche Reaktion muß man in den USA erwarten, deren Bürger zum Hauptziel der internationalen Guerrilla wurden?

Unverständiges

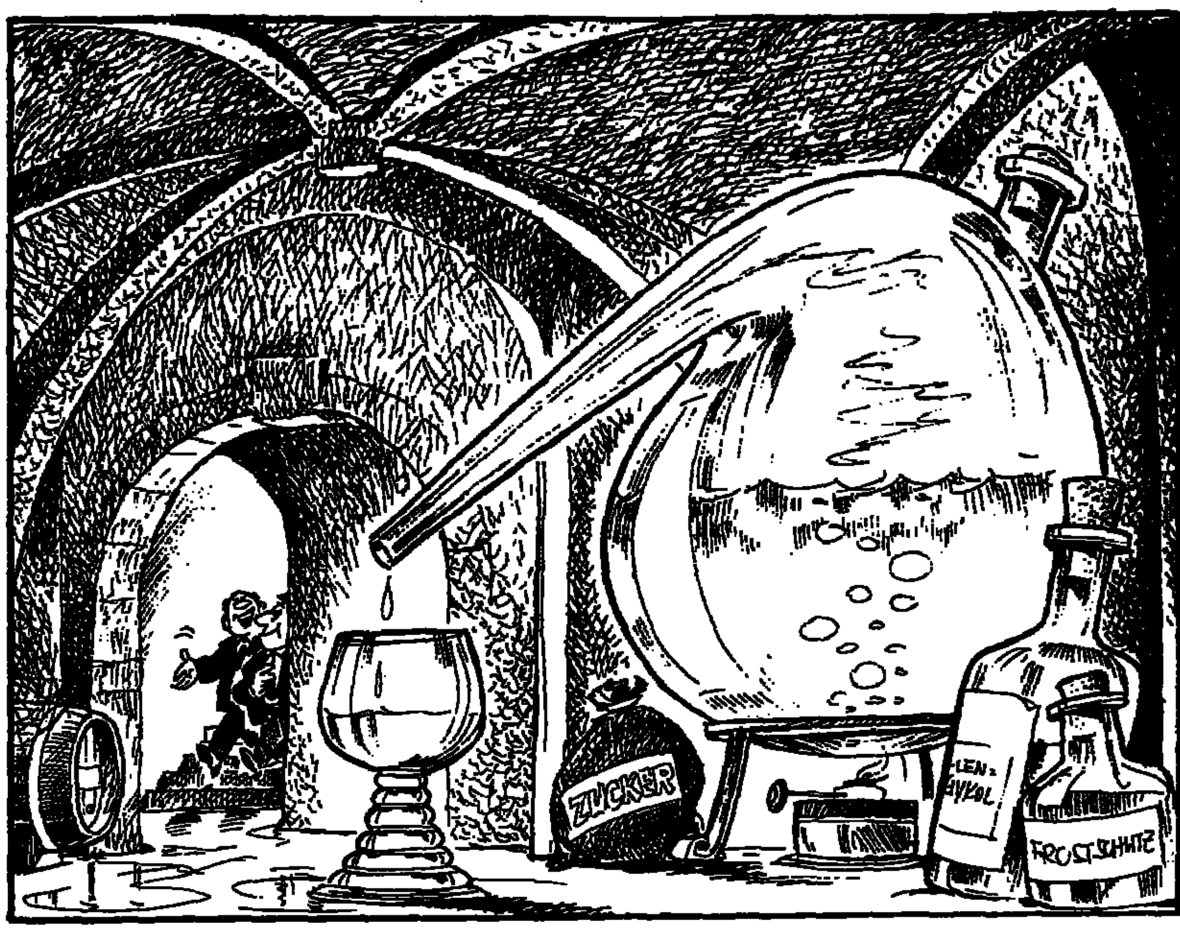
Von Detlev Ahlers

Zum Zweck der „Verständigungspolitik und Friedenssicherung" sollte die Bundesregierung den Jugendverbänden Zuschüsse für ihre Teilnahme bei den „Weltfestspielen der Jugend" in Moskau gewähren, forderte der frühere Bildungsminister Engholm (SPD). Der Jugendminister Geißler erfüllte ihm diesen Wunsch zwar nicht, aber die fünfhundert westdeutschen Moskaureisenden müssen trotzdem die etwa je tausend Mark nur zum Teil selbst zahlen: SPD-regierte Bundesländer helfen aus.

Nun ist Moskau während des Festivals (27. Juli bis 3. August) für alle sowjetischen Jugendlichen, die nicht in Moskau wohnen, gesperrt. Außerdem werden auch Einheimische, die der Diktatur skeptisch gegenüberstehen, aus der Stadt gewiesen. Unter den Delegierten aus den Ostblock-Staaten, das sind die meisten, werden nur linientreue sein. Mit wem sollen sich die jugendlichen deutschen Besucher unter diesen Umständen verständigen? Mit dem Nomenklatura-Nachwuchs?

Was die Vorstellungen vom Frieden betrifft, so hat der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees, Mischin, den Sinn der Veranstaltung eindrucksvoll umrissen: „Die letzten Jahre sind durch die Politik besonders aggressiver Kräfte des amerikanischen Imperialismus gekennzeichnet; deshalb ist es wichtig, die Geschlossenheit aller friedliebenden Kräfte zu festigen." So hört man es von den einschlägigen Friedliebenden hierzulande auch.

Geißler hat in der Begründung seiner Zuschußverweigerung darauf hingewiesen, daß der Kreml – wieder einmal – die Festspiele nutzt, um die „Selbständige politische Einheit West-Berlin" auftreten zu lassen, in Form einer eigenen SEW-Delegation „Gruppe aus West-Berlin" (SEW ist ein SED-Ableger). Die SPD zahlt trotzdem. Immerhin, die Katholische Jugend, sonst bei friedliebenden Sachen gern dabei, fährt nicht hin, weil man in Moskau nicht für Wehrdienstverweigerung eintreten darf. Die anderen schlucken diese Zensur.



„Wir gehen jetzt der Reinheit auf den Grund" KLAUS BÖHLE

Der Knüller im Sommerloch

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Es ist zu früh, von einem Durchbruch zum Guten im Verhältnis zwischen der Regierung Kohl und dem DGB zu sprechen. Man kann aber sagen, daß die Phase des Wortdonners, der wahlkampfartigen Polemik auf beiden Seiten, überwunden ist. Regierung und DGB haben sich zu gemeinsamer sachlicher Arbeit an konkreten Problemen gefunden, und schon im September werden sie sich mit den Arbeitgebern als Drittem im *Bunde zusammensetzen.*

„Konzertierte Aktion" muß man das nicht gleich nennen; ohnehin bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt. Es sorgt für nüchterne Betrachtung, daß die Gewerkschaften justament am Tage der frohen Kunde über ihr Gespräch im Kanzleramt das Metallhandwerk in Nordrhein-Westfalen mit Streik überziehen.

Im Herbst 1982 war es Helmut Kohl klar, daß er und seine Wende-Politik vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an dem DGB und der SPD als deren großes polemisches Solidarisierungsthema dienen würden. Diese beiden Bruderorganisationen der traditionellen Arbeiterbewegung waren unter dem SPD-Kanzler Schmidt völlig außer Tritt geraten.

Als Marktwirtschaftler hatte sich Helmut Schmidt nicht bereit gefunden, die massiven Forderungen des DGB nach monströsen staatlichen Arbeitsprogrammen zu erfüllen. Um so mehr sah sich der DGB in der Gefahr, für jene Haushaltsbeschlüsse der Regierung Schmidt mitverantwortlich gemacht zu werden, die von den Gewerkschaftsmitgliedern als Schnitte ins soziale Netz erlitten wurden. *Von der gewaltig angestiegenen* Massenarbeitslosigkeit bis an den Rand ihrer Nervenkraft aufgewühlt, fürchteten die Gewerkschaften, in den Niedergang der Kanzlerpartei SPD hineingerissen zu werden. Darum gingen sie auf die Straße und zogen gegen jede Preisgabe sozialstaatlicher Positionen zu Felde. Sie *verstrickten sich immer tiefer in den* Konflikt zwischen ihrer Identität und ihrer Loyalität zur angestammten Arbeitnehmerpartei.

Für alle sozialdemokratischen Gewerkschafter war Kohls Wende geradezu eine Erlösung. Dieses Gefühl ergriff auch die meisten Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion. Gleichwohl: *Als Kanzler Kohl am 6. März* 1983 einen strahlenden Wahlsieg errang, lag die Sozialdemokratische Partei am Boden. Sie klammerte sich wie ein Ertrinkender an ihre einzige Stütze, den DGB. Und dessen Gewerkschaften sprangen in die Bresche. Da die Regierung Kohl die Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit noch konsequenter aus marktwirtschaftlichen Geist anging als zuvor Schmidt, fanden DGB und SPD mit ihrem Geschrei über die „Ellenbogengesellschaft", die „neue Armut" und den „Sozialabbau" wieder zueinander. Mit den rabiaten Streiks der IG Druck und der IG Metall im *Jahr 1984 ging der DGB in die durch*aus auch politisch gemeinte Aktion. Stellvertretend für die daniederliegende SPD trat der DGB gegen Kanzler Kohl an, und der schien entschlossen, den Kampf aufzunehmen. Jedenfalls ließ auch er es an deftiger Sprache nicht fehlen.

In so zugespitzter Situation blieb es nicht aus, daß die Regierung den Gewerkschaften probate Marterwerkzeuge vorzeigte. Sie kündigte an, mit einer Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz anderen gewerkschaftlichen Gruppen als denen des DGB in den Betrieben mehr Rechte zu verschaffen. Sie unterließ es auch nicht, eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes anzudrohen, des Inhalts, daß den Gewerkschaften der *Zugriff auf die Kasse der Bundesan*stalt für Arbeit in Nürnberg als ihrer „Streikkasse" versperrt werde. Und siehe da: Im Jahre 1985 kehrte Besinnung an allen Fronten ein.

Dazu haben vier Entwicklungen beigetragen. Der DGB mag die Streiks als Beweis der „eigenen Kraft" deuten; zugleich erkennt er, daß er bei seinen Mitgliedern, vor allem bei der Jugend, mit den alten


Neue Sachlichkeit: Kohl, DGB-Vorsitzender Breit FOTO: DPA

Rezepten der frühen dreißiger Jahre gegen die Massenarbeitslosigkeit keinen Eindruck mehr macht. Indessen *berappelt sich die SPD nach Raus* Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen. Die Regierung Kohl hat lernen müssen, daß die Massenarbeitslosigkeit ein beharrlicheres Leiden ist, als sie zunächst in ihrem Vertrauen auf die marktwirtschaftliche Ordnungspolitik annahm; es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit den Sozialpartnern. Und die Arbeitgeber begreifen, daß sie als Unternehmer nicht unbehelligt Nutznießer der wirtschaftlichen Prosperität bleiben werden, wenn sie als Arbeitgeber nicht das Ihre tun, um mehr Menschen vom Schicksal der Arbeitslosigkeit zu befreien.

Welch ein Glück für den Kanzler, daß die Wende zum sozialen Frieden sich *als Auftakt seines Urlaubs* vollzieht – ein Sommertheater allerprächtigster Art. *Es gehört zum Thema,* anzumerken, daß Kanzler und Regierung eine verständlichere und auch einleuchtendere Sprache sprechen, seit ein Regierungssprecher am Werk ist, der sich in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auskennt. Da hat der Kanzler den Wortgewaltigen vom DGB doch tatsächlich vorgerechnet, daß seine Regierung 30 bis 40 Milliarden Mark im Jahr beschäftigungsfördernd mobilisiert, das Drei- bis Vierfache also von dem, was die *Gewerkschaften lauthals* per annum fordern. Den DGB wird das nicht hindern, weiter für eine Ergänzungsabgabe und eine Arbeitsmarktabgabe zu trommeln; aber das fällt wohl mehr in die Rubrik: Wie halten wir unsere Mitglieder bei der Stange? Da war der Neidkomplex noch allemal hilfreich.

Zwischenbilanz: Wenn der DGB beim innenpolitischen *Problem* Nummer 1, der Arbeitslosigkeit, die Weichen auf Kooperation mit Regierung und Arbeitgebern stellt, wird die SPD auf diesem Feld mit ihrer Agitation kürzer treten müssen. Vielleicht kommt so mehr Ehrlichkeit in die Diskussion. Frau Noelle-Neumann hat der Regierung soeben nachgewiesen, daß die zeitweise wüste Polemik der SPD und des DGB in der Bevölkerung *negative Stimmung* gemacht hat, obwohl die weitaus meisten Bürger gar nicht der *Meinung* sind, es gehe ihnen schlecht. Da tut Aufklärung not, und sei es im Sommerloch.

IM GESPRÄCH L. Mířejovský

Handlanger fürs Kirchliche

Von Rudolf Ströbinger

Ein Jugenderlebnis blieb dem heute sechzigjährigen protestantischen Theologen Dr. Lubomír Mířejovský in Erinnerung. Er, der Sohn eines tschechischen Grubenarbeiters, lebte in den dreißiger Jahren unweit von Teplitz in Nordwestböhmen. Auf dem Heimweg aus der Schule wurde er von einer Gruppe deutscher Jugendlicher in eine Schlammgrube geworfen. Kaum waren die Jungen verschwunden, tauchte eine andere Gruppe deutscher Jugendlicher auf. „Jetzt gibt es wieder Prügel", dachte er. Aber es kam anders. Die jungen Deutschen zogen ihn heraus und erklärten ihm, daß er vor ihnen keine Angst zu haben brauche. „Wir sind Sozialdemokraten", hätten sie stolz gesagt.

Die Begegnung mit dem Deutschtum *habe sein weiteres Leben* vielfach geprägt, sagt Mířejovský. Nach dem Münchner Abkommen 1938 mußte seine Familie das Sudetenland verlassen. Im Protektorat Böhmen und Mähren durfte er nicht Theologie studieren. Erst nach Kriegsende besuchte er die Prager *Comenius-Fakultät.* Hier fiel er Professor Josef Hromádka auf. Hromádka, der den Weltkrieg im US-Exil verbracht hatte, war es auch, der 1947 seinem Schüler Mířejovský ein Stipendium in den USA vermittelte.

Als Mířejovský, inzwischen verheiratet mit einer Amerikanerin tsche*chischer Herkunft, 1949 in seine* Heimat zurückkehrte, wurde er zunächst Pfarrer in Karlsbad. Die Kommunisten festigten gerade ihre Macht nach dem Putsch. 1952 wurde er Pfarrer und später Superintendent an der Kirche der Böhmischen Brüder im südböhmischen Tábor, der einstigen Hochburg der revolutionären Hussi*ten. Schon damals* hatte ihm sein Förderer Hromádka, inzwischen führende Galionsfigur der vom kommunistisch gesteuerten Weltfriedensrat ins Leben gerufenen Prager „Christlichen Friedenskonferenz" (CFK), zur „Friedensarbeit" im Sinne der sowjetischen *Außenpolitik* herangezogen. Mitte der sechziger Jahre wurde Mířejovský, der sich sehr aktiv für die „Friedensmission" der CFK engagier-


Friedensconferencier in Prag: Mířejovský FOTO DIE WELT

te und damit das volle Vertrauen der Prager kommunistischen Machthaber besaß, sogar die regionale Leitung der CFK in Mitteleuropa anvertraut.

Die Wege Hromádkas und Mířejovskýs trennten sich nach dem August 1968. Während der greise Hromádka, der den sowjetischen Einmarsch offen als *Okkupation* verurteilte, sich an die Seite der Reformer stellte und alle seine Funktionen im Präsidium des Weltfriedensrates samt Vorsitz der Christlichen Friedenskonferenz demonstrativ niederlegte, blieb Lubomír Mířejovský seinen Gönnern in Moskau und auch Ost-Berlin treu. Auf eine Belohnung *brauchte er nicht lange zu warten:* Im Jahre 1978 wählte ihn die Fünfte Allchristliche Friedensversammlung zum Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz.

In diesem Amt bereitete Mířejovský die VI. Allchristliche Friedensversammlung vor, die bis zum 9. Juli in Prag stattfand mit Vertretern protestantischer und orthodoxer Kirchen sowie Beobachtern der römisch-katholischen Kirche aus etwa 80 Ländern. Ihre überwältigende *Mehrheit* bekannte sich offen zu einer „Friedenspolitik" nach Art Moskaus. Und das ist auch Mířejovskýs Verdienst, wenn man es so nennen will.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESSISCHE ALLGEMEINE

Das Kasseler Blatt geht auf die Steuerpläne der FDP ein:

Die Steuerpläne der FDP erscheinen auf den ersten Blick utopisch und propagandistisch. Obwohl der Bund nicht in der Lage ist, eine Steuerreform von 20 Milliarden Mark in einem Zug zu finanzieren, wollen die Liberalen zur Entlastung der Bürger 45 Milliarden Mark lockermachen. Wer soll das bezahlen? Mit diesem *Argument kann man freilich* jede politische Planung ad absurdum führen. Die Vorschläge der FDP sind langfristig angelegt und sollen erst nach 1987 verwirklicht werden. Die Frage ist also nicht, ob sie heute ins Bild passen, sondern ob sie die Probleme der Zukunft lösen können. Hier befindet sich die FDP auf dem richtigen Weg. *Unser Steuersystem ist unsozial* und wachstumsfeindlich. Eine radikale Vereinfachung wird seit langem für notwendig gehalten.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung nennt die Argumente für EG-Preissenkungen „wirtschaftlich unanfechtbar":

Die Alternativen haben alle ernst*hafte Nachteile. Die am häufigsten* erwähnte Lösung ist die Einführung von Produktionsbegrenzungen wie die Milchquoten. Diese lösen selten Überschußprobleme und tendieren dazu, eine ineffiziente Produktion zu verewigen. Sie führen zu einer unan*nehmbaren Wucherung* der Bürokratie und werden oft als Entschuldigung für Preiserhöhungen angeführt.

LE MERIDIONAL

Die französische Zeitung schreibt über die „Moralisten" und Südafrika:

Die Apartheid-Politik ist natürlich ein moralisch nicht hinnehmbares System ... Fügen wir aber die Frage an: Was geschähe, wenn die südafrikanische Regierung die Apartheid *unverzüglich abschaffen* und die Macht der schwarzen Mehrheit überlassen würde? Selbst wenn man von den Rückwirkungen einer derartigen Entwicklung auf den Westen absieht: Wer kann versichern, daß das Land in diesem Fall nicht in eine blutige Anarchie verfallen würde, deren Hauptopfer übrigens die schwarze Bevölkerung wäre?

DUGA

Die Belgrader Illustrierte berichtet über eine Umfrage unter den KP-Mitgliedern in der serbischen Industriestadt Nisch:

*Zehn Prozent der Kommunisti*schen in Nisch glauben, „daß Gott die Welt erschaffen hat und daß der Mensch nichts tun kann, um sie zu ändern". Außerdem haben 28,6 Prozent der Parteimitglieder nicht das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gelesen, während 29,9 Prozent von ihnen nicht wissen, daß der *Marxismus* die ideologisch-theoretische Grundlage der Partei ist. 46,6 Prozent haben noch nie in einem Buch von Karl Marx geblättert, während 16,3 Prozent schon einmal etwas von Engels gelesen haben. Wie soll man übrigens einige *Kommunisten davon überzeu*gen, daß viele Sünden nicht von Gott gegeben sind?

Sechs Morde und dann vielleicht eine Amnestie

Der Terroristenprozeß gegen Otelo Carvalho wurde erst einmal vertagt / Von Rolf Görtz

Hinter kugelsicherem Glas, sicht*lich animiert von seinen* fäusteschwingenden Mitangeklagten, vernahm der Hauptangeklagte im Lissaboner Terroristen-Prozeß, der Ex-General und heutige Artillerie-Oberstleutnant Otelo Saraiva Carvalho, den ersten Spruch seines Richters: der Prozeß gegen ihn und 73 des Terrorismus angeklagten Linksextremisten wird auf den 7. Oktober vertagt. Am 6. Oktober finden in Portugal Parlamentswahlen statt. Sollten die Portugiesen eine linke Mehrheit bilden, wird der „Volksheld Otelo", der Architekt des Offiziersputsches vom 25. April 1974, amnestiert. Jubelnde Anhänger aus Lissabon, Paris und Hamburg werden ihn vor dem *Gefängnis* von Caxias erwarten.

Falls die Wahl anders ausfällt, wird ein Mammutprozeß mehrere Monate die Öffentlichkeit in Europa in Anspruch nehmen. Die Portugiesen zeigen sich desinteressiert. Abgesehen von einigen wenigen Menschen in den ärmeren Schichten, die „Otelo" lieben, weil er mit ihnen feiern und weinen kann – wie einst der Diktator Salazar, dem die Tränen genau so schnell kamen –; abgesehen auch von einigen roten Militärs, die ein Comeback erhoffen, haben die zehn Millionen Portugiesen den Scharlatan der Macht, den „verhinderten Fidel Castro", so satt wie die meisten Politiker in Regierung und Opposition.

Der trotz seiner 49 Jahre schon eisgraue Carvalho gehört zu den Putschoffizieren, die 1974/75 ernsthaft glaubten, auf der politischen Bühne des Landes die Handlung bestimmen zu können. Sie waren aber nur die Akteure einer Regie, die in Prag saß, wo der KGB über die moskautreue KP Portugals die Fäden in Lissabon zog. *Hatte diese Regie auch für Portugal* eine Volksdemokratie nach sowjetischen Muster *geplant, die erste in* Westeuropa, so muß man jetzt annehmen, daß die *Eigenmächtigkeit* Carvalhos und anderer Offiziere, die den Satellitenstaat verhinderten, sich auch nutzen ließ und läßt. Moskau hatte die afrikanischen Kolonien Portugals mit ihren Häfen für die rote Flotte bekommen und hinterließ im Mutterland einen sozialen Unruheherd, der die Europäische Gemeinschaft noch sehr viel Geld und Mühe kosten wird, ehe normale Verhältnisse hergestellt werden.

Otelo Carvalho saß 1976 schon einmal im Gefängnis. Als Chef einer Sondereinheit, die Unruhen verhindern sollte, hatte er im November 1975 den Aufstand zweier roter Regimenter in Lissabon gewähren lassen – er selbst gehörte nämlich zu den Initiatoren dieses Aufstandes. Aber er *hatte gezögert,* sich mit seinen Truppen zu beteiligen, als er merkte, *daß die Einheiten rings um Lissabon* gegen ihn marschieren würden. Die Portugiesen *wollten keine kommuni*stische Volksfront in ihrem Lande.

„Natürlich *muß der General* deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt werden, wir sind schließlich ein Land der NATO," sagte damals der Offizier zur WELT, der den Aufstand niederschlug – der heutige Staatspräsident General Eanes. Der Prozeß gegen Carvalho fand jedoch nie statt. Dem Revolutionär wurden lediglich das Kommando und damit auch die Generalssterne genommen. Carvalho wurde in das Arsenal einer Artilleriekaserne geschickt, wo er jedoch bald die nächste Revolution vorbereitete.

Die ihm jetzt vorgelegte Anklageschrift bezichtigt ihn des „Aufruhrs", der konkreten Planung einer Veränderung der Gesellschaft mit den Mitteln der Gewalt. Der Revolution also, die ihm 1975 nicht gelang. Laut Anklageschrift inspirierte er jene Terror-Kommandos, die sich zu sechs *Morden bekannten.* Sie erschossen zwei Polizeioffiziere, drei Unterneh*mer – weil sie Arbeiter entließen oder* Löhne nicht bezahlten –, und einen Bankkassierer, der ihnen bei einem Banküberfall im Wege stand.

Laut Anklageschrift überfielen Carvalhos Terror-Kommandos rund fünfzig Bankfilialen und raubten umgerechnet mehrere Millionen Mark. Das Geld sollte zur Finanzierung der Umsturzpläne und der Propagandaaktionen dienen, mit denen sie „alle Gewalt der Arbeiterklasse" und den „Sturz der kapitalistischen Regierung" forderten. Bei zwölf Bombenanschlägen wurde erheblicher Sachschaden angerichtet.

Als Wortführer der 43 Verteidiger warf der frühere Justizminister Francisco Salgado Zenha, einst zweiter Mann der Sozialistischen Partei und Vizeregierungschef, dem Gericht vor, nicht alle Anklagepunkte in der Schrift aufgeführt zu haben. Offensichtlich weiß er mehr. Salgado Zenha verband jahrzehntelang eine Freundschaft mit dem ersten Mann in Partei und Regierung, Mario Soares. Er opferte diese Verbindung dem psychologischen *Druck* jener später in die Partei nachgerückten Linksextremisten, *die Soares ausbooten* und die Partei auf Volksfrontkurs bringen *möchten. Als Präsidentschaftskandi*dat steht Soares tatsächlich seiner Partei nunmehr fern. *So dürfte* Salgado Zenha den Prozeß politisch nutzen. Er wird mit flammenden Reden jenen politischen Zustand anprangern, dem Carvalho doch „nur bessern wollte".

Die Farbigen auf dem Marsch nach Westminster

Gut drei Prozent der Briten sind Farbige. Sie organisieren sich politisch vor allem in der Labour Party, wo sie um eine eigene Machtbasis kämpfen. Sichtbares Signal ihrer Ambitionen: Mit größter Wahrscheinlichkeit wird ein Schwarzer ins nächste Unterhaus einziehen.

Von SIEGFRIED HELM

Jeder 30. Brite hat eine dunkle Haut – ein Erbe des Empire. Dennoch ist die aus Asien, Afrika und der Karibik zugewanderte Minderheit, von Engländern ohne Rücksicht auf farbliche Feinabstufung simpel „the blacks" genannt, im Unterhaus *nicht präsent. Das soll sich ändern.* Englands Schwarze haben intelligente politische Führer. Sie drängen in die Institutionen. In der Labour Party tobt ein Kampf schwarzer Aktivisten um eine eigene Machtbasis. Die Nominierung des Anwalts Paul Boateng (34) zum Labour-Kandidaten des Londoner Wahlkreises Brent-Süd bedeutet praktisch mit Sicherheit, daß bei den nächsten Wahlen zum ersten Mal ein Schwarzer ins Unterhaus einziehen wird.

Alle großen politischen Parteien haben farbige Kandidaten ins Rennen geschickt. Doch – von dieser einen Ausnahme abgesehen – stets in Wahlkreisen ohne Gewinnchance. So blieb es also fast immer bei hohlen Gesten für eine Gleichbehandlung der rassischen Minderheit.

Paul Boateng, Stadtverordneter im Großlondoner Stadtrat und als Vorreiter von „black power" einschlägig eingeübt, konnte nach seiner Nominierung sagen: „Dies ist eine Wasserscheide in den Beziehungen der Rassen. Das Parlament wird nie wieder sein, was es war."

Eine angemessene Repräsentanz der Farbigen im Parlament müßte sich in 25 Sitzen niederschlagen. Doch so zu rechnen heißt, daß von *den 650 Abgeordneten über 300* Frauen sein müßten – statt nur 25. In der Geschichte des Unterhauses gab es erst zwei Farbige, und das ist lange her: um die Jahrhundertwende einen Liberalen, von 1922 bis 1929 dann Shapurji Saklatvala, zunächst für Labour, dann als Kommunist, beides Asiaten.

Auf dem radikalen linken Flügel von Labour steht auch Boateng, dessen Vater Kabinettsminister in Ghana kurz nach der Unabhängigkeit war. Boateng ist ein Reizwort in der politischen Landschaft. Er arbeitete sich bei Labour von der Basis hoch, brachte es zum Vorsitzenden des Polizeiausschusses im Großlondoner Stadtrat. Mit der Polizei lag er ständig auf Kollisionskurs.

Die „Times" nannte ihn den „vielleicht fähigsten schwarzen Politiker Großbritanniens". Der konservative „Daily Telegraph" warf dem jungen Mann „arrogante Militanz" vor und schrieb: „Er wird mit allergrößter Wahrscheinlichkeit die schlimmsten Befürchtungen potentieller weißer Rassisten bestätigen."

Boateng ist das natürliche Produkt eines sozialen Prozesses, der sich immer klarer herauskristallisiert. Der soziale Querschnitt des Wahlkreises *Brent-Süd* zeigt, daß *Nicht-Weiße* dort schon die Mehrheit bilden. Es ist ein typischer „Inner-City-"-Wahlkreis, wie es sie auch in Birmingham, Manchester und anderen Großstädten gibt. Die sozial Stärken weichen in die grünen Randgebiete aus, weil die Stadtkerne verkümmern und verkommen. Sind die Grenzen eines schwarzen Gettos mit denen eines Wahlkreises kongruent, ist die Wahl eines schwarzen Parlamentariers überfällig geworden.

In der Labour Party hat man diesen Trend erkannt. Da Labour das natürliche Sammelbecken der Farbigen ist, stellt man sich dort trotz der beträchtlichen Vorurteile gerade der „working class" gegenüber den „wogs", wie Farbige in der Hefe des Volkes heißen, auf den neuen Trend ein.

Konservativ wählen *interessanterweise* vornehmlich die von Idi Amin aus Uganda vertriebenen Asiaten, die als geborene Geschäftsleute in England rasch wieder auf einen grünen Zweig kamen und für die die Farbigengettos meist nur Durchgangsstation waren. Margaret Thatcher riet ihren weniger fleißigen weißen Landsleuten, sich an den vielen Millionären dieser Spätankömmlinge ein Beispiel zu nehmen.

Die politisch erwachten Schwarzen begnügen sich nicht mehr damit, bei Demonstrationen die Fäuste zu ballen. Sie marschieren durch die Institutionen, sprich: Labour Party.

Schwarze Aktivisten fordern dort die Bildung sogenannter „black sections", einer anerkannten Gruppe in der Partei, wie beispielsweise die Sozialausschüsse oder die Frauenverbände in der CDU. Dieser Forderung widersetzt sich Parteichef Neil Kinnock mit Händen und Füßen. Eine solche Aufteilung nach der Rassenzugehörigkeit sei „durch und durch abstoßend".

Das sehen die schwarzen Aktivisten ganz anders. „Black sections" würden ihnen eine Machtbasis in der Partei schaffen, ihre Interessen institutionalisieren und *ihren Marsch nach* Westminster erleichtern. Für Kinnock stellt sich die Alternative so: Polarisierung oder Integration. Der Kampf mit den Wortführern der „black sections", zu denen sich auch die linken Flügelmänner von Labour gesellt haben, tobt seit einigen Monaten und ist noch lange nicht ausgestanden. Hat die Partei immer wieder der Vorwurf mangelnder Geschlossenheit Wählerstimmen gekostet, so haben die Schwarzen nun für eine neue Bruchstelle gesorgt.

Auch wenn Enoch Powell inzwischen der Atem für seine großen Brandreden wider die drohende Überfremdung und die *„schwarze Gefahr"* ausgegangen ist, so haben die Engländer noch längst nicht gelernt, mit ihren farbigen Landsleuten zu leben, die Gestrandete des Empire, doch eben auch Untertanen Ihrer Majestät der Queen sind. Ein Beispiel und ein Report aus jüngster Zeit mögen das beleuchten.

„Speaker's Corner" am Londoner Hyde Park ist die weltweit bekannte „Meckerecke", wo jeder auf seiner Seifenkiste nahezu unbegrenzte Redefreiheit hat (mit Ausnahme der Majestäts-Beleidigung). Diese Freistatt des traditionell gewachsenen englischen Nonkonformismus wird nicht mehr so respektiert wie früher. Dort treten seit einiger Zeit Mitglieder des „Clubs der Hyde-Park-Zwischenrufer" auf, die sich mit Ellbogen und *akustisch insbesondere auf solche* Redner einschießen, die wider die Rassendiskriminierung wettern. Ihre Technik: Politisch unliebsame Redner an- und umzurempeln oder doch durch konzertierte Schrei-Salven zum Schweigen zu bringen. Als Störenfriede wurden extrem rechte Jungkonservative ausgemacht. Der Vorgang kam bereits im Unterhaus zur Sprache.

Die „Kommission für die Gleichheit der Rassen" kam in ihrem Jahresbericht zu einer negativen Gesamtschau. Ausdruck der Verschärfung von Rassenkonflikten sei die Erscheinung, daß beim Sport zunehmend schwarze Sportler ausgezischt werden. Das passiert Schwarzen beim Fußball wie beim Cricket. Die Zahl der Überfälle auf Farbige, besonders auf Asiaten, in Wohnsiedlungen der Großstädte nehme erschreckend zu.

Kommissions-Vorsitzender Peter Newsam: „Wir sehen keine Schilder mehr mit der Warnung, daß an Schwarze nicht vermietet wird. Doch haben wir auch schwere Rückschläge erlebt." Als hoffnungsvolle Entwicklung nannte er die zunehmende Berücksichtigung Farbiger im Staatsdienst. (SAD)



Auf dem Sprung ins Unterhaus: Paul Boateng (34) FOTO: DIE WELT



Auf der Suche nach Gift im Wein: Bei den Untersuchungsämtern herrscht Andrang FOTO: AMW

Wein-Skandal: Ein Verdacht, eine Spur und ein Berg Arbeit

Auch in deutschem Wein wurde nun das berüchtigte Frostschutzmittel Diethylenglykol gefunden. Die Suche nach dem Gift steht erst am Anfang. Doch technisch und personell sind die chemischen Untersuchungsämter bislang überfordert.

Von JOACHIM NEANDER

Werner Hempler, Leitender Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mainz, Kenner des Weins und der Weinfälscherszene, kann in diesem Sommer keinen Urlaub machen. Am Montag hat er allein drei Staatsanwälte der Mainzer Zentralstelle für Weinstrafsachen zu Ermittlungen losgeschickt, wo und bei wem Diethylenglykol auch in deutschem Wein zu finden ist.

„Nach wie vor haben wir keinen Anhaltspunkt dafür, daß das Mittel irgendwo einem deutschen Wein direkt zugesetzt worden wäre", sagte Hempler der WELT. „Es handelt sich bisher nur um den Verdacht, daß mit Diethylenglykol verfälschter Prädikatswein aus Österreich mit deutschem Wein verschnitten worden und als deutscher Wein verkauft worden ist. Das wäre nach den Weinrechtsbestimmungen auch dann verboten, wenn die deutschen Abfüller von der gesundheitsgefährdenden Substanz in den ihnen aus Österreich gelieferten Weinen nichts geahnt haben sollten. Strafrechtlich wäre dies dann natürlich anders zu beurteilen."

Die drei Staatsanwälte interressieren sich vor allem für die Buchführung in zwei Betrieben: dem Weingut Römerhof in Gau-Köngernheim (Rheinhessen), das die beiden mit 0,2 g/l Glykol-Anteil beanstandeten deutchen Weine (eine 1983er Framersheimer Kreuzweg Huxelrebe Auslese und eine 1983er Albiger Petersberg Optima Beerenauslese) geliefert hat; und der Kellerei Niederthäler Hof (Schloßböckelheim an der Nahe), einer Tochtergesellschaft der Pieroth-Gruppe, die die beiden vom Römerhof gelieferten und ordnungsgemäß durch die amtliche Qualitätsweinprüfung gegangenen Weine abgefüllt und im Direktvertrieb an ihre Kunden verkauft hat.

Beide beteuern ihre Unschuld. Beide importieren auch Weine aus Österreich, der Niederthäler Hof sowohl direkt als auch über den Römerhof. Theoretisch wäre bei beiden auch eine unbeabsichtigte Verunreinigung der Abfüllanlage durch glykolhaltigen Importwein möglich, aber „angesichts der relativ hohen Konzentration der Substanz unwahrscheinlich", wie Hempler meint.

Daß der Verdacht der Ermittlungsbehörden sich in erster Linie gegen den Lieferanten (also den Römerhof) richtet, kann man aus der Tatsache schließen, daß sie beim Niederthäler Hof nur solche deutschen Weine geprüft haben (insgesamt 16), die vom Römerhof stammen. 14 Weine waren glykolfrei.

Wie schwierig sich das Geschäft der Prüfung der verdächtigen Weine gestaltet, zeigt sich auch an diesem Beispiel. Als die ersten Meldungen aus Österreich kamen, mußten die für die Weinkontrolle zuständigen chemischen Untersuchungsämter überhaupt erst einmal ein Analyse-Verfahren für das Diethylenglykol entwikkckeln. Die ersten Untersuchungen mit den Mitteln der Gaschromatographie waren relativ unpräzise. Es kam ja auch gar nicht so sehr darauf an. An die gesundheitliche Gefährdung und dementsprechende Grenzwerte dachte noch niemand. Nur das Panschen an sich stand im Vordergrund.

Inzwischen sind die Behörden alarmiert. Die der Dienstaufsicht des Weinbauministeriums unterstehende Weinkontrolle, die beim Gesundheitsministerium angesiedelte Lebensmittelüberwachung und neuerdings die Staatsanwaltschaft arbeiten eng zusammen. Zuverlässige Ergebnisse bis auf das Milligramm genau lassen sich nur mit der Methode der sogenannten Massenspektrometrie erzielen. Bisher besitzt in Rheinland-Pfalz nur das Chemische Untersuchungsamt Mainz eine solche Analyse-Apparatur. Sie kostet eine halbe Million Mark. In Kürze soll auch das Chemische Untersuchungsamt Speyer damit ausgerüstet werden.

Um Pannen wie in Den Haag und Berlin zu vermeiden, wo bereits publizierte Untersuchungsergebnisse wegen der Ungenauigkeit der Methoden widerrufen werden mußten, wird jetzt jede von den Behörden gezogene Probe einem zweiten und dritten Untersuchungsamt zur Gegenprüfung übergeben. Erst wenn mindestens eines der beiden Institute die erste Analyse bestätigt, wird die Öffentlichkeit informiert.

Im Falle der beiden beanstandeten deutschen Weine lagen übereinstimmende Ergebnisse des Untersuchungsamts in Mainz und eines privaten Instituts in Wiesbaden vor. Das Ergebnis aus Stuttgart steht noch aus. *Dafür hatte der Niederthäler Hof* von sich aus ein weiteres Institut mit einer Untersuchung beauftragt – ebenfalls mit positivem Ergebnis.

Nach dieser gründlichen Methode sind durch die rheinland-pfälzischen Behörden bisher erst 22 deutsche Weinsorten untersucht worden, allesamt bei Kellereien, die auch österreichische Weine verarbeiten. In Hessen waren es bisher zehn Sorten. Nach der ungenaueren Methode sind es inzwischen mehrere hundert deutsche Weine.

Diese gezielten Untersuchungen werden auch unabhängig von dem jetzt eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft fortgesetzt. Die Flut der zu untersuchenden Weine hat allmählich eine personelle und technische Überlastung der Untersuchungsämter in der ganzen Bundesrepublik zur Folge. Privatleute, die in ihrem Weinkeller ihnen verdächtig vorkommende Weine überprüfen lassen wollen, haben also keine Chance mehr. Ihnen wird geraten, sich an den Lieferanten zu wenden. Der Niederthäler Hof hat für die 3800 mit dem beanstandeten deutschen Wein belieferten, ihm namentlich bekannten Kunden bereits eine Rücknahmeaktion begonnen.

Schon 1937 geriet Glykol in Verruf

Von KURT POLLAK

Zu den ursprünglich drei „schwarzen Schafen", die nach Aufdeckung des Skandals um österreichische Weine an den Pranger gestellt wurden, hat sich eine ansehnliche Herde unfrommer und schlitzohriger Lämmer gesellt, die sich auf Kosten in- und ausländischer Konsumenten mästeten. Österreichische „Weindetektive" sind fassungslos über die von ihnen vorgefundenen Mengen an Weinsorten aller Qualitätsgrade, die mit dem Frostschutzmittel Diethylenglykol „verpanscht" wurden. Nach dem ersten Schock taucht nun immer häufiger die Frage auf, ob sich die Weinpanscher tatsächlich über die Gefährlichkeit ihrer Manipulationen im klaren waren, oder ob sie die Beimengung von Diethylenglykol als harmloses Kavaliersdelikt sahen, um ihre Exportumsätze durch „Veredelung" billiger Weinsorten zu „Prädikatstropfen" zu steigern.

Im Falle des burgenländischen Weinhändlers Siegfried Tschida könnte man fast an ein „Unschuldslamm" glauben. Tschida deklarierte das von ihm eifrig verwendete Diethylenglykol bei seinem Finanzamt in Eisenstadt arglos und wahrheitsgemäß als „Produktionsbehelf", um in den Genuß steuerlicher Erleichterungen zu gelangen. Er ahnte nicht, daß sein Vergehen den Weinskandal auslösen sollte. Die Finanzbehörde alarmierte die Weinbehörde, dann ging es Schlag auf Schlag.

Wenn überhaupt haben Panscher wohl nur in einem chemischen Lehrbuch nachgeschlagen und dort erfahren, daß Diethylenglykol als zweiwertiger Alkohol mit süßlichem Geschmack und der Eigenschaft, das Einfrieren zu verhindern, erläutert wird.

Ein Blick in ein Lehrbuch für Toxikologie hätte den „Unschuldslämmern" aber vermittelt, daß sie geradezu auf verbrecherische Weise Gesundheit und Leben der Konsumenten aufs Spiel setzen. Erstmals war im Jahre 1937 dieses Gift in den USA in die Schlagzeilen geraten als einem Sulfonamid Glykol beigemengt wurde. Tragische Folge: 97 Tote.

Doch solche Meldungen kommen einem fleißigen Weinproduzenten kaum unter die Augen. Sicher ist, daß der Zusatz von Glykol jeden Wein gehaltvoller erscheinen läßt. Auch saure, kaum trinkbare Weine gehören – wie nun feststeht – dazu, die aufgebessert wurden, um sie zumindest als Tafelweine auf den Markt zu bringen.

Sogenannte Weinproduktionsberater, von denen gestern einer namens Helmut Rotter aus Retz/Niederösterreich verhaftet wurde, hatten den Weinproduzenten zu Glykol geraten, weil es damals noch keine Methoden gab, diesen Giftstoff zu analysieren. Ganz im Gegensatz zu den bisher üblichen „Panschmethoden", den Wein mit harmlosen Zuckerzusätzen zu verbessern. Als deutsche Lebensmittelchemiker nach Auffliegen des Skandals eine Analyse zur Glykol-Bestimmung erarbeiteten, platzte die Bombe. Und nun ist die Katastrophe perfekt: Österreichs Weinwirtschaft wankt.

Hamburg geht bei Lehrereinstellung neue Wege

E.N. Bonn

Um möglichst vielen ausgebildeten Lehrern einen Arbeitsplatz geben zu können, will das Land Hamburg künftig Junglehrer nicht nur ausschließlich für den Schuldienst einstellen. Das neue Stellenplankonzept sehe die Einführung von reduzierten Dienstzeiten und damit verbunden von reduzierten Bezügen vor, kündigte Hamburgs Bevollmächtigter beim Bund, Bürgermeister Alfons Pawelczyk (SPD) gestern an.

Hamburg will künftig diese Lehrer als „neuen Typ Angestellter" und nicht mehr bei der Schulbehörde, sondern bei der „Freien und Hansestadt Hamburg" in den Büchern führen. Das ist mit der Auflage verbunden, daß der Arbeitgeber sie auch an anderen Stellen des öffentlichen Dienstes einsetzen kann. 1986 sollen in Hamburg die ersten 107 Junglehrer nach diesem System eingestellt werden. Wenn die Lehrer jedoch Tätigkeiten übernehmen, die nach dem üblichen Besoldungsrecht niedriger zu vergüten sind, werde der Senat ihr bisheriges Gehalt weiterzahlen. Die Initiative zu einer eventuellen späteren Umwandlung des „Drei-Viertel-Lehrers" in eine Vollstelle liege beim Staat. Pawelczyk rechnet damit, daß dieses Vorhaben des Senats „bundesweite Diskussionen auslösen wird".

Die neuen Tätigkeitsbereiche für Lehrer, die an Schulen mit immer weniger Kindern nicht mehr beschäftigt werden können, liegen auf den Sektoren Umwelt, Aus- und Fortbildung, Museum, soziale Dienste und Jugendarbeit. Bei Problemschulen (*hohe Ausländeranteile*, Benachteiligte) will Hamburg indes in Form einer „Qualitätsverbesserung" zusätzliche Lehrer einstellen. Der Anfang wird mit 350 gemacht. Auch in „Prioritätsbereichen" wie bei der Technischen Hochschule oder im Umweltbereich könne von einer generellen Rücknahme des Personals nicht die Rede sein.

SPD-Zuschüsse für Moskaureise

dpa, Bonn

Die SPD-regierten Bundesländer haben den 540 Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland an den Weltjugendfestspielen vom 27. Juli bis 3. August finanzielle Unterstützung zugesagt. Die Delegation fliegt heute mit vier Flugzeugen nach Moskau, teilte der Sprecher der beteiligten Jugendverbände, Rudolf Hartung, mit. Auch das Kulturprogramm werde trotz der Weigerung der Bundesregierung, Zuschüsse zu geben, nur mit kleinen Abstrichen verwirklicht. Die Jugendverbände der Regierungsparteien, die Deutsche Katholische Jugend und die Deutsche Beamtenjugend hatten eine Teilnahme in Moskau aus politischen Gründen abgelehnt.

FDP bereit zu verhandeln

AP, Hannover

FDP-Generalsekretär Haussmann hat es als „richtig und vorrangig" bezeichnet, daß nach dem Treffen zwischen der Bundesregierung und dem DGB „der Bundeskanzler die Frage der Arbeitslosigkeit persönlich an sich gezogen" habe. Gegenüber der „Neuen Presse" in Hannover deutete Haussmann an, daß seine Partei „bei einem weiteren positiven Gesprächskontakt *zwischen* DGB *und* Bundesregierung" seine Partei zu Korrekturen an der beabsichtigten Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zum Schutz von Minderheiten und leitenden Angestelten bereit sei. Die FDP halte zwar an ihrem Gesetzesvorhaben fest, sei aber für Veränderungen offen.



Alfred Dregger am Grab des unbekannten Soldaten FOTO: DPA

Dregger suchte das Kreuz

dpa, Warschau

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat bei seinem Besuch in Warschau Blumen am Grab eines deutschen Soldaten und an einem Denkmal für die polnischen Toten des Zweiten Weltkrieges niedergelegt. In dem Soldatengrab auf einem der größten Friedhöfe der polnischen Hauptstadt, an dem Dregger die Blumen niederlegte, sind die Gebeine eines unbekannten Toten bestattet, der vor einigen Jahren bei Erdarbeiten im Vorort Ursynow gefunden wurde. Anhand einer in der Nähe liegenden Blechmarke und deutscher Uniformteile war der Tote als unbekannter deutscher Soldat identifiziert und auf dem Friedhof beigesetzt worden.

Dregger und seine Begleitung hatten zunächst Schwierigkeiten, das Grab zu finden. Das einfache namenlose Birkenkreuz, mit dem es geschmückt war, ist verschwunden. Offenbar wurde es entwendet. Daher mußte der CDU-Politiker zweimal bei strömendem Regen zu dem Friedhof vor den Toren der Stadt fahren. In der Nähe der polnischen Gedenkstätte, an der Dregger im Stadtteil Wola seine Blumen niederlegte, sind viele Opfer des Warschauer Aufstandes von 1944 beigesetzt. Im Stadtteil Wola wurden zahlreiche Zivilpersonen ermordet.

Die polnischen Medien haben bisher noch nichts über den Aufenthalt Dreggers in Polen gemeldet. Ohne diese Reise zu erwähnen, griff das Parteiorgan „Trybuna Ludu" Dregger als Vertreter des deutsch-nationalen Flügels der CDU mit revisionistischen Zielen an. Regierungssprecher Jerzy Urban versicherte zu der „Vision" Dreggers von einem Händedruck zwischen einem deutschen Kanzler und einem polnischen Präsidenten auf der Westerplatte, schon mehrmals hätten Kanzler der Bundesrepublik Vertretern der polnischen Führung die Hand gereicht. Es sei zu hoffen, daß der jüngste Händedruck zwischen Regierungschef Jaruzelski und Bundeskanzler Kohl nicht der letzte gewesen sei.

In den besetzten Gebieten schwindet der PLO-Einfluß

Husseins Anhänger und Moslem-Gruppen gewinnen an Boden

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Der Einfluß der „Palästinensischen Befreiungsorganisation" von Yassir Arafat schwindet jetzt auch in den Flüchtlingslagern der seit 1967 von den Israelis besetzten Gebieten von Judäa und Samaria sowie im Gaza-Streifen. Dagegen gewinnen islamische Gruppierungen und Anhänger von *König Hussein* von Jordanien an Boden. Das bezeugen Analysen der israelischen Zivilverwaltung und der Sicherheitsdienste.

Während Hussein und Arafat vorgeben, eine gemeinsame Delegation für eine „Friedensinitiative" bilden zu wollen, ist der interne Machtkampf in den besetzten Gebieten zwischen PLO-Anhängern und projordanischen Gefolgsleuten Husseins intensiver denn je.

Amman gewährt Vorteile

Um ihre Anhänger zu stützen, hat *die jordanische Regierung kürzlich* die Gehälter für Staatsangestellte in den besetzten Gebieten, unter ihnen Lehrer und Wasser-Ingenieure, erhöht, wenn sie vor dem Juni 1967 festangestellt waren. Immerhin profitieren 20 Prozent der jetzt unter den Israelis arbeitenden Zivilangestellten davon.

Andere Vorteile, die die PLO nicht bieten kann, und die von den Israelis stillschweigend genehmigt werden, sind etwa persönliche Geld-Überweisungen in unbegrenzter Höhe oder arabische Kredite an Gemeinden und Institutionen oder direkte Ferngespräche aus den besetzten Gebieten. Dazu zählt auch der unbehinderte Bau von Moscheen, die allein im Gaza-Streifen von 85 vor zehn Jahren auf jetzt 192 zugenommen haben, unter ihnen das „islamische Kulturzentrum" der Saudis für bisher 2,3 Millio*nen Dollar*.

In israelischen Regierungskreisen wird allerdings zugegeben, daß Morddrohungen der PLO noch immer verhindern, daß sich politische Kräfte und Parteien außerhalb der PLO in den arabischen Städten entwickeln, während die Stimmung in den Dörfern viel eher auf ein notwendiges Zusammenleben mit den Israelis gerichtet ist.

Zum PLO-Terror in den besetzten Gebieten weist die israelische Polizei darauf hin, daß der Mord an Ismail Khatib von der Gaza-Universität im November 1984 und der vorangegangene Anschlag gegen Hadsch Darabey, einen arabischen Gewerkschafter in Gaza, nicht etwa wie früher „Kollaborateuren" galten, sondern dem starken „islamischen Block". Die fundamentalistischen Anhänger dieses Blocks werfen Arafat und der PLO vor, mit ihrem geplanten „Staat Palästina" dem Separatismus zu die*nen, die arabische Welt weiter auf*zuspalten und das Ideal der Umma, der vereinten arabisch-moslemischen Gemeinde, zu verleugnen.

Die Entwicklung zu realistischeren Einstellungen unter den Palästinensern gegenüber Israel wird nach Meinung der israelischen Verwaltung dadurch gefördert, daß Flüchtlinge jetzt jederzeit die Lager verlassen und sich auswärts ansiedeln können. Allein im Gaza-Streifen machen davon jährlich tausend Familien Gebrauch. Die Gegensätze zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, die zu den „Küsten-Arabern" zählen und von einer Herrschaft König Husseins über den Gaza-Streifen überhaupt nichts halten, werden im Gaza-Streifen durch die Schulen und „Mischehen" allmählich abgebaut.

Als wichtigstes Element gegenseitigen „Kennenlernens" werten die Israelis aber die Tatsache, daß seit zehn Jahren täglich über 40 000 Palästinenser in Israel arbeiten, während es in Israel über 60 000 Arbeitslose gibt. Da die Palästinenser keine Arbeitslosenversicherung kennen, aber auch keine Einkommensteuer an Israel zahlen, nehmen sie im Gegensatz zu Israelis jede Arbeit an.

Wirtschaftlich abhängig

Diese wirtschaftliche Abhängigkeit zum Beispiel der Palästinenser in Gaza ist ein Hemmschuh für alle PLO-Pläne von einem „unabhängigen Staat".

Der Machtzerfall in der PLO durch blutige Kämpfe zwischen Arafat-Anhängern und ihren Gegnern, die ständige Einmischung Syriens und die schwindende Präsenz der PLO zu kleinen Terrorzellen, die hoch bezahlt werden müssen; hat die Palästinenser in den besetzten Gebieten ernüchtert, heißt es in der Zivilverwaltung. „Die PLO kam stets aus dem Exil und versuchte, sich der Bevölkerung in den besetzten Gebieten aufzuzwingen – und das ist mißlungen", erklärte ein arabischer Journalist von „El-Quds" in Jerusalem. (SAD)

Martin Kriele schreibt an den Parteivorstand der SPD

„Steht der Feind in Washington?"

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Kölner Staatsrechtler und prominente Sozialdemokrat Martin Kriele hat gegenüber Teilen seiner eigenen Partei den Vorwurf des Anti-Amerikanismus bekräftigt: „Nachdem wir aufgehört haben, in Moskau einen Feind zu erblicken, wollen einige jetzt die Freund/Feind-Achse um 180 Grad drehen; der Feind stehe in Washington." Mit dieser Kritik, die *mit einem grundsätzlichen Bekennt*nis zur SPD verbunden wird, hat Kriele in einem jetzt der WELT bekanntgewordenen Brief an den Parteivorstand zu dem beantragten Parteiausschluß-Verfahren Stellung genommen.



Der Kölner Staatsrechtler Professor Martin Kriele FOTO: DIE WELT

Kriele hatte in den sechziger Jahren zu den engsten Weggefährten und wichtigsten Beratern Willy Brandts bei der Vorbereitung und Einleitung der sozialliberalen Ostpolitik gehört. Wohl auch von daher ist das Unbehagen in der Parteispitze über den Ausschlußantrag gegen Kriele zu erklären. Erste telefonische Kontaktaufnahmen, u. a. von Präsidiumsmitglied und „Troubleshooter" Hans-Jürgen Wischnewski, mit dem Kölner Professor sollten in den vergangenen Wochen bereits zu einer Entschärfung beitragen. Nach seinem Urlaub soll Wischnewski auch im Auftrag Brandts das Thema „auf dem kleinen Dienstweg" aus der Welt schaffen. Kriele selbst hat in seinem Brief jedenfalls schon klargestellt, daß die Urheber des Ausschlußantrags – ein Teil der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" (ASJ) mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Horst Isola vorneweg – „angesichts ihrer bekannten Reputation noch kein Austrittsgrund" seien, „sondern eher ein Grund, erst recht um die Seele der SPD zu ringen". Der ASJ-Vorsitzende Martin Hirsch habe außerdem erklärt, daß Isolas Berufung auf seine Zustimmung „nicht der Wahrheit" entspreche.

Der Auslöser für die SPD-interne Auseinandersetzung sind die divergierenden Ansichten über die Entwicklung in Nicaragua. Vor allem Krieles Unterschrift – gemeinsam etwa mit Simon Wiesenthal – unter einem mahnenden Aufruf in „Le Monde" brachte ihm den Zorn der Isolas & Co. ein. Die Vorwürfe gipfelten in der Unterstellung, Kriele habe „die Anhänger der offiziellen SPD-Mittelamerika-Politik als Kollaborateure des Sowjetimperilaismus" bezeichnet, wie der Professor jetzt in seinem Brief erinnert. Dies sei „nicht wahr", schreibt er, vielmehr habe er gesprochen von dem „Einfluß, den *Kommunisten und Mitläufer* auf die SPD zu nehmen bestrebt sind". In einem anderen Brief hatte er gefragt: „Wie stark ist in der SPD der Einfluß von Kollaborateuren des Sowjet-Imperialismus, von Mitläufern, Schönschwätzern, Opportunisten und Anti-Amerika-Hetzern?"

Im übrigen, so Kriele jetzt, enthalte die Anzeige in „Le Monde" nichts anderes „als die Unterstützung eines Antrags, den der Präsident der USA an den Kongreß gerichtet hat". Seine Gegner in der SPD schlügen „den Sack und meinen den Esel", nämlich Reagan.

Der Kölner Staatsrechtler erneuert seine *Vorwürfe* über unzählige Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten und zitiert aus einem früheren Interview den einstigen Polizeichef von Managua, Schmidt-Cuadra: „Wenn sie an alles, was jetzt passiert, die Elle mitteleuropäischer Menschenrechtsvorstellungen anlegen wollen, dann haben sie die falsche Meßlatte mitgebracht." Auf dem Essener SPD-Parteitag im vergangenen Jahr wurde Schmidt-Cuadra frenetisch gefeiert. Inzwischen ist er gefallen, seine Witwe der Star-Gast bei SPD-Veranstaltungen.

José Esteban González, inzwischen exilierter Gründer der unabhängigen Menschenrechtskommission von Nicaragua, hat die letzten Zahlen vorgelegt: Jedes Jahr werden mehr als 100 Folterungen angezeigt, von Pfeffer und Salz, die bei Verhören in die Augen gestreut werden, bis zu durchschnittenen Sehnen. „Die außergerichtlichen Exekutionen gehen weiter." Knapp 4000 politische Häftlinge sitzen in Kerkern nach Urteilen durch Sonder- bzw. „Volksgerichte". González: „Es finden ständig Vergewaltigungen statt, wenn die Streitkräfte ein Eingeborenendorf besetzen."

Kriele hat im übrigen Argumentations-Unterstützung erhalten: Die polnische Untergrundzeitung „Przeglad Politcyczny" hat an Ernesto Cardenal einen Brief geschrieben, der in der Frage gipfelt: „Sie schrieben einmal ein Gedicht über ein grausames Land, wo alles nach dem Namen Somoza heißt. Befürchten Sie nicht, daß in der nahen Zukunft in Nicaragua ein anderer Dichter über den allgemein verhaßten und allgegenwärtigen Namen Sandino schreibt? *In Polen reichten nur 40* Jahre kommunistischer Herrschaft, um die Arbeiter ihre ehemals eigenen Symbole, die Rote Fahne und die Internationale, hassen zu lehren."

Ein Trostpflaster für Ingolstadt?

Maier: Keine Privat-Hochschule, aber „Ableger" der katholischen Universität Eichstätt

PETER SCHMALZ, München

Nach dem Votum des bayerischen Kabinetts, der geplanten Privat-Universität von Ingolstadt die Anerkennung zu verweigern (WELT vom 12. 7.), herrscht in der ehemaligen Festungsstadt Enttäuschung. „Ich bedauere außerordentlich, daß dieses Projekt gescheitert ist", kommentierte *Oberbürgermeister Peter Schnell* (CSU) das Nein aus München. Mit gewisser Zuversicht erwartet er nun die Realisierung einer Ersatzlösung, die Kultusminister Professor Hans Maier ankündigte: Anstelle der privaten Medizin-Hochschule soll in Ingolstadt ein Ableger der Katholischen Universität Eichstätt geschaffen werden.

Ministerpräsident Franz Josef Strauß habe ihm „in die Hand hinein versprochen", sich darum zu bemühen, daß in der Stadt eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gegründet wird, sagt der Oberbürgermeister. Inzwischen hat der Ministerrat den Kultusminister ermächtigt, mit der bayerischen Bischofskonferenz und mit dem Vatikan Verhandlungen über die Neugründung einer Fakultät zu führen. Die Beratungen werden sich voraussichtlich über Jahre hinziehen, da für den Plan, hinter dem auch der Eichstätter Universitäts-Präsident Professor Nikolaus Lobkowicz steht, das Konkordat geändert werden muß.

Doch Minister Maier ist zuversichtlich: Das Projekt sei „sinnvoll und machbar". Auch die Kirche wird sich einer Änderung kaum widersetzen, nachdem die einzige katholische Universität in Deutschland bislang ohne den erhofften Erfolg arbeitet. Für die 2000 Studienplätze für die Lehrerbildung hatten sich in dem jetzt auslaufenden Sommersemester nur 378 Studenten eingeschrieben. Der Lehrkörper sei inzwischen überbesetzt, eine neue Fakultät in Ingolstadt könne für die Uni Eichstätt „auch eine Lebenshilfe" sein, meint der Kultusminister.

Über die Berufungspraxis des Eichstätter Bischofs Karl Braun, auf die das Kultusministerium keinen Einfluß hat, war es in jüngster Vergangenheit mehrfach zu erheblichen Differenzen gekommen, die schließlich zum Rücktritt des früheren Präsidenten Professor Rudolf Mosis geführt haben. Er hatte dagegen protestiert, neben den weltanschaulich relevanten Fächern auch noch die Mathematik mit einer katholischen Lehrkraft zu besetzen.

Manila bringt US-Basen ins Spiel

Vertragskündigung angedroht / Washington dringt auf Reformen, kürzt Militärhilfe

DW. Manila

Der philippinische Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile hat im Parlament eine Entschließung eingebracht, in der die Kündigung des Stützpunktvertrages mit den USA und Neuverhandlungen gefordert werden. In dem Text werden die Bestrebungen des US-Kongresses, durch eine Kürzung der Militärhilfe die Regierung Marcos zu einer politischen Liberalisierung und zu Wirtschaftsreformen zu zwingen, als Einmischung in die inneren Angelegenheiten verurteilt.

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Mit Sorge verfolgt die amerikanische Regierung das Abgleiten der Philippinen in eine vorrevolutionäre Situation. Deren äußere Symptome: eine anhaltend schrumpfende Wirtschaft ohne Aussicht auf Erholung, steigende Arbeitslosigkeit und ein Heer von Jugendlichen, das im Kampf gegen Regime und System seine einzige Hoffnung sieht, starker *Zulauf zur kommunistischen* „Neuen Volksarmee" (NPA), eine auffällige Erstarkung militanter Gruppen und deren nationale Organisation, Unruhe innerhalb der Streitkräfte.

Die Sorge Washingtons gilt nicht nur dem Schicksal der Nation, son*dern auch den US-Stützpunkten auf* den Philippinen: Clark und Subic Bay. Clark ist das Hauptquartier der 13. Luftflotte, die von hier den West- und Südpazifik und den Indischen Ozean abdeckt. Subic Bay gehört zur 7. Flotte und ist die größte amerikanische Versorgungsbasis außerhalb der USA. Auf beiden Basen sind 20 000 Amerikaner stationiert.

Die 1979 beschlossene Revision des aus dem Jahre 1946 stammenden Stützpunktvertrages sichert den Amerikanern die „ungehinderte Benutzung der Basen". Doch müssen sie dafür Pacht bezahlen. Der Gesamtbetrag für 1985 bis 1990 beträgt 900 Millionen US-Dollar. Washington behielt sich vor, über dessen Aufteilung in Militär- und Wirtschaftshilfe zu entscheiden. In diesem Jahr beträgt die Militärhilfe 25 Millionen US-Dollar, die Wirtschaftshilfe 155 Millionen. Das Repräsentantenhaus hat jetzt empfohlen, die Militärhilfe zu kürzen, aber die Wirtschaftshilfe anzuheben.

Die Bedeutung der Stützpunkte, die nördlich der Hauptstadt Manila auf der Insel Luzon liegen, ist heute größer denn je. Grund dafür ist die verstärkte sowjetische Präsenz in der pazifischen Region. An der Küste Vietnams haben sich die Sowjets in der ehemaligen US-Vielzweckbasis Cam Ranh Bay einquartiert.

Die US-Stützpunkte geben 43 000 Filipinos einen sicheren Arbeitsplatz. Hunderttausende dürften indirekt profitieren. Die Amerikaner sagen, daß ihre Anwesenheit pro Jahr 330 Millionen US-Dollar, das Pachtentgeld miteingeschlossen, in die einheimischen Kassen bringt.

Nationalökonomisch würde ein Wegfall dieser Einnahmen gerade in diesen Zeiten dramatische Folgen haben. Doch die Bevölkerung weiß das nicht, und diejenigen, die ihre Opposition gegen Marcos mit dem Rauswurf der Amerikaner verbinden, *schweigen dazu*. So der Exsenator Tanada, der trotz seiner 86 Jahre einer der eifrigsten Gegner von Marcos und dessen Allianz mit den Amerikanern ist. Marcos diene den „imperialistischen Interessen" Amerikas und lasse deshalb die Basen zu.

Tanada, der die 1983 gegründete „Koalition gegen die Stützpunkte" linksliberaler Intellektueller führt, hält den Vertrag für illegal, da das Parlament ihn nicht ratifiziert habe. Die „Koalition" fordert die „sofortige und vollständige Schließung" der Stützpunkte, deren Pachtvertrag 1991 ausläuft.

Solche Forderungen passen in das Konzept der Sowjets, denen die Stützpunkte wie auch der amerikanisch-philippinische Verteidigungspakt aus dem Jahr 1952 ein Dorn im Auge sind. Sie selbst versäumen keine Gelegenheit, über ihre Diplomaten und Journalisten gegen die Stützpunkte zu agitieren und Propaganda gegen den amerikanischen Imperialismus zu betreiben.

Wäre es nicht ein offenes Geheimnis, daß Marcos sich nur dank anhaltender Unterstützung der Amerikaner im Sattel hält, würde die Stützpunktfrage kaum so hochgespielt. Den Aktivisten geht es primär darum, ein Ende des Marcos-Regimes zu erreichen. Selbst Butz Aquino, der seit der Ermordung seines Bruders Benigno an der Spitze der Anti-Marcos-Kampagne steht, gab zu, daß die Filipinos nach wie vor amerikafreundlich sind.

Es gibt kaum eine Familie, die nicht einen Angehörigen in Amerika hat. Jedes Jahr bemühen sich Zehntausende um Einwanderung in das in ihren Augen immer noch gelobte Land. Weitere Zehntausende reisen als Touristen, in der Hoffnung, für immer bleiben zu können.

Washington steht vor einem Dilemma. Soll es Marcos fallenlassen oder ihn zu Reformen wie zur Wiederherstellung der Einheit und Integrität innerhalb der Streitkräfte zwingen? Es hat sich für letzteres entschieden. Es glaubt, daß nur Marcos die Probleme beheben kann. Niemand hat sich bisher als möglicher Nachfolger profiliert. Die von US-Experten erarbeiteten Reformen im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich gelten aus Washingtoner Sicht als „absolut notwendig", sollen die Philippinen davor bewahrt werden, in den nächsten fünf bis zehn Jahren an die Kommunisten zu fallen.

Ägypten will Beziehungen zu Israel regeln

AP, Tel Aviv

Die ägyptische Regierung ist nach den Worten des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres zur Aufhebung aller Beschränkungen der Beziehungen zu Israel in den Bereichen Handel und Tourismus bereit. Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, sagte Peres, daß die Beziehungen auf diesen Gebieten wieder voll normalisiert würden und Ägypten ferner ein wissenschaftliches Zentrum in Israel einrichten werde, wie Israel bereits eines in Kairo eingerichtet hat. Dies bedeute zwar nicht, daß alle Probleme zwischen beiden Ländern gelöst seien, doch stelle die Ankündigung einen Schritt in Richtung auf die Normalisierung der Beziehungen beider Länder dar.

Jordanischer Diplomat ermordet

AP, Ankara

Einem Attentat in der türkischen Hauptstadt ist gestern der Erste Sekretär der jordanischen Botschaft, Said Sati, zum Opfer gefallen. Nach Mitteilung der Polizei wurde der 40jährige Diplomat am Steuer seines Wagens, mit dem er von seiner Wohnung zur Botschaft fahren wollte, von einem Unbekannten mit mehreren Schüssen in den Kopf getötet. Der Attentäter entkam. In einem Telefonanruf beim Büro der Nachrichtenagentur AP übernahm die Gruppe „Islamischer Heiliger Krieg" die Verantwortung für das Attentat. Das jordanische Außenministerium erklärte, daß es sich bei dem Anschlag um einen „tyrannischen und feigen Akt" gehandelt habe. Jordanien wird von mehreren arabischen Staaten wegen seiner Bemühungen um eine Friedensregelung mit Israel heftig angefeindet.

Großbritannien gegen Wirtschaftssanktionen

AP, London/Johannesburg

Gegen das Verhängen von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika hat sich der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe ausgesprochen. In einer Rede sagte er, die britische Regierung wende sich entschieden gegen Wirtschaftssanktionen jeglicher Art, da deren Auswirkungen am stärksten die südafrikanischen Schwarzen und die Volkswirtschaften der benachbarten südafrikanischen Staaten treffen würden. Der Regierung in Pretoria empfahl Howe jedoch, eine Reihe „kühner Schritte" zu unternehmen, um die Lage der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu erleichtern.

Unterdessen gab die südafrikanische Polizei bekannt, daß seit der Verhängung des Ausnahmezustandes mehr als 600 Apartheid-Gegner unter dem Notstandsrecht festgenommen worden sind. Die Zahl der bekannten Todesopfer stieg seit Sonntag auf zehn. In den letzten elf Monaten starben annähernd 500 Schwarze bei Rassenunruhen.

Beziehungen zu Bulgarien gewürdigt

AFP, Athen

Anläßlich eines Staatsbesuchs des bulgarischen Staatspräsidenten Todor Schiwkow in Athen erklärte der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou, die Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien seien beispielhaft für ganz Europa und der Eckpfeiler des Friedens auf dem Balkan. Beide Staaten sind nach Ansicht des Ministerpräsidenten bereit, alle Hindernisse für die Schaffung der ersten atomwaffenfreien Zone in Europa zu beseitigen. Schiwkow verurteilte seinerseits bei dieser Gelegenheit die „reaktionären Kräfte", die seiner Ansicht nach die Lage im Balkan destabilisieren und die gutnachbarschaftlichen Beziehungen der Staaten stören wollten.

TV-Anstalten wollen vereint produzieren

rtr, Zürich

Eine Produktionsgemeinschaft für Fernsehprogramme haben sechs europäische Fernsehanstalten gegründet. Wie die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft „SRG" gestern mitteilte, unterzeichneten die französische Antenne 2, der britische Channel 4, der Österreichische Rundfunk ORF, die italienische RAI, das ZDF und die SRG zunächst für 1986 bis 1988 eine entsprechende Vereinbarung. Die sechs öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten wollen damit nach den Worten der SRG „den Vorrang europäischer Inhalte in ihren Programmen auch für die Zukunft sichern und diese Produktionen außerdem weltweit verwerten".

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Argentiniens Jahrhundert-Prozeß erschüttert und entzweit die Nation

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Am frühen Nachmittag rollen in Buenos Aires Mannschaftswagen der Polizei zum Justizpalast. Die Beamten errichten Barrikaden, kontrollieren die Zugänge. Wer das Gebäude betritt, muß einen Ausweis zeigen, Handtasche oder Aktentasche öffnen und schließlich – in der Eingangshalle – durch ein Detektortor schreiten wie auf einem Flughafen. Nur 80 Personen dürfen in dem Verhandlungsraum der Zivilkammer Platz nehmen.

Der Saal, der mit dem Kruzifix und den Bänken eine Kirchenatmosphäre ausstrahlt, ist seit dem 22. April Schauplatz eines „Jahrhundert-Prozesses". Der schmutzige Krieg der Sicherheitskräfte Ende der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund, dem mehr als 10 000 Menschen zum Opfer fielen, viele unschuldig, kommt hier zur Verhandlung. Selten zuvor hat ein Ereignis diese Nation ähnlich emotionalisiert.

Angeklagt sind sechs Mitglieder von zwei Militärjuntas, drei frühere Junta-Repräsentanten müssen wegen des Falkland-Fiaskos vor ein Militärgericht treten. Die ehemaligen Präsidenten Jorge Rafael Videla und Roberto Viola sowie der einst so mächtige Marine-Kommandeur Emilio Massera spielen die Hauptrollen dieses Justizdramas, wollten bisher jedoch nicht aussagen.

Ex-Offiziere belastet

Staatsanwalt Julio Cesar Strassera will zehn bis 25 Jahre Freiheitsentzug beantragen. „Die Beweise reichen aus", sagte er der WELT. Strassera (52) versucht, die Exoffiziere für die Morde, Entführungen, Folterungen und Eigentumsdelikte jener Jahre verantwortlich zu machen: Sie hätten die Repressions- und Liquidierungsbefehle erteilt.

Strassera, der die deutsche Sprache und die deutsche Musik schätzt, verfolgte zunächst die Strategie der vertikalen Beweisführung. Diplomatische Beobachter sprechen von der „Phase eins".

Da die Streitkräfte kurz vor der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie Ende 1983 inkriminierende Dokumente vernichteten, mußten Zeugen zitiert werden. Strassera wertet die Auftritte des ehemaligen Militärpräsidenten Lanusse und des früheren Armee-Kommandeurs Cristino Nicolaides als „besonders wichtig". Nicolaides erläuterte die Kommando-Struktur der argentinischen Streitkräfte, die ähnlich funktioniert wie anderswo: entschieden wird oben. Lanusse, dessen früherer Pressesekretär Edgardo Sajon zu Tode gefoltert worden war, berichtete über wütende Wortwechsel mit den damaligen Militärführern über die Menschenrechtssituation. Videla verteidigte sich einmal, es würden „klare, schriftliche Befehle" vorliegen.

Zwei Peronisten, Italo Luder und José Alberto Deheza, wurden in diesem Zusammenhang gehört. Luder, der erste Zeuge des Verfahrens, führte 1974 vierzig Tage das Präsidentenamt. In dieser Zeit erließ er ein Dekret zur „Vernichtung der Subversion". Während sich die Angeklagten durch ihre Pflichtverteidiger immer auf dieses Dokument berufen, betonte Luder, es sei „kein Freibrief zum Mord" gewesen. Es habe die Bekämpfung des Terrorismus „mit legalen Mitteln" angeordnet. Deheza, der letzte Verteidigungsminister der 1976 gestürzten Regierung Isabel Perons, erklärte: „Die Militärs übernahmen die Macht, um die illegale Repression durchzuführen."

Phase zwei und drei sollten die Auswirkungen des schmutzigen Krieges schildern und das Argument der Verteidigung widerlegen, daß lediglich „einige Exzesse" unterlaufen seien, von denen die Befehlshaber nichts gewußt hätten. Strassera: „Das war eine gut organisierte Todesmaschinerie, die auch den Sympathisantenkreis, angebliche Sympathisanten und Informationsträger erfaßte."

Der Schriftsteller Ernesto Sabato, der jene Untersuchungskommission leitete, die fast 8900 Vermißtenfälle ermittelte, nannte seine Arbeit einen „Abstieg in die Hölle". Viele der bisher 700 vernommenen Zeugen machten erschütternde Aussagen.

Ein typischer Verhandlungstag: Adriana Arce, eine junge Lehrerin aus Rosario, schildert ihre Haftzeit von der Entführung im Mai 1978 bis zur Entlassung im Dezember 1982. Sie war schwanger bei ihrer Verschleppung, ein Arzt nahm eine Abtreibung ohne Anästhesie vor. Sie wurde bis zur Bewußtlosigkeit gefoltert. Sie verdankt ihr Leben dem späteren Präsidenten Leopoldo Galtieri, damals Militärkommandeur in Rosario, der ihr sagte: „Du hast den gleichen Namen wie meine Tochter. Da ich über euer Leben entscheide, wirst du leben."

Der Bauer Jose Solanille aus Cordoba wohnte neben „La Perla", einem der berüchtigsten Internierungslager. Er erzählte über nächtliche Hinrichtungen durch Schußwaffen, über Hubschrauber, aus denen Häftlinge in den Tod stürzten.

Man hat von hingerichteten Kindern gehört, manche waren erst zwei Jahre alt. Eine Großmutter-Gruppe will das Schicksal von 127 Kindern klären, viele wurden vermutlich von Offiziersfamilien adoptiert. Als der frühere Polizeibeamte Carlos A. Hours erzählte, wie der ehemalige Präsidentschaftssprecher Sajon auf einem nassen Billardtisch bis zum Tod gequält wurde, mußte anschließend eine Pause eingelegt werden.

Auch Deutsche getötet

Anna Maria Zieschank, eine Lehrerin am Goethe-Institut, informierte das Gericht über einen der 70 Fälle deutschstämmiger Kriegsopfer. Sohn Claudio (24) ist am 26. März 1976 entführt worden. Seine Leiche wurde am 26. Mai 1976 an der Küste des La-Plata-Flusses im Stadtteil Quilmes entdeckt, das ging aus erst Ende letzten Jahres bekanntgewordenen Gerichtsdokumenten hervor. Sie war an die Leiche eines anderen jungen Mannes gekettet, eines Argentiniers. Die Mörder haben die beiden Häftlinge aus einem Flugzeug oder einem Hubschrauber gestoßen. Eine Exhumierung kurz vor Weihnachten 1984 auf dem Ezpeleta-Friedhof in Quilmes brachte den Identitätsnachweis.

Der Prozeß hat die Nation geteilt. Auf der einen Seite Argentinier, die das Verfahren für ungerecht halten, weil die Militärs lediglich „ihre Pflicht" getan hätten, die Bekämpfung eines subversiven Feindes. Auf der anderen Seite Argentinier, die eine Bestrafung „aller Schuldigen" fordern. Hebe di Bonafini, die Vorsitzende des Verbandes der Mütter vermißter Personen, warnte: „Wir werden nicht ruhen, bis jedes Verbrechen gesühnt ist." Zwischen den beiden Gruppen die große Mehrheit, die dieses Verfahren begrüßt, schockiert reagiert, aber einmal einen Schlußstrich ziehen möchte. (SAD)

Thatcher stößt auf Widerstand aus ihrer Partei

gtm. London

Mit einer überraschend schwachen Mehrheit von nur 17 Stimmen hat die konservative britische Regierung ihren Antrag im Unterhaus durchgebracht, das Gehalt des Lordkanzlers um umgerechnet 44 000 auf 308 000 Mark pro Jahr zu erhöhen. Die von Frau Thatcher angekündigten Einkommenssteigerungen für hohe Beamte, Richter und Militärs benötigen nicht der Zustimmung des Parlaments.

Die Konservativen verfügen im Unterhaus über eine Mehrheit von 138 Stimmen. Diesmal versagten Frau Thatcher jedoch 48 Tory-Abgeordnete die Gefolgschaft, indem sie mit der Opposition stimmten. 30 enthielten sich der Stimme, und von 20 weiteren wird vermutet, sie blieben dem Votum fern, um einer öffentlichen Mißfallensbekundung zu entgehen. Das Ausmaß des Widerstandes unter den Konservativen muß auch für die Opposition überraschend gekommen sein. Sonst wäre sie vollständig zu dieser späten Stunde im Parlament vertreten gewesen, um den Regierungsantrag zu Fall zu bringen. Trotz der errungenen Mehrheit bleiben auch in der eigenen Fraktion Stimmen, die eine Revision der geplanten Gehaltszulagen für die Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst verlangen.

Israel läßt 100 Gefangene frei

DW. Jerusalem

Mit der Freilassung von weiteren 100 libanesischen Gefangenen sind nach Angaben eines Militärsprechers von ursprünglich 1200 seit gestern nur noch 340 Personen in dem Lager Atlit im Norden Israels interniert.

Das Rote Kreuz überwachte den Transport der 100 aus dem Gefängnis Entlassenen. Im vergangenen Monat hatten die Entführer eines amerikanischen Flugzeuges in Beirut die Freilassung aller im Gefängnis Atlit festgehaltenen Libanesen gefordert.

Obwohl Israel immer einen Zusammenhang zwischen der Entführerforderung und der Freilassung der Gefangenen dementiert hat, sollen auch die restlichen 340 Häftlinge nach und nach auf freien Fuß gesetzt werden.

In seinem Moskauer Tagebuch, das vor kurzem in Belgrad erschien („Moskovske godine", Verlag Jugoslovenska Revija), schreibt Veljko Micunovic (1912–1982) über die Jahre 1969 bis 1971, als er jugoslawischer Botschafter beim Kreml war. Die ersten Folgen (WELT von gestern und vorgestern) beschäftigten sich mit dem jugoslawisch-sowjetischen Verhältnis. Heute folgt die Zusammenfassung, was der Diplomat von der neuen Ostpolitik der Bonner Regierung mitbekam: „Breschnew sprach nur positiv über Willy Brandt."

Gromyko war stolz: Ich zahlte mit der deutschen Taktik zurück

Von CARL G. STRÖHM

Bei seinem ersten Gespräch mit dem sowjetischen Parteichef Breschnew am 4. Februar 1971 fiel dem jugoslawischen Botschafter Veljko Micunovic auf, wie sehr sich die sowjetische Führung für Willy Brandt, den damaligen Bundeskanzler, einsetzte. Micunovic notiert in seinem Tagebuch: „Die Regierung der UdSSR ist der Meinung, daß man Brandt fest unterstützen muß", sagte der sowjetische Parteichef und fügte hinzu: „Obwohl das Programm seiner Partei die schärfste Kritik verdient." Er, Breschnjew, habe „das alles" auch Brandt unter vier Augen während der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages in Moskau gesagt. Brandt, so zitiert Micunovic Breschnew, habe sich bei dieser Gelegenheit „für den neuen Zustand" ausgesprochen, „denn das sei sowohl im Interesse Westdeutschlands wie Europas im ganzen".

Weiter sagte Breschnew dem Botschafter, die Sowjetunion habe den damaligen SED-Chef Ulbricht mehrfach aufgefordert, Brandt zu unterstützen und ihm bei dessen Abwehr der „sehr starken Opposition in Westdeutschland und gegenüber den Amerikanern" zu helfen. Als Micunovic auch die anderen Westalliierten erwähnte, maß Breschnjew diesem Einwand keine Bedeutung bei.

Er sprach erneut „nur von den USA als Gegner der Politik Brandt", schreibt Micunovic. Dann behandelte der Parteichef im Zusammenhang mit der Moskauer Europapolitik das Projekt der Erdgasleitung aus Sibirien nach Westdeutschland, Italien, Österreich und Frankreich. Dadurch werde es, nach Breschnews Meinung, zu wirtschaftlichen und schließlich zu politischen Veränderungen in Europa kommen, da die Sowjetunion Westeuropa mit so wichtigen Rohstoffen wie Gas und Erdöl versorgen werde.

Auch bei seinem Abschiedsbesuch bei Breschnew im August 1971 stellte Micunovic fest, wie sehr sich der sowjetische Parteichef einerseits über China aufregte, das damals gerade den US-Präsidenten Nixon triumphal empfangen hatte – und wie gut andererseits Breschnews Laune wurde, wenn die Sprache auf West-Berlin und die Beziehungen zur Bundesrepublik kam.

„Ohne Rücksicht auf Nixons Demagogie", belehrte Breschnew den jugoslawischen Botschafter, „wissen die Amerikaner genau, daß China nicht der Partner der USA ist und es auch nicht sein kann. Das kann nur die Sowjetunion sein. China ist im wahren Sinne keine Nuklearmacht und wird es noch lange nicht sein. Wirtschaftlich ist es ohne Bedeutung."

Als Micunovic den sowjetischen Parteichef nach den Aussichten des Berlin-Abkommens und der Ratifizierung des Moskauer Vertrages mit der Bundesrepublik Deutschland fragte, zeigte der Russe Zuversicht. Aber auch hier erwähnte er, daß die „Haupthindernisse" von den Amerikanern aufgestellt würden. Micunovic bemerkt in seinem Tagebuch: „Breschnew sprach nur positiv über Willy Brandt und dessen Anstrengungen, eine Übereinkunft zu erzielen."

Auch mit dem damaligen Außenminister Gromyko sprach Botschafter Micunovic über die deutschen Angelegenheiten. Bei einem Mittagessen am 3. September 1971 äußerte sich der Sowjet-Außenminister voller Befriedigung über die mit Brandt erzielten Verträge und über das Berlin-Abkommen. Dazu Micunovic: „Er (Gromyko) sagte, daß die Sowjetregierung nicht akzeptiert habe, das ‚Schlußprotokoll' (des Viermächte-Abkommens über Berlin) sofort zu unterscheiben. Dies aber sei ein wichtiges Dokument. Solange es nicht unterzeichnet sei, könne das ganze Abkommen nicht in Kraft treten. Wir haben verlangt, daß dieses Dokument jetzt lediglich paraphiert und nicht unterzeichnet wird, was die drei Westmächte auch akzeptiert haben. Wir haben unsere Unterschrift, setzte Gromyko fort, an die Bedingung geknüpft, daß die Verträge zwischen der UdSSR und Westdeutschland sowie Polen und Westdeutschland ratifiziert werden."

Da die Deutschen in Absprache mit dem Westen die Ratifizierung der Ostverträge an das Berlin-Abkommen gekoppelt hätten, „haben wir jetzt ihre Politik und Taktik ihnen selbst gegenüber angewandt" (Gromyko). Der sowjetische Außenminister sagte dann, die Deutschen seien gezwungen, die Fortsetzung dieser Politik, „die sie selber angefangen haben", zu akzeptieren – „wir haben ihnen das jetzt zurückgezahlt". Die Deutschen hätten damit einverstanden sein müssen, „denn sie hatten keine andere Wahl".

Während des Essens überraschte Gromyko seinen jugoslawischen Gast mit der Feststellung, zur gleichen Stunde werde das Berlin-Abkommen unterzeichnet. Micunovic: „Gromyko persönlich war zurückhaltend in seinen Kommentaren, aber die anderen anwesenden Russen sprachen von einem großen Sieg der sowjetischen Politik."

SCHLUSS

Die Waldschäden haben weiter zugenommen und inzwischen die Hälfte des deutschen Waldes erfaßt. Nach einem Bericht des Innenministeriums sind 17 Prozent der Bäume schon so stark geschädigt, daß sie nicht mehr gerettet werden können, den anderen 33 Prozent drohe dieses Schicksal ebenso. Untersuchungen mit neuartigen Verfahren zeigen, daß die Wurzeln der Bäume absterben und sie keine Nährstoffe mehr aufnehmen können. Inzwischen überlegt man, wie die betroffenen Bäume durch resistentere Arten, etwa Birken und Eschen, ersetzt werden können, um wenigstens die Verkarstung weiter Landstriche zu verhindern.

Neuanpflanzungen sollen das Sterben der Wälder aufhalten

Von *LUDWIG KÜRTEN*

Die Ursachen für das Waldsterben sind noch nicht völlig geklärt, doch steht eindeutig fest, daß es das Problem ohne die Luftverschmutzung nicht gäbe. Je intensiver die Forschungsarbeit wird, desto deutlicher werden die Hinweise darauf, wie schwerwiegend manche Bäume schon geschädigt sind. Wissenschaftler des Forschungszentrums Wald-Ökosysteme/Waldsterben am Göttinger Institut für Forstbotanik haben jetzt erstmals mit Hilfe eines neu entwickelten Gammastrahlen-Computertomographen Bäume „durchleuchtet" und sind dabei auf alarmierende Tatsachen gestoßen: Die Bäume „verhungern und verdursten", weil der durch Immissionen übersäuerte und entmineralisierte Boden zum Absterben der Wurzeln führt.

Im Rahmen des vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekts wurden „Querschüsse" von Gammastrahlen durch bis zu 70 Zentimeter dicke Bäume erprobt. Die „Bilder" zeigen, daß nur noch die flachliegenden Wurzeln der Bäume Wasser in den Stamm, die Äste, Blätter oder Nadeln transportieren. Der tieferliegende Boden ist dagegen so vergiftet, daß die Wurzeln absterben müssen.

Damit wird auch klar, so der Leiter des Instituts, Aloysius Hüttermann, warum bei dem letzten Herbststurm allein in Hessen und Rheinland-Pfalz 80 Prozent der Bäume wie von allein umgefallen sind. Vor zwanzig Jahren besaßen die Bäume, vor allem die Fichten, noch tiefgründige Wurzeln. „So etwas suchen wir heute in Norddeutschland fast vergeblich."

Wenn sich die „Wurzeltheorie", die bisher beunruhigendste, die aufgestellt wurde, bestätige, sei eine Heilung der Bäume nicht mehr zu erwarten, sagte der Wissenschaftler. Selbst wenn plötzlich alle Immissionen abgestellt werden, seien die Wälder ohne menschliche Hilfe nicht mehr zu retten. „Da sind Prozesse unter unseren Füßen abgelaufen, die wir nicht gesehen haben."

Einen „Neubeginn" kann es nach Ansicht von Prof. Hüttermann nur geben, wenn die Böden bis zu 80 Zentimeter tief aufgepflügt und neu mit sämtlichen Mineralien versehen werden. Bei sieben Millionen Hektar Wald in der Bundesrepublik verursachte dies bei den gegenwärtigen Aufforstungs- und Düngemittelpreisen etwa 70 Milliarden Mark an Kosten. Auf natürliche Weise könne sich der Boden dagegen erst in Zeiträumen erneuern, die im Bereich von über 100 Jahren lägen.

Eine andere Möglichkeit hat jetzt der Leiter der Abteilung Forstpflanzenzüchtung der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt in Escherode, Forstdirektor Jochen Kleinschmit, vorgestellt. Die Anstalt will Birken und Eschen, die in der kalten Jahreszeit blattlos sind, als „Ersatzbäume" auf den Harz-Gipfeln anpflanzen und ihn damit vor der völligen Verkarstung bewahren.

Nach Berechnungen von Fachleuten, so der Wissenschaftler, ist mit einer Eindämmung der Versauerung der Böden und somit einer Stabilisierung der Waldbestände erst in 20 bis 30 Jahren zu rechnen. Erst dann kämen die Maßnahmen und Gesetze der Bundesregierung zur Abschwächung des sauren Regens zum Tragen. Um für diese Zeit die Waldflächen vor Verkarstung zu schüzten, müßten „Ersatzbäume" gepflanzt werden.



Birken in Reih und Glied: Wird so demnächst der Harz aussehen? FOTO: ROLF LÖCKMANN

Birken und Eschen hätten sich, so der Forscher, als besonders widerstandsfähig erwiesen. „Sie wachsen noch in Böden mit einer Säurekonzentration, die identisch mit Essigsäure ist." Ein Problem bei der Eberesche sei, daß sie viel schneller als andere Bäume im Stamm verfaule, aber bis zum Wiederaustausch mit den bisherigen Baumarten würde sie wohl am Leben bleiben.

Vor rund zehn Jahren sind in den Fichtenkulturen Birken und Ebereschen gesät oder junge Bäume gepflanzt worden, um die Hirsche von den jungen Trieben der Fichten abzulenken. Dabei habe sich gezeigt, daß einerseits „ganz interessante Waldbilder entstanden" seien, und daß es andererseits Gebiete gebe, wo die Fichten dem sauren Regen zum Opfer gefallen seien und die Ebereschen und Birken den Grundstock des Waldes bildeten.

„Seit zu Beginn der 80er Jahre die erheblichen Sorgen mit dem Waldsterben anfingen", so Forstdirektor Bernhard Freiherr von der Heyden-Rynsch, „pflanzen wir in ganz erheblichem Umfang diese Ersatzbaumarten in den Harz. Wir versprechen uns davon, daß sie härter gegen Immissionen sind, daß sie länger durchhalten als die Fichten, und daß sie den Boden durch den Abwurf des Laubes verbessern." Das Allerwichtigste sei, daß im Harz gar nicht erst große Kahlflächen entstehen. Neben der Bodenerosion, die das Mittelgebirge dann bald als nacktes Felsgebirge erscheinen lassen würde, bestünde große Gefahr für den Wasserhaushalt und somit für die Trinkwasserversorgung in Niedersachsen.

Ein Abfallberg heizt Berliner Wohnungen

Bislang ungenutzt ausströmendes Methangas aus einer großen Mülldeponie soll in Wannsee ein Kraftwerk antreiben

Von RICHARD SCHWALBE

Eine bisher ungenutzte Energiequelle will sich das Berliner Stromversorgungsunternehmen Bewag durch den Bau eines Kleinkraftwerks auf der ehemaligen Mülldeponie im Bezirk Wannsee erschließen. Mit fünf Motoren soll vom Winter 1986/87 an aus den Zersetzungsgasen des Abfalls Strom und Wärme gewonnen werden. Damit verströmt dann kein kostenloser Brennstoff mehr in die Luft, und Schäden an der Bepflanzung des Deponiegeländes werden abgewendet.

Das Kraftwerk, dessen Projektierung jetzt abgeschlossen wurde, ist für die Erzeugung einer elektrischen Leistung von vier Megawatt ausgelegt. Die Stromproduktion erfolgt durch Generatoren, die mit Gasmotoren gekoppelt sind. Bei 750 bis 1500 Umdrehungen pro Minute werden 10 000 Volt Hochspannung erzeugt. Die Antriebsmaschinen sind acht- bis zwölfzylindrige, mit Zündkerzen ausgerüstete Schiffsdiesel. Durch die Motorkühlung fallen über die Stromproduktion hinaus noch weitere sechs Megawatt Energie in Form von Wärme an.

In der ehemaligen Deponie, auf der zwischen 1946 und 1980 über elf Millionen Tonnen Abfälle abgelagert wurden, entstehen stündlich rund 3500 Kubikmeter Gas. Es besteht zu über der Hälfte aus brennbarem Methan, der Rest ist Kohlendioxid, Stickstoff und eine Reihe weiterer Spurenstoffe. Verantwortlich für die Gasbildung sind Bakterien, die unter Luftabschluß die organischen Müllbestandteile – Küchenabfälle, Papier, Laub – allmählich zersetzen.

In insgesamt 140 Gasbrunnen, die bis zu 40 m tief in den Müll reichen, wird sich der Brennstoff künftig sammeln. Über vollautomatisch gesteuerte Absauganlagen strömt er zu einer Verdichterstation, und von dort direkt zu den Motoren. Meßfühler sorgen für eine ständige Kontrolle von Menge und Zusammensetzung des Gases.

Etwa die Hälfte der erzeugten Energie wird das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung, das in unmittelbarer Nachbarschaft der Deponie liegt, zur Deckung des eigenen Strom- und Wärmebedarfs verwenden. Es errichtet und betreibt die Anlage daher gemeinsam mit der Bewag. Die im Institut nicht benötigte Energie fließt in das Berliner Stromnetz und dient der Beheizung von 126 umliegenden Wohnungen.

Um etwa fünf Prozent jährlich nimmt die im Müllberg produzierte Gasmenge ab. Bei den Planungen ist deshalb eine Nutzungszeit des Kraftwerks bis etwa zur Jahrtausendwende zugrundegelegt. Dann werden sich aus den stündlich noch entstehenden 1500 Kubikmeter Gas zwei Megawatt elektrische und drei Megawatt thermische Energie erzeugen lassen.

Der Bau des Kraftwerks kostet etwa 17,8 Millionen Mark. Darin enthalten sind eine Million Mark für eine Rauchgasreinigung. Sie arbeitet katalytisch durch Einsprühen von Ammoniak in den Abgasstrom. Giftige Stickoxide zerfallen dadurch in Stickstoff und Wasser.

Die Gasabsaugung aus dem Müllberg verhindert künftig auch den Austritt der Abfall-Zersetzungsprodukte. Bisher leiden besonders Pflanzen unter dem Methangas, da es den Sauerstoff aus der Erde verdrängt und dadurch die Wurzeln verfaulen. Aus diesem Grund bereitet die Bepflanzung von Müllflächen mit tiefwurzelnden Gehölzen Schwierigkeiten. Vorgebeugt wird auch der Bildung gefährlicher Gasgemische, da Methan und Luftsauerstoff sich vor allem in Schächten und Gräben in explosiven Mengenverhältnissen ansammeln können.



Die häßlichen Müllberge auf den Deponien erfüllen zumindest einen guten Zweck: Sie produzieren Brennstoff für Heizkraftwerke FOTO: DPA

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Krebs und Alkohol

Heidelberg (DW.) – Für Forschungen über den Zusammenhang zwischen Alkohol und der Entstehung von Krebs, vor allem im Bereich des Enddarmes, erhielt kürzlich Dr. Helmut Seitz von der Universitätsklinik Heidelberg den Christine und Walter Richtzenhain-Preis. Die Forschungsarbeiten haben gezeigt, daß starker Alkoholkonsum das Risiko für Krebs im Mundbereich, in der Leber, der Bauchspeicheldrüse und im Darm erhöht. Der Alkohol steigert dabei die Aktivität der sogenannten Cytochrom P-450 abhängigen Enzyme (siehe Die WELT vom 13. 7.) in den Geweben.

Medizinische Betreuung

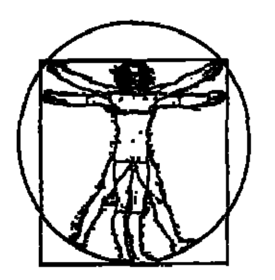
Heidelberg (DW.) – *Die arbeitsmedizinische Betreuung in Chemiebetrieben ist intensiver geworden.* Die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen durch Betriebsärzte stieg um 5 Prozent auf etwa 170 000, wie die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie mitteilte. Bei 1 Prozent davon ergaben sich gesundheitliche Bedenken. In diesen Fällen wurde versucht, den Arbeitsplatz zu verbessern oder den Arbeitnehmer an anderer Stelle einzusetzen.

Stromverbrauch steigt

Frankfurt (sl) – 1984 wurden 4,3 Prozent mehr Strom verbraucht als im Jahr zuvor, insgesamt rund 317 Milliarden Kilowattstunden. Dies teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke mit. Der Zuwachs lag deutlich über dem des Wirtschaftswachstums. Der Primärenergieverbrauch stieg im gleichen Zeitraum um 3,2 Prozent.

Tiefen-Forschung

Bochum (idr) – Bochumer Wissenschaftlern gelang jetzt erstmals der Nachweis, daß es Sedimente an der Erdoberfläche gibt, die aus Tiefen von mehr als 100 Kilometern stammen. Dies entspricht dem Dreifachen der normalen Dicke der Erdkruste. Die Geologen stellten dies an einem neu entdeckten Mineral, dem Ellenbergerit fest. Bisher wiesen nur Diamanten eine vergleichbare



Druckstabilität auf, die auf solche Tiefen schließen läßt. Das Mineral wurde durch einen langsamen Prozeß an die Oberfläche gedrückt.

Paten für Galapagos

***Bonn** (DW.) – Der World Wildlife* Fund (WWF) hat jetzt ein Patenschaftsprojekt für die Galapagos-Inseln ins Leben gerufen. Wer sich an der Erhaltung dieses einmaligen Tier- und Pflanzenparadieses beteiligen will, kann mit einer einmaligen Spende eine anteilige Patenschaft an der WWF-Galapagos-Hilfe erwerben. Die Umweltorganisation hat in diesem Jahr schon 50 000 DM für die Wiederanpflanzung der Gebiete aufgebracht, die im Frühjahr durch ein Buschfeuer vernichtet worden sind.

Meeresschildkröten

Buenos Aires (DW.) – Alle Meeresschildkröten bleiben weiterhin auf Anhang I des Washingtoner Artenschutzabkommens und stehen damit unter strengem Schutz. Dies ist eines der Ergebnisse der 5. Konferenz der Unterzeichner-Staaten des Abkommens in Buenos Aires. Einige Länder, darunter Frankreich und Großbritannien, hatten eine Aufweichung des Schutzes beantragt, was von der Mehrheit der Delegationen abgelehnt wurde.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Austritt aus Richterbund

„Leserbrief: Frankfurter Richter": WELT vom 18. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit größtem Befremden habe ich den Leserbrief des Geschäftsführers des Deutschen Richterbundes, Herrn Marqua, zur Kenntnis genommen. Er hat mich veranlaßt, nach 35jähriger Mitgliedschaft aus dem Deutschen Richterbund auszutreten.

Mit freundlichen Grüßen
F. W. Gregor,
Krefeld

*

„Richter Jahrs Eideshelfer": WELT vom 11. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Leitartikel von Enno v. Loewenstern wird mit Recht bedauert, daß es kein Verfahren wegen Rechtsbeugung gegen Amtsrichter Christoph Jahr geben wird.

Ich möchte deshalb darauf hinweisen, daß Christoph Jahr bei seiner Berufung als Richter auf Lebenszeit in öffentlicher Sitzung eines Gerichtes entsprechend Paragraph 38 des Deutschen Richtergesetzes den folgenden Eid geleistet hat:

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe".

Diesen Eid hat Richter Jahr mit der Begründung seines Freispruchs der sechs Demonstranten offensichtlich gebrochen. Wenn man ihn nun auch nicht des Meineids bezichtigen kann, so gibt es doch das Rechtsinstitut der Richteranklage nach Artikel 98 des Grundgesetzes. Danach kann das Bundesverfassungsgericht einen Richter, der gegen die Grundsätze des Grundgesetzes verstößt, in ein anderes Amt oder in den Ruhestand versetzen.

Es bleibt zu hoffen, daß der Hessische Landtag einen derartigen Antrag an das Bundesverfassungsgericht richtet.

Mit freundlichen Grüßen
E.-W. Lindow,
Köln 41

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Richter Jahr wird vermutlich gerade wegen seines merkwürdigen „Urteils" demnächst befördert. Ein Richter, der in der Nachrüstungsfrage rotgrüne Propagandathesen für rechtens erklärt, müßte in Hessen doch gute Aufstiegschancen haben. Vielleicht bekommt er für dieses „Urteil" sogar aus Moskau den Leninpreis „für hervorragenden Einsatz im Friedenskampf".

Es ist ein Jammer, daß bisher weder Bundesregierung noch Bundesanwaltschaft seine „Urteilsbegründung" in einer fernsehöffentlichen Erklärung widerlegt haben. – Das dürfte doch gar nicht schwer sein!

Wann endlich begreift unsere Regierung, daß in unserer Öffentlichkeit der Grundsatz herrscht: „Wer schweigt, ist schuldig!"?

Mit freundlichen Grüßen
W. Friedrichowicz

Weshalb schweigt Bonn?

„Wer Deutsch spricht, wird verfolgt": WELT vom 17. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

es ist dankenswert, daß Sie diesen erschütternden Artikel gebracht haben. Zeigt er doch besser als alle sonstigen Hinweise oder Erwähnungen, wie miserabel unsere deutschen Landsleute in Ostdeutschland, das unter polnischer Verwaltung steht, von den Polen dort behandelt werden. Ein authentischer Bericht mit allen Einzelheiten ist weitaus instruktiver, freilich umso deprimierender. Aber es ist eben echt.

Beschämend, wie dann der höchste katholische Würdenträger entgegen der Wahrheit behaupten kann, es gäbe dort keine Deutschen mehr. Weshalb aber unternimmt der deutsche Außenminister, der sich doch so sehr um Swapo und andere kommunistische Regime kümmert, nichts zur Verbesserung der Lage unserer Landsleute. Was hat er bei seinem Besuch in Warschau hierzu vorgebracht und verlangt? Das wäre doch seine Aufgabe!

Zufällig steht in derselben Ausgabe der WELT ein ganz kleiner Abschnitt: „Umschuldung mit Polen unterzeichnet." Darin heißt es: „Die Gesamtschulden Polens werden von westlichen Experten derzeit auf 25 bis 27 Milliarden beziffert ... Hauptgläubiger Polens sind die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, USA und Großbritannien." Das bedeutet also: Zum Geldgeben und zum Stunden, sowie für Liebesgaben sind wir Deutschen gut genug. Aber mit deutschen Menschen dort wird schlimmer umgegangen als mit Sklaven. Das muß sich ändern.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. A. Windorfer,
Erlangen

*

Nun wird in der westdeutschen Öffentlichkeit endlich bekannt, daß es nicht nur deutsche Schlesier alle zwei Jahre in Hannover bei deren Deutschlandtreffen gibt, sondern auch mehrere hunderttausend in Schlesien selbst, die dort unter der Herrschaft eines kommunistischen Militärregimes leben, das ihnen die Menschenrechte vorenthält.

Daß eine Militärregierung es mit den Rechten einer Bevölkerung nicht so genau nimmt, wissen wir aus Südamerika. Daß aber eine katholische Kirche, wie die polnische, sich nicht ihrer Gläubigen deutscher Sprache (der Muttersprache) annimmt, ist eine Ungeheuerlichkeit, die in Westdeutschland wenig bekannt ist. Ist es wirklich wahr, daß die polnische katholische Kirche nicht einmal Gottesdienste in deutscher Sprache für die Gläubigen in Schlesien abhält? Welche Anstrengungen unternimmt die westdeutsche katholische Kirche um die Not der in Schlesien lebenden Deutschen zu lindern?

Schließlich ist es schon beschämend genug, daß die frühere und die jetzige Bundesregierung ihre Schutzmachtfunktion, die ihr die Verfassung auferlegt, allerhöchstens verbal, aber ohne Taten folgen zu lassen, ausübt.

Bleibt nur noch zu hoffen, daß, wie die WELT es jetzt tut, die Öffentlichkeit im Westen Deutschlands aufgerüttelt und die Bundesregierung in die Pflicht genommen wird.

M. H. Lanczik,
Würzburg-Lengfeld

Wort des Tages

„Organisches Wachstum der Persönlichkeit ist nur möglich, wenn wir die Besonderheit des Selbst anderer Menschen genauso achten wie die unseres eigenen. Diese höchste Achtung, Beachtung und Pflege der Einzigartigkeit jedes Selbst ist die wertvollste Errungenschaft menschlicher Kultur. Und eben diese Errungenschaft ist heute in größter Gefahr."

Erich Fromm; dt. Psychoanalytiker (1900–1980)

Zynismus

„Helle, helle Gänsche": WELT vom 16. Juli

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

für Ihren Artikel kann Ihnen nicht genug gedankt werden. Denn was sich da ein Herr Glotz, seines Zeichens Bundesgeschäftsführer der SPD, mit seinem Vorschlag geleistet hat, ist an Zynismus gegenüber dem Wähler nicht mehr zu überbieten. Man kann bei Herrn Glotz sicher nicht davon ausgehen, daß er unter völliger Verkalkung oder totalem Gedächtnisschwund leidet.

Und doch kommt dieser Mann daher und posaunt in die Welt hinaus, die SPD könne mit einer Zusatzabgabe o. ä. die Arbeitslosenzahl um eine Million verringern. Ja, warum hat es eben diese SPD überhaupt soweit kommen lassen, daß sie beim Regierungswechsel fast zwei Millionen Arbeitslose und den größten Schuldenberg aller Zeiten hinterließ, wenn sie doch so einfach – fast wie ein Zauberer – eine Million Arbeitslose verschwinden lassen kann?

Was die sogenannten „Beschäftigungsprogramme" gebracht haben, bzw. nicht gebracht haben und was sie den Steuerzahler kosteten, das wissen wir nur zu gut noch.

Ihr obiger Artikel gehört m. E. jeden Tag wochenlang auf die Titelseite, bis auch dem letzten Zweifler die Augen aufgehen. Was hier versucht wurde, ist m. E. Betrug am Wähler, und zwar vorsätzlich.

Wenn es eine Partei gibt, die bei der ganzen Diskussion über die Arbeitslosigkeit allen Grund hätte zu schweigen und dazu noch rot zu werden bis hinter die Ohren, dann ist das die SPD und die hinter ihr hertrottenden Wahlhelfer in Gestalt der Gewerkschaftsfunktionäre.

Mit freundlichen Grüßen
R. Markert,
Wehr

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Professor Dr. **Elke Drecoll-Lütjen** und Professor Dr. **Johannes Wilhelm Rohen**, Direktoren des Anatomischen Instituts der Universität Erlangen/Nürnberg wurde der mit 25 000 Dollar dotierte Preis des Alcon-Research Instituts, Fort Worth in Texas/USA, zuerkannt. Die beiden Erlangener Wissenschaftler wurden damit insbesondere für ihre Untersuchungen zur Glaukomforschung und zur funktionellen Morphologie des Auges ausgezeichnet. Der Preis, der ihnen 1985 als einzigen Europäern zuerkannt wurde, ist einer der höchstdotierten amerikanischen Wissenschaftspreise.

GEBURTSTAGE

Für **Billy Wilder** schrieb er Drehbücher, für **Marlene Dietrich** den deutschen Text des berühmten Lieds „Sag mir, wo die Blumen sind". Mit Lyrik, Songs, Drehbüchern und mit Texten für Musicals und Kabarett hat **Max Colpet**, der in München seinen 80. Geburtstag feierte, über ein halbes Jahrhundert das künstlerische Leben bereichert. Schon früh schrieb Max Colpet für den „Simplicissimus", arbeitete für das Kabarett „Katakomben", verfaßte Drehbücher unter anderem für Filme mit **Hans Albers** („Hoppla, jetzt komm' ich"). 1933 emigrierte er nach Frankreich, wo er Texte für **Charles Aznavour** und **Nana Mouskouri** schrieb. Er wurde in Frankreich und der Schweiz interniert und lebte dann bis 1958 in Hollywood, ehe er nach München zurückkehrte. Sein zweites Domizil ist in Ascona.

*

Johann Cramer, nach dem Krieg Lizenzträger, Verlagsleiter und Chefredakteur der „Nordwestdeutschen Rundschau" in Wilhelmshaven, feiert kommenden Montag seinen 80. Geburtstag. 1948/49 war Cramer als sozialdemokratischer Abgeordneter im Frankfurter Wirtschaftsrat. Im ersten deutschen Bundestag leitete er den Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen. Später gehörte er noch in den Jahren 1957 bis 1972 dem 3. bis 6. Bundestag an. Kommunalpolitisch war er aktiv als Ratsherr von Wilhelmshaven, wo er auch den SPD-Kreisverband leitete und zweiter Vorsitzender des Bezirksverbandes Weser-Ems war.

*

Am 31. dieses Monates feiert der langjährige Ordinarius für Psychologie und Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Bonn, Professor Dr. **Hans Thomae**, seinen 70. Geburtstag. In der Zeit von 1950 bis 1953 lehrte er als Mitarbeiter unter Professor **Rothacker** als Privatdozent an der Universität Bonn, von 1953 bis 1960 hatte er den Lehrstuhl für Psychologie an der Universität Erlangen/Nürnberg inne und 1960 kehrte er an die Universität Bonn zurück. Viele wissenschaftliche Ansätze, die heute als neueste Erfindungen amerikanischer Psychologen angepriesen werden, wurden schon vor drei Jahrzehnten im Bonner Institut von Hans Thomae konzipiert, so unter anderem die biografische Methode als Forschungsinstrument der Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie. Neben seinen über 300 Publikationen, von denen zum Teil japanische, spanische, italienische und russische Übersetzungen vorliegen, ist vor allem die Gründung von zwei großen Publikationen hervorzuheben: das zwölfbändige „Handbuch der Psychologie" (1958–1983) und die internationale Zeitschrift „Vita Humana", später „Human Development", die, 1958 gegründet, sich um eine Integration aller Ansätze zur Erfassung des menschlichen Lebens bemüht.

EHRUNG

Peter A. Eckenberg, Geschäftsführer der Firma Klöckner-Stahlhandel in Stuttgart, ist neuer Ehrensenator der Universität Stuttgart. Rektor Professor Dr. **Hartmut Zwicker** überreichte ihm die Auszeichnung in Anerkennung und Würdigung seiner Förderung und Forschung und Lehre der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart. Eckenberg, 1930 in Essen geboren, war nach mehreren Ausbildungsstationen 1954 zur Firma Otto Wolf AG nach Köln gekommen, für die er ab 1961 bis 1970 als Prokurist und Direktor des Gesamtunternehmens tätig war. Seit 1971 ist Eckenberg Geschäftsführer der Firma Klöckner-Stahlhandel.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Wolfgang Schamoni** von der Ludwig-Maximilians-Universität München hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Japanologie (Fakultät für Orientalistik und Altertumswissenschaft) an der Universität Heidelberg angenommen.

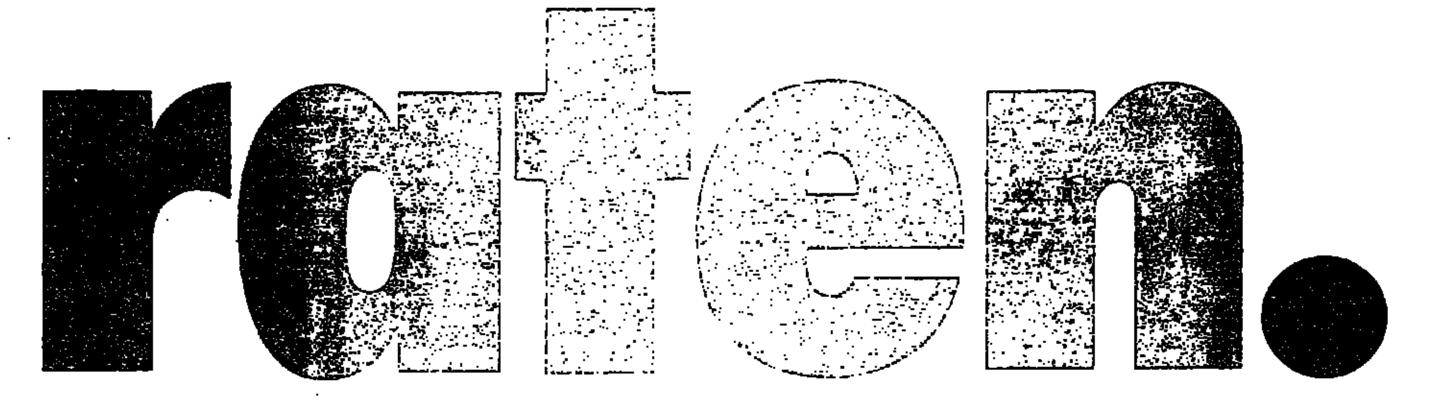
Der Kunsthistoriker und Journalist **Gustav Rene Hocké**, dessen Werke „Die Welt als Labyrinth" und „Europäisches Tagebuch" international bekannt sind, ist im Alter von 77 Jahren verstorben. Hocké, der 1934 bei **Ernst Robert Curtius** in Bonn promovierte, versuchte vor allem das Gemeinsame in der europäischen Kunst und Literatur herauszuarbeiten.

KKG und GGK

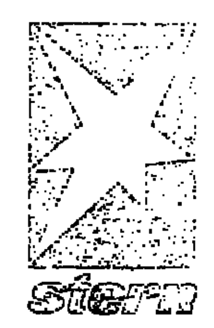


Wer küßt wen?

Heute: heiteres Geschlechts-



Mannfrauen, Fraumänner undsoweiter: bunt gemischt im neuen Stern.



Politischer Auftrag aus dem Naturrecht

Die deutsche Geschichte zwischen 1713 und 1790

Michael Erbe, Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, legt eine deutsche Geschichte vom Ende des Spanischen Erbfolgekrieges bis zum Vorabend der Französischen Revolution vor, die als handgerechte Kurzfassung für Studierende gedacht ist und sich auf die wesentlichen Grundzüge der Epoche beschränkt. Dies bedeutet beileibe nicht, daß es sich um ein Schulbuch handelt. Eher ist das Gegenteil richtig: Die Hinführung ist zugleich Interpretation, was im akademischen Lehrbetrieb eine methodische Absicherung mit erkennbarer Forschungsintention voraussetzt.

Daran hat es der Verfasser nicht fehlen lassen. Er wählte dabei den Einstieg aus dem Blickwinkel des damaligen Römisch-

Michael Erbe:
Deutsche Geschichte 1713–1790
Dualismus und Aufgeklärter Absolutismus. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. 185 S., 29,80 Mark.

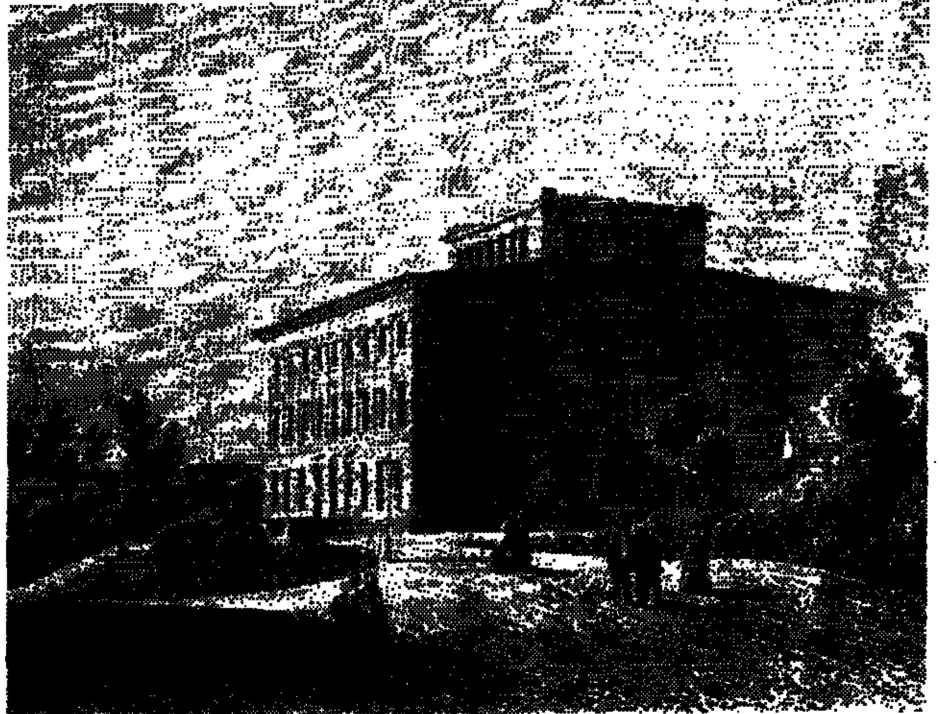
Deutschen Reiches, um dessen mannigfaltige Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstrukturen sowie die Religions-, Kultur- und Verfassungsgeschichte zusammenhängend abhandeln zu können. Danach erst kommen die Besonderheiten der deutschen Territorialwelt zur Sprache, die in die Darstellung des österreichisch-preußischen Dualismus einmünden.

Der Ausgang vom komplexen „Monstrum" des alten Reiches ist nicht problemlos und nötigt zu vielerlei Rückbezügen. Indessen liegt sein Vorzug darin, daß deutsche Geschichte, nämlich das Kräftespiel im Innern des Reiches, gebührend zur Geltung kommt, was ja für die zeitgenössischen Untertanen immer noch die augenfälligste Realität war. Dabei ist dem Autor mehr an Strukturen und langfristigen Prozessen gelegen als an politischen Ereignissen.

Dies kommt dem Verständnis des Reiches als retardierender Kraft zustatten. Zugleich entgeht Erbe damit der üblichen Selektion der Fakten aus einer „rückwärts gewandten Prophetie", die sich von den Folgen bestimmen läßt und der damaligen Bedeutung des Reiches nicht gerecht werden kann, weil es kurz danach (1806) ein unrühmliches Ende fand.

Auch in bezug auf die Territorien läßt der Autor die großen Herrscherpersönlichkeiten im Hintergrund, obgleich doch der frühmoderne Territorialstaat in erster Linie das Werk bedeutender Landesfürsten gewesen ist. In gewisser Weise bürstet er also seine deutsche Geschichte „gegen den Strich" und erinnert daran, daß fast die Hälfte des Reichsgebietes noch den mittleren und kleinen Herrschaften gehörte, die ihre jeweiligen Chancen zu wahren trachteten. Aus der Geschichte der mittleren Territorien ergeben sich überraschende Einblicke, in denen der Autor als Meister der Kurzfassung brilliert. Freilich erhebt sich demgegenüber die Frage, ob hierbei nicht das Kaliber des Dualismus Österreich/Preußen verkannt wird. Besonders wird von der Qualität der preußischen Sonderentwicklung nur eine unzulängliche Vorstellung vermittelt. Dieses preußische Königreich war auch für die Zeitgenossen ein Ausnahmefall und alles andere als ein „Endpunkt der inneren Evolutionsmöglichkeiten des Ancien Régime", zumal die Gesamtbezeichnung „Preußen" erst 1807 aufkam.

Dieses Königtum war als einziges in der damaligen Welt kalvinistisch und verstand sich als „innerweltliches Amt" mit einem eigenen politischen Auftrag. Es legitimierte sich aus dem Naturrecht der Frühaufklärung und blieb das einzige Königtum, das


Das Gebäude der Hallenser Universität: Stahlstich von J. Umbach um 1850
FOTO: AKG

sich mit Fug und Recht als Frucht der Aufklärung betrachten konnte. Die Krone galt von vornherein als zusammenhaltendes Verfassungsorgan, und die mit ihr verbundenen Rechte und Pflichten wurden sogar im „Allgemeinen Landrecht für alle Preußischen Staaten" (1794) fixiert.

Die großen Naturrechtslehrer der Zeit, Samuel Pufendorf und Christian Thomasius, die übrigens im Index von Erbe nicht genannt sind, haben – im Verein mit dem später hinzutretenden Christian Wolff – die Grundbegriffe des obrigkeitlichen Musterstaates, die aufgeklärte Pflichtenlehre und das diskretionäre Prinzip des „gesunden Menschenverstandes" in das preußische Staatsdenken eingebracht. Am Anfang stand die Staatsuniversität Halle (1694), bis 1740 die bedeutendste Ausbildungsstätte des Kontinents, und am Ende das „Allgemeine Landrecht" (1794).

Einzigartig war auch der preußische Merkantilismus, da durch die Streulage der Landesteile eine Wirtschaftslenkung in der üblichen Form, also über Grenzzölle und Binnenmarkt, ausgeschlossen war. Sie wurde dennoch ermöglicht durch die schroffe Trennung von Stadt und Land. Ohne die Mauerringe der Städte wäre weder die Marktregulierung und die Erhebung der Akzise in Form eines Torzolls noch der Zusammenhalt der Garnisonen möglich gewesen. Was dies aber den Staatsdienern an strikter Ausführungsverantwortung abverlangte, liegt auf der Hand.

Schließlich bewies der Siebenjährige Krieg, daß das Königreich ohne Rückendeckung und Subsidien von außen keine Großmachtpolitik betreiben konnte. Von einem machtpolitischen Dualismus konnte man – auch nach der Ansicht des „innovationsscheuen alten Zynikers in Sanssouci" – kaum sprechen, eher schon von einem moralischen Dualismus, der sich aus dem weltweiten Ansehen Friedrichs des Großen ergab, dem nach Kant das Jahrhundert gehörte, und der nach Goethe „der Polarstern" war, um den sich alles drehte.

Ob und warum es so war, hätte der Leser gerne erfahren. KURT KLUXEN

In die Bewegung der Bürgerrechtler einbezogen

Informationen über Arbeiterproteste in der Sowjetunion

Trotz immer noch eintreffender Berichte über Prozesse gegen Regimekritiker, scheint in der Sowjetunion seit einigen Jahren eine Art innenpolitischer Friedhofsruhe zu herrschen. Um so erstaunlicher ist es dann, wenn man in Karl Schlögels Untersuchung über Arbeiterproteste in der Sowjetunion beispielsweise für die Zeit von 1956 bis Ende 1981 mehr als 110 Streiks, Unruhen und andere Protestaktionen von Arbeitern aufgezählt findet. Auf die Frage, warum man im Westen über solche Vorgänge im allgemeinen wenig weiß, antwortet Pavel Tigrid in einem Interview im Anhang des Buches: „Ignoranz allein ist es nicht. Es ist eine Mischung aus intellektueller Faulheit und einer Haltung, von Sachen, die nicht in unser Denkschema passen, nicht allzuviel wissen zu wollen."

Schlögel hat mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Überwindung dieser Ignoranz geleistet. Angeregt wurde das Buch vor allem durch die Ereignisse in Polen und ihre Fernwirkungen in die Sowjetunion hinein

Karl Schlögel:
Der renitente Held
Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953–1983. Junius Verlag, Hamburg. 323 S., 38 Mark.

sowie durch die ersten Versuche zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften in der Sowjetunion selbst. Entstanden ist eine umfassende Darstellung der Arbeitskonflikte und ähnlicher Auseinandersetzungen in der Sowjetunion von den fünfziger Jahren bis in die Gegenwart.

Der Autor demonstriert, welche Fülle an Informationen sich durch gründliche Auswertung des vorhandenen Quellenmaterials (trotz seiner unbestreitbaren Lücken) gewinnen läßt. Wenn man berücksichtigt, daß Arbeiter in der Sowjetunion noch weit weniger Möglichkeiten als Intellektuelle haben, Nachrichten über ihre Proteste und Aktionen in den Westen zu schleusen, ist anzunehmen, daß die von Schlögel geschilderten Ereignisse nur die Spitze des Eisberges sind. Dennoch ist Schlögel in seiner Prognose der künftigen innersowjetischen Entwicklung vorsichtig und geht für die Gegenwart von der „Intaktheit und Stabilität geregelter Konfliktbewältigung" durch Partei, offizielle Gewerkschaften usw. aus.

Ausführlich befaßt sich der Verfasser mit der vieldiskutierten Frage, ob die Versuche zur Gründung freier Gewerkschaften in der Sowjetunion gegen Ende der siebziger Jahre ein Teil der Opposition der Intellektuellen oder der allgemeinen Bürgerrechtsbewegung seien. Diesbezügliche Zweifel schmälern jedoch nicht das Verdienst dieser Anfänge einer gewerkschaftlichen Opposition, nämlich die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion zu einem wichtigen Gegenstand der dortigen Bürgerrechtsbewegung gemacht zu haben.

Trotz deren größeren Interesse an den Belangen der Arbeiterschaft und nach wie vor häufiger Erscheinungen von Unzufriedenheit unter den Arbeitern – Bummelei, Fluktuation usw. –, stimmt Schlögel mit dem Urteil vieler Dissidenten überein, „daß die Arbeiterschaft sich mit der Stellung, die sie gegenwärtig einnimmt, auf längere Sicht abgefunden hat". Die entscheidende Voraussetzung für das Umschlagen der spontanen Arbeiterproteste in eine organisierte, umfassende und wirksame Arbeiterbewegung sieht Schlögel in der Durchbrechung des Informationsmonopols der Machthaber – letztlich das wichtigste Etappenziel aller Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock.

Dem Buch ist eine weite Verbreitung, eventuell in einer Neuauflage zu niedrigerem Preis, sehr zu wünschen.

THOMAS AMMER


Trotz scharfer Bewachung immer wieder Streiks: Blick in die Moskowitsch-Automobilwerke FOTO: KARSTEN DE RIESE

Verkörperung Frankreichs

Reinhard Kapferer legt eine De-Gaulle-Biographie vor

Der Geschichts-Heroe beginnt zu verblassen im Erinnerungsbild der Franzosen. Der „Gaullismus" aber, die Erbschaft jener Kraft, die Frankreich drei Jahrzehnte lang trug, wird heute schlecht und recht von Jacques Chirac und seiner republikanischen Sammlungsbewegung repräsentiert, ist nur noch Teil der bürgerlichen Restaurations-Erwartungen nach Jahren des Sozialismus, und verdient bestenfalls den Namen Chiracismus.

Wenn de Gaulle im Bewußtsein der Franzosen allmählich von anderen Bildern, anderen Personen und anderen Konstellationen verdrängt wird, wieviel mehr muß er aus den Augen der Deutschen schwinden? Eines Volkes, das ihn instinktiv nicht mochte und ihm dennoch 1962 einen triumphalen Empfang bereitete, weil er Frankreich repräsen-

Reinhard Kapferer:
Charles de Gaulle
Umrisse einer politischen Biographie. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. 120 S., zahlr. Abb., 36 Mark.

tierte und weil es sich mit Frankreich versöhnen wollte. So ist es gut, daß ein Buch über de Gaulle in Deutschland erscheint, um quasi noch einmal einen letzten Abglanz des Schlaglichts über ihn gleiten zu lassen, das ihn jahrzehntelang grell beleuchtete. Ein Buch aus einer berufenen Feder, denn der Autor Reinhard Kapferer kennt sein Sujet.

Der Badener aus Ettlingen, der Stadt, die geschichtlich manches mit Frankreich verbindet, hat an der Sorbonne studiert und den Gaullismus aus nächster Nähe beobachtet. Er kannte „seine Franzosen", als er ihnen im Umgang mit dem General über die Schulter schaute. Und so kommt eine abgeklärte, aus dem Abstand geschriebene Wertung des großen Politikers, Geschichtsphilosophen und Staatsmannes zustande, die Kapferer zurückhaltend den „Umriß einer


Charles de Gaulle
FOTO: SVEN SIMON

politischen Biographie" nennt. De Gaulle war unbestritten eine der großen Figuren dieses Jahrhunderts. Dreimal, so belegt Kapferer mit akribischer Quellenforschung, rettete er Frankreich vor einer Geschichts-Katastrophe: 1940, als er den scheinbar verlorenen Krieg gegen Deutschland an der Seite der Alliierten fortsetzte; 1958, als er die von aussichtslosen Kolonialkriegen zermürbte 4. Republik beendete; 1968, als er den Studentenaufstand und eine dadurch entstandene Staatskrise zum größten Triumph seiner Bewegung umfunktionierte. Jedesmal siegte er. Kapferer beschreibt großartig die Evolution eines Charakters, der diesen Mann zu solch Tun befähigte.

Über die Vieldeutigkeit des Begriffs Gaullismus ist bei Kapferer Interessantes nachzulesen, über die Wahrheit des einmal von André Malraux lancierten Wortes, wonach jeder Franzose einmal Gaullist war, ist oder sein wird. Das galt gewiß von 1940 bis 1970, vielleicht auch noch ein paar Jahre über den Tod des Schöpfers hinaus. Ob es heute noch gilt, mag bezweifelt werden.

Gewiß finden sich, wie der Autor nachweist, auch in Mitterrands Außenpolitik gaullistische Elemente, aber die gab es auch schon unter Clemenceau und Briand, um nicht noch weiter zurückzugehen. Daß de Gaulle daher Frankreich schlechthin verkörperte, ist eine der Maximen, die man dem Autor am liebsten abnimmt.

AUGUST GRAF KAGENECK

Im Konsens der großen Parteien und Alliierten

Eine Arbeit über die Entstehung des Grundgesetzes

Die erstmals 1969 erschienene Studie von Werner Sörgel kreist um die Rolle der organisierten gesellschaftlichen Interessen im Entstehungsprozeß des Grundgesetzes. Dies war in den späten sechziger Jahren ein vernachlässigtes Thema, das auch seitdem bemerkenswerterweise nicht wieder aufgegriffen wurde. Ein neues Bild vom westdeutschen Verfassungsgebungsprozeß ergibt sich aus der Studie zwar nicht, das war aber ohnehin nicht zu erwarten.

Auch Sörgel macht deutlich, daß der Verfassungskonsens einerseits auf den Vereinbarungen mit den Alliierten, andererseits auf der Verständigung zwischen den beiden deutschen Hauptparteien, SPD und CDU/CSU, und den Länderregierungen beruhte; die organisierten gesellschaftlichen Interessen konnten diesen überwölbenden

Werner Sörgel:
Konsensus und Interessen
Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Leske Verlag + Budrich, Opladen. 387 S., 36 Mark.

Konsens nicht antasten, aber in seinem Rahmen durchaus mit mancher Forderung Gehör finden.

Dies näher nachzuweisen, ist das eigentliche Ziel der Studie. Ihr größerer zweiter Teil – „Interessen" – behandelt nacheinander sieben Gruppen und Organisationen, die mit sehr wechselndem Erfolg auf die Verfassungsverhandlungen einzuwirken versuchten: Beamte, Richter, Gemeinden, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmer, Flüchtlinge. Ein umfangreicher Anhang belegt die entsprechenden Aktivitäten mit zahlreichen aufschlußreichen Dokumenten, wie sie anderswo nicht gefunden werden können.

Die Untersuchung der einzelnen Gruppen und Organisationen ist allerdings etwas unterschiedlich ausgefallen. Beamte, Richter und Kirchen werden verhältnismäßig ausführlich behandelt, Unternehmer und Gewerkschaften vielleicht eher etwas zu kurz. So bekommt man zwar einen anschaulichen Eindruck von den Forderungen der letzteren, aber die von ihnen erzielten Erfolge wie die auf ihren Wunsch hin unterbliebene Verankerung der negativen Koalitionsfreiheit werden nur beiläufig erwähnt.

Nun kann gewiß dieser gewerkschaftliche Partialerfolg in Anbetracht der für die deutschen Gewerkschaften immer charakteristischen Ablehnung aller Formen des Organisationszwanges nicht als ein besonderer gewerkschaftlicher Sieg gewertet werden, aber er hätte doch in Sörgels Untersuchung durchaus mehr Beachtung verdient.

Erstaunlich ist, wie wenig fündig Sörgel in dem anschließenden Abschnitt „Unternehmer" geworden ist. Er berichtet hier über nicht mehr als die verfassungspolitischen Kommentare und Stellungnahmen zweier überregionaler Zeitungen, denen kaum eine besondere Unternehmeroptik nachgesagt werden kann; die betreffenden Zeitungen, „Industriekurier" und „Handelsblatt", würden sich auch dagegen verwahren, wenn man sie als typische Unternehmer-Sprachrohre apostrophierte.

Die Solidität der Analyse soll damit nicht in Zweifel gezogen werden. Nur wird man feststellen müssen, daß Sörgels Fazit, „daß die an den Parlamentarischen Rat herangetragenen Gruppenforderungen tendenziell antireformerisch waren", von seinen Ergebnissen nicht überzeugend genug gedeckt wird. Allerdings: zur Schaffung des Grundgesetzes gab es, was der Verfasser vor allem deutlich machen will, sicher keine Alternativen. Es agierten auch zweifellos die damals noch nicht im DGB zusammengefaßten Gewerkschaften gegenüber den Verfassungsgebern zurückhaltend.

Und schließlich wird man auch feststellen können, daß überhaupt die auf politischen und sozialen Wandel gerichteten Interessen gegenüber den jenigen, die eine Garantie oder Wiederherstellung der überkommenen Besitzstände anstrebten, in einer weniger günstigen Ausgangslage waren.

Aber all dies, was ja völlig der allgemeinen Psychologie von Verfassungsgebungsprozessen entspricht, rechtfertigt es nicht, daß man die Interessenpolitik im Vorfeld des Parlamentarischen Rats pauschal mit dem Etikett „antireformerisch" versieht.

Besser in Einklang mit Sörgels Ergebnissen ist es, wenn man vorsichtiger konstatiert, daß die besondere Entstehungssituation des Grundgesetzes solche Interessen begünstigte, die mit den begrenzten Zielen der neuen Verfassung harmonierten, die Positionen einer verfassungsstaatlichen, grundrechtsorientierten Demokratie nicht herausforderten. Schließlich identifiziert auch Sörgel das Grundgesetz nicht mit einem Werk der politischen und sozialen Restauration.

Daß Sörgels Resultate vielleicht anders eingeschätzt werden müssen, als er selbst meint, spricht nicht gegen den Wert seiner Arbeit. Sie war, als sie erstmals veröffentlicht wurde, ein beachtlicher Wurf und ist es noch heute, doch wird man sie nicht als eine Arbeit mit für absehbare Zeit abschließendem Charakter bezeichnen können, wie der Verlag in seiner Notiz zur Veröffentlichung des Buches meint.

MANFRED FRIEDRICH

Blicke in den Krisenherd

Achtzehn Beiträge zur Situation der Golfstaaten

Die Erdöleinnahmen sinken, Kürzungen bei den Staatsbudgets, der Golfkrieg dauert an. Hunderttausende von Gastarbeitern verlieren die Arbeitsplätze, die Rezession in den arabischen Golfstaaten verschärft sich. In dieser Situation bietet Fred Scholz mit 18 zumeist fundierten Beiträgen Politikern und Wirtschaftlern den notwendigen Hintergrund.

Die Golfstaaten einschließlich Irans werden im einzelnen abgehandelt, der Blick für Zusammenhänge geht aber nicht verloren. Die Golfregion wird als Zentrum des arabisch-islamischen Weltkreises dargestellt.

Fred Scholz (Hrsg.):
Die Golfstaaten – Wirtschaftsmacht im Krisenherd
Georg Westermann Verlag, Braunschweig. 287 S., 29,80 Mark.

Der Konflikt mit Israel sinkt daher zu einem Randereignis herab, während Golfkrieg, die Auseinandersetzung zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Arabern und Persern, die Bemühungen der Großmächte um die Region im Mittelpunkt stehen.

Ägypten wird zwar in den Kreis aufgenommen, ein ausführlicher Bericht über Irak fehlt indessen. Warum? Die sowjetische Eroberung Afghanistans wird ebenfalls als Ereignis am Rande gewertet, obgleich die Bedrohung aus dem Norden (Iran, Afghanistan) den Golfarabern heute größere Sorgen bereitet als das Weiterbestehen Israels.

Der tendenziöse Afghanistan-Beitrag von Fred Halliday, London, stuft die Besetzung eines neutralen Landes durch die Sowjets und ihren blutigen Terror gegen die Afghanen seit 1979 als „Verlegenheitslösung" ein, um ein kommunistisches Regime zu retten. Das wird fast als legitim hingestellt, weil es ja Moskauer Interessen entspreche. Wenn sich nach Khomeini in Teheran ein kommunistisches System etablieren sollte, dann dürfen die Sowjets zu seinem Schutz also bis zum Golf vorstoßen? Die Halliday-Doktrin ergänzt die Breschnew-Doktrin.

Als „Wirtschaftsmacht" stehen die Golfstaaten noch auf wackligen Beinen, die Abhängigkeit von Ausländern ist geradezu grotesk. Nach dem Ende des Öl-Booms sind sie heute von westlichen Industrieländern und deren Lieferungen abhängiger als umgekehrt. Wegen ihrer Öl-Reserven, ihrer Finanz- und Kaufkraft bleiben sie zwar weiter wichtig. Aber es ist ein Vorteil des Buches, daß es wenigstens einige Zweifel daran anmeldet, ob etwa Saudi-Arabien die vom Staat eingeleitete Industrialisierung ohne schwere innere Erschütterungen verkraften kann. Nicht nur das Öl der Saudis, sondern auch ihre neue Petrochemie kämpft um Absatzmärkte. PETER M. RANKE

Die „dhimmis" im islamischen Staat

Der Titel der beiden grasgrünen Bände, die der Deutsche Taschenbuch-Verlag, München, in Lizenzausgabe vom Artemis-Verlag übernommen hat, heißt: **„Das Vermächtnis des Islams"** (675 S., zahlr. Abb., 39,80 Mark). Den englischen Text hatten der verstorbene große Erforscher des islamischen Rechts, Joseph Schacht, und der britische Orientalist C. E. Bosworth redigiert. Joseph Schacht, der Deutschland unter Hitler verließ, war ein Gelehrter von Weltrang. Schon wegen seines knappen Beitrags über „Staat und Recht im Islam" lohnt es sich, die neue Auflage der alten „Legacy of Islam" zu erwerben.

Mit einer Klarheit, wie sie nur die jahrzehntelange Beschäftigung mit einer so schwierigen Materie verschafft, erläutert Schacht die Bedeutung der Jurisprudenz für die muslimische Welt. Parlamente gab es nicht in den alten islamischen Staaten. Der politische Einfluß des von den Gelehrten geschaffenen Rechts beruhte einerseits auf dem Anspruch, dieses Recht stütze sich auf eine göttliche Autorität, andererseits auf der Lehre vom Konsens der gläubigen Muslims, die zu den Grundlagen der islamischen Rechtswissenschaft zählt.

Leider reichen jedoch mehrere Kapitel der Neuauflage in ihrer Qualität bei weitem nicht an die alte englische Erstfassung heran. Wer den Orient mit dem alten Oxfordband im Gepäck bereist hat, wird die darin beschriebenen Wechselbeziehungen zwischen islamischer und europäischer Architektur nicht leicht wieder vergessen. Die Kreuzfahrer und ihre mamelukischen Gegner verwandten für den Festungsbau beinah die gleichen Methoden. Schon der junge T. E. Lawrence hatte, bevor er als Lawrence of Arabia Weltruhm erlangte, diese Zusammenhänge erforscht. Der Autor der Neufassung des Kapitels über Architektur scheint es sich zur Pflicht gemacht zu haben, die ältere Fassung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Für das Einleitungskapitel des Gesamtwerks, das sich mit dem Bild des Islams im Westen befaßt, haben die Herausgeber den französischen Marxisten Maxime Rodinson gewonnen. Mit schlüpfrigem Behagen berichtet der militante Atheist von den Kämpfen der Kreuzfahrer um Akko (1189–1191). Damals hätten „freizügige Europäerinnen, die zur Erquickung der Kreuzfahrer angereist waren", ihre Gunst „ebenso bereitwillig" einigen Muslims gewährt. Solche Anekdoten täuschen historisches Verständnis nur vor, für die eigentlichen Glaubensfragen hat der Atheist Rodinson kein Organ. In seiner Übersicht über die Geschichte der orientalistischen Wissenschaft wird der bedeutendste deutsche Erforscher des Islams in diesem Jahrhundert, Hellmut Ritter, nicht erwähnt.

Vorzüglich ist hingegen das von Bernard Lewis verfaßte Kapitel über „Politik und Kriege" der Muslims, auch wenn dieser Autor in seinem schon zu Beginn der siebziger Jahre verfaßten Beitrag das Los der Juden und Christen im islamischen Staat, der sogenannten dhimmis, zu optimistisch darstellt. – Aber warum so viel Papier? Aus den 420 Seiten der vorzüglichen englischen ersten Fassung des Buchs sind in der deutschen Übersetzung der Neufassung fast siebenhundert Seiten geworden.

HARALD VOCKE

Von Masuren nach Westfalen

Studien zur Wirtschaftsentwicklung im deutschen Osten

In seiner umfangreichen neuen Arbeit analysiert Friedrich-Wilhelm Henning die „Ostdeutschen Wirtschaftsleistungen vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert", ebenso die Struktur der deutschen Bauernsiedlungen, die – neben den Gutsherrenschaften – die Agrarstruktur dieser Provinzen prägten; denn überall dort, wo deutsche Bauernsiedlungen stattgefunden hatten, bil-

Friedrich-Wilhelm Henning:
Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Mittel- und Osteuropas
Forschungsstelle Ostmitteleuropa, Universität Dortmund. 350 S., 26 Mark.

deten die Eigenbetriebe freier Landwirte die Mehrzahl. Der Autor befaßt sich eingehend mit den bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnissen, ja sogar mit dem interessanten Thema des Ochsenhandels nördlich der Karpaten im 16. Jahrhundert. Ein weiteres Kapitel ist der preußischen Thesaurierungspolitik im 19. Jahrhundert und den Handelsfunktionen der Hauptstadt Schlesiens, Breslau, im 16. Jahrhundert gewidmet. Anhand einer Tabelle wird nachgewiesen, welche Familien süddeutscher Herkunft im Breslauer Patriziat heimisch wurden und schließlich dominierten.

Ein anderer Abschnitt behandelt die oberschlesische Landwirtschaft des 18. Jahrhunderts, die heute noch eine eminente Bedeutung (jetzt für die polnische Wirtschaft) hat. Vier Kapitel beleuchten die Landwirtschaft im Untersuchungsraum insgesamt, die allgemeinen Einkommensverhältnisse, die Industrialisierung und speziell die Bedeutung der Tuchfabriken in Ostpreußen.

Da findet sich ein Beitrag zur Forschung um Thünens Modell des „Isolierten Staates", da werden exakt die Einkommen der einzelnen Berufe dargelegt. Da wird Buch geführt über die Bevölkerung und ihre Abwanderung, die ja enorm war. Zunächst visierte der Strom der Abwanderer Danzig und Elbing mit seiner westpreußischen Region an. Dann kam Berlin mit seinem Umfeld dazu. Schließlich wurden die Rheinlande und von ostpreußischen Masuren besonders Westfalen als Ziel gewählt.

Das letzte Kapitel trägt den Titel „Danzigs Weg zur Industrialisierung", das eine wesentliche Ergänzung der Wirtschaftsgeschichte dieser Hansestadt bildet. Die Danziger Industrie in den letzten Jahren des deutschen Kaiserreiches, die eine Industrialisierung der gesamten Region zur Folge hatte, legte sicherlich das Fundament zur wirtschaftlichen Expansion der späteren Freien Stadt und des heutigen Danzig als wichtigste Industriestadt Polens an der Ostseeküste. JOACHIM G. GÖRLICH

Weiterhin Erster bei Tests in Deutschland und USA. Audi 100.

Das technologisch wegweisende Konzept des Audi 100 findet nicht nur bei den Autofahrern, sondern auch bei der Fachwelt stets aufs Neue Beachtung. Nach vielen begehrten nationalen und internationalen Auszeichnungen, summierten sich im Mai '85 wieder einmal die Testsiege in Deutschland und USA. Sogar gegen Autos, die gerade erst mit neuem technischen Konzept auf den Markt gekommen sind. **Erstens:** In einem Vergleichstest durchbrach der Audi 100 CS quattro die sieggewohnte Serie eines Konkurrenten. Mit „sehr gut" *bewertete die Zeitschrift „mot" vom* 5.6.85 die Serienausstattung, den Innenraum vorn und hinten, die Vordersitze, die Gurte, den Gepäckraum, das Licht, die Lenkung, das Getriebe, die Straßenlage, die Beschleunigung, die Elastizität, die Spitze und den Verbrauch. Und das sicherte dem Audi 100 CS quattro mit Abstand den ersten Platz. **Zweitens:** „Ausgewogenheit, Solidität und Reife – das sind die Elemente des Erfolgs ..." schreibt die Auto Zeitung Nr. 12/85 zum Testsieger, Audi 100 CC. Gleichzeitig wird ihm auch der Europa-Pokal '85 von „Auto Zeitung" verliehen, denn „... der Sieger zeigte in keiner Disziplin gravierende Schwächen." **Drittens:** Im Test der Zeitschrift „Auto, Motor *und Sport" Nr. 10 und 11/85, bei dem* fünf der bekanntesten Konkurrenten auf Herz und Nieren geprüft werden, belegte der Audi 100 CC den ersten Platz zusammen mit einem weiteren Testmodell. „Der Audi 100 ist aufgrund seiner Antriebsqualitäten ein würdiger Sieger...", schreibt „ams". **Viertens:** Zum zweiten Mal hintereinander, diesmal mit dem Audi 5000 (Audi 100), werden die Ingolstädter von der großen amerikanischen Fachzeitschrift „WARD'S Auto World" zur besten Import-Luxuslimousine der USA gewählt. Ein Erfolg, der gerade bei den besonderen Ansprüchen in den USA an Fahr- und Raumkomfort und an die Ausstattung nicht hoch genug bewertet *werden kann. Dem haben wir* nur noch eins hinzuzufügen: Eine Einladung zu einer persönlichen Testfahrt. Bei Ihrem V.A.G Partner.



Vorsprung durch Technik

Washington und Peking zeichnen Nuklearvertrag

▲ Fortsetzung von Seite 1

die Tatsache, daß Reagan trotz seiner kürzlichen Operation persönlich zu diesem Empfang erschien, Respekt und Wohlwollen ausgelöst. Obwohl Präsident Li Xiannin keine Machtposition in Peking mehr besitzt, rechnet man in Washington damit, daß sein Besuch eine neue und problemfreiere Phase in den Beziehungen zu China einleitet. „Unsere beiden Völker können stolz darauf sein, daß in so wenigen Jahren eine so solide Basis des Goodwill gelegt werden konnte", sagte Reagan in seiner Begrüßungsrede, in der er die beiderseitigen Beziehungen unter das „alte chinesische Prinzip des gegenseitigen Respekts und des gegenseitigen Nutzens" stellte. Während dieser Begrüßungszeremonie demonstrierten etwa 1500 Nationalchinesen vor dem Weißen Haus gegen den Besuch Lis mit dem Slogan „Demokratie ja, Kommunismus nein".

Beide Präsidenten zogen sich nach der Begrüßung zu einem 30minütigen Gespräch ins Weiße Haus zurück, bei dem der chinesische Gast auch die Taiwan-Frage zur Sprache brachte. Nach Auskunft eines maßgeblichen Beamten der Administration entgegnete Reagan, daß neue Ideen zur Lösung dieses Konflikts von beiden Seiten, also von China und Taiwan, kommen müßten. Es gebe in diesem Konflikt für die USA keine Vermittlerrolle, wie sie von Peking gern gesehen würde.

Präsident Li sprach beim feierlichen Staatsbankett im Weißen Haus am Abend dieses Thema noch einmal an. „Es gibt keinen Zweifel, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen China und den USA bestehen", sagte er. In den kleineren Fragen könnte jede Seite bei ihrer Meinung bleiben, ohne die Freundschaft zu gefährden. Wenn die größeren Probleme jedoch ungelöst blieben, könnten sie zu einem Hindernis in der beiderseitigen Freundschaft werden. Und eines der großen Probleme sei eben Taiwan.

Im Laufe des gestrigen Tages wurde zwischen beiden Ländern außerdem ein Kultur-, Erziehungs- und Fischereiabkommen unterzeichnet. Präsident Reagan gab beim Staatsbankett ferner bekannt, daß Vize-Präsident George Bush, der einst als Botschafter in Peking arbeitete, zu einem Besuch in China eingeladen ist.

90 Millionen Mark für Haus der Geschichte

Geschichtsbewußtsein der Bürger soll gefördert werden

DW./NITSCHKE, Bonn

Die Errichtung eines „Hauses der Geschichte" der Bundesrepublik Deutschland ist gestern in der Kabinettssitzung in Bonn beschlossen worden. Damit ist der Startschuß für ein Projekt gegeben worden, für das sich Bundeskanzler Helmut Kohl nachdrücklich eingesetzt hatte. Das Haus soll in der Nähe des Bundeshauses an der Adenauerallee erbaut und bis Ende 1990 fertiggestellt werden. Dafür ist bereits ein 9000 Quadratmeter großen Grundstück für 12 Millionen Mark angekauft worden. Dies teilte Bundesbauminister Oscar Schneider gestern vor Journalisten mit.

Als Träger ist eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts vorgesehen, in deren Gremien „alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte angemessen berücksichtigt werden". In diesem Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum sollen „in lebendiger und anschaulicher Weise" Kenntnisse über Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der geteilten Nation vermittelt werden und so „das Verständnis der Bürger, vor allem der Jugend für das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben im eigenen Land" gestärkt und gefestigt werden.

Die Darstellung in dem Haus, für das in den letzten beiden Jahren schon zwei Gutachten von Historikern vorgelegt wurden, soll „wissenschaftlich fundiert, sowie offen für künftige Entwicklungen und kontoverse Anschauungen" sein.

Schneider betonte, daß die inhaltliche Konzeption des Hauses der Geschichte in engem Zusammenhang mit dem „Museum der Geschichte des deutschen Volkes" stehe, das in Berlin mit einem Kostenaufwand von 250 Millionen Mark errichtet werden soll. „Dabei soll und muß klargemacht werden, daß die deutsche Hauptstadt Berlin ist und bleibt, während die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland Bonn ist."

Breit: Einiges auf den Weg

■ Fortsetzung von Seite 1

view die Bereitschaft von DGB und Regierung zu dem Dreier-Treffen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wertete die für den Herbst beabsichtigten Gespräche als „erfolgversprechenden Ansatz".

Der Bundeskanzler hatte in einer kurzen Eröffnungsrede vor den zehn Kabinettsmitgliedern und 14 Gewerkschaftsführern auf die bisherigen Maßnahmen seiner Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwiesen (WELT v. 24. 7.) und vermerkt, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit gebremst sei, wenngleich deren Abbau nach wie vor vorrangiges innenpolitisches Thema bleibe. DGB-Vorsitzender Ernst Breit zeigte sich nach der Unterredung erstmals seit dem Amtsantritt Kohls bereit, die Regierungspolitik positiv zu bewerten. Die Regierung habe, „wenn man genau hinschaut, einiges in der letzten Zeit auf den Weg gebracht", sagte Breit. Als Beispiele führte er das Programm zur Stadtsanierung und die vorteilhaften Kreditkonditionen für bestimmte Vorhaben bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau an. In der Gesprächsrunde beim Kanzler hatte Breit wie auch die anderen Gewerkschafter, soweit sie sich an der Diskussion beteiligten, diese Maßnahmen als nicht ausreichend bewertet und erneut ein staatliches Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen verlangt. Der Vorsitzende der größten deutschen Einzelgewerkschaft, IG Metall-Chef Hans Mayr, hörte dem Vernehmen nach der Debatte zwar konzentriert zu, ergriff aber nicht einmal selber das Wort. Mayrs Gewerkschaft gehört zu den Vorreitern der vom DGB für den Oktober ausgerufenen „Aktionswoche" mit der gegen die Politik der Bundesregierung protestiert werden soll, die angeblich zu Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit geführt habe.

Das allseits als schwierig und sensibel bezeichnete Thema der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes – wodurch der DGB eine Beschneidung seines Einflusses in den Betriebsräten befürchtet – und der Bestimmungen über die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Tarifkämpfen soll auch im September angesprochen werden.

‚Von Krisenstimmung keine Rede'

Noelle-Neumann: Beurteilung der Bonner Politik irrational / Erfolge schlecht präsentiert?

GÜNTHER BADING, Bonn

In der Beurteilung der Politik der Bundesregierung zeichnet sich bei den Wählern nach Erkenntnissen der Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann, ein „irrationales Verhalten" ab. Auf der einen Seite würden die objektiven wirtschafts- und finanzpolitischen Erfolge der Bundesregierung kaum zur Kenntnis genommen, andererseits stelle sich bei Nachfragen nach der allgemeinen Grundstimmung in der Bevölkerung heraus, daß von Krisenstimmung keine Rede sein könne. Die Bundestagswahl 1983 sei eindeutig durch die Fixierung der Wähler auf die Probleme der Wirtschaftspolitik für die CDU/CSU und die FDP erfolgreich verlaufen, weil man diesen Parteien hier mehr Kompetenz zugetraut hätte. Die regelmäßigen Erhebungen des Allensbacher Instituts hätten nun ergeben, daß in den Bereichen der Wirtschaft und der Finanzen ein deutlicher Unterschied „zwischen der effektiven Entwicklung und dem bewußtseinsstand der Bevölkerung" bestehe.

Als konkretes Beispiel führte die Meinungsforscherin die Entwicklung der Inflationsrate an. Die Realität sei, daß die Preissteigerungsrate zwischen 1981 und 1984 mehr als halbiert worden und mit 2,4 Prozent im Jahresdurchschnitt auf einen Stand gleich hinter Japan gedrückt worden sei. Frau Noelle-Neumann: „Allerdings sehen drei Fünftel der Bevölkerung keinen Erfolg der Regierung Kohl bei der Preisstabilisierung." Im Juni dieses Jahres antworteten auf die Frage, ob die Regierung beim Bemühen, die Inflation zu stoppen, Erfolg gehabt habe nur 39 Prozent mit Ja. 38 Prozent antworteten mit Nein, 23 Prozent waren sich nicht schlüssig. 61 Prozent der Befragten also war der anhand von Zahlen nachweisbare Erfolg der Politik der Regierung Kohls nicht bewußt.

Dies sei auch eine Sache der Präsentation der Regierungserfolge, merkte die Leiterin des Instituts an. Man könne sich vorstellen, daß die Zahlen über die allmonatliche Entwicklung der Inflationsrate in ähnlich breiter Form dargestellt und kommentiert würden, wie dies durch den Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bei den monatlichen Arbeitslosenzahlen geschehe.

Als weiteres Beispiel griff die Demoskopin die Arbeitslosenzahlen auf. Hier sei die Realität, daß der seit 1980 unvermindert steile Anstieg der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1985 gestoppt worden sei. Dennoch wisse die Mehrheit der Bevölkerung dies nicht. Auf die Frage: ‚Wenn jemand sagt, den schnellen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei der vorigen Regierung hat die Regierung Kohl gestoppt', antworteten nur 20 Prozent zustimmend, 61 wiesen dies zurück, 19 Prozent waren unentschieden.

Betrachte man dagegen völlig losgelöst von diesen Einzelfragen die Stimmungslage der Bevölkerung, so sei festzustellen, daß nach einem Einbruch im Frühjahr 1985, im Juni und Juli die Erwartung gestärkt worden sei, es werde in den nächsten sechs Monaten wirtschaftlich bergauf gehen. Nur noch 39 Prozent meinten, daß bei uns die Verhältnisse „Anlaß zur Beunruhigung gäben", gegenüber 50 bis 60 Prozent Anfang der 80er Jahre.

Saubere Luft, mehr Investitionen

● Fortsetzung von Seite 1

renziert zwischen nicht gefährlichen und besonders kritischen staubförmigen Emissionen. Das „umfassende Instrumentarium", so Zimmermann, sei Kern dieser heute vom Kabinett gebilligten zweiten Fortschreibung des Aktionsprogramms „Rettet den Wald".

Schwermetallbelastungen werden nach dem nun notwendigen Einbau von Filteranlagen so gering sein, daß sie in der Nachbarschaft solcher Industrieanlagen „nicht mehr meßbar sind".

Nach den Bestimmungen der neuen TA Luft müssen Altanlagen innerhalb bestimmter Fristen dem Stand der Technik von Neuanlagen entsprechen. Ausschlaggebend ist das Risikopotential der Schadstoffe.

Diese Regelung, die Zimmermann ein „einmaliges Sanierungskonzept" nannte, werde nicht nur eine Verminderung der Gesamtbelastung an Luftschadstoffen bewirken, sondern auch eine weitgehende Modernisierung der Industrie. Ihr werde jetzt als Voraussetzung für die anstehenden Investitionen die erforderliche Rechtssicherheit gegeben.

Neu ist unter anderem die Einführung einer „Kompensationsregelung" für Altanlagen. Sie ermöglicht den Zusammenschluß mehrerer benachbarter Unternehmen zu einer Sanierungsgemeinschaft. Wenn insgesamt eine umweltfreundlichere Lösung als vorher für die betroffene Region erreicht wird, dann kann einer der Betriebe weniger strenge Maßnahmen gegen Emissionen ergreifen, als er eigentlich gesetzlich müßte, wenn der Nachbarbetrieb seine Prozente an Leistungen zur Emissionsverminderung mit übernimmt.

Da die 1983 erlassene Großfeuerungs-Anlagen-Verordnung nach den Worten Zimmermanns jetzt „voll zu greifen beginnt", werde dies gemeinsam mit den in der TA Luft festgeschriebenen Grenzwerten zu einer etwa 70prozentigen Verminderung des Ausstoßes von Schwefeldioxid und Stickstoffoxiden aus den betroffenen Anlagen führen. Zimmermann rechnet mit einem Rückgang der Stickstoffoxide von derzeit einer Million Jahrestonnen auf 0,3 Millionen Tonnen bis zum Anfang der 90er Jahre. Beide Schadstoffe gelten als Hauptursache des Waldsterbens.

Der Bundesinnenminister rechnet nicht mit einer Personalaufstockung in den Ländern, die die Einhaltung der neuen Vorschriften überwachen. Dagegen würden sich die Preise für einzelne Produkte infolge der drastischen Verschärfung der zulässigen Emissionswerte in unterschiedlicher Weise erhöhen: So kostete der Einbau von Filtern in die 36 Konverteranlagen der Stahlwerke rund 100 Millionen Mark. Dies führte zu einer Verteuerung von 3,30 Mark pro Tonne Stahl.

Bei der Bleiakku-Herstellung (17 Anlagen, die derzeit 20 Tonnen Blei pro Jahr emitieren) kostete die Umrüstung pro Anlage rund eine Million Mark. Die Produktion einer Batterie werde dann 50 Pfennig teurer.

Ein Fall wie der des Kohlekraftwerks Buschhaus, eine neue Anlage, für die großzügigere Schadstoffwerte gelten als für Altanlagen, sei mit der TA Luft nicht mehr denkbar, erklärte Zimmermann.

„Hessen verletzt Prinzip der Gewaltenteilung"

dpa, Bonn

Die Bundesregierung wird das Land Hessen wegen der Änderung des hessischen Personalvertretungsgesetzes beim Bundesverfassungsgericht verklagen. Die Einleitung eines Normenkontrollverfahrens hat das Bundeskabinett gestern in Bonn beschlossen. Nach Auffassung der Bundesregierung ist die Mitbestimmung beim Erlaß von Verwaltungsanordnungen, bei der Datenverarbeitung im Personalbereich, bei organisatorischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie das Initiativrecht der Personalvertretung verfassungswidrig.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl Miltner, begrüßte die Entscheidung der Bundesregierung. In einer Stellungnahme vertrat er die Ansicht, durch die Gesetzesänderung des Landes Hessen würden Demokratiegebot und Gewaltenteilung verletzt. Die Rechtseinheitlichkeit in der Bundesrepublik sei nachhaltig gestört. Miltner warf der hessischen Regierung vor, im Gewand der Mitbestimmung die Fremdbestimmung der Verwaltung durch die dort Beschäftigten zu ermöglichen. Die Verantwortung der gewählten politischen Repräsentanten gegenüber den Parlamenten und damit gegenüber dem Volk werde gebrochen.

Metallhandwerker blockieren Betrieb

dpa, Münster/Oberhausen

Der erste Streik für die 38,5-Stunden-Woche im Metallhandwerk hat gestern die Produktion der Firma Wolters Hydraulik in Oberhausen lahm gelegt. Die federführende Bezirksleitung der IG Metall in Münster berichtete, von 58 Beschäftigten hätten sich mehr als 50 am Ausstand beteiligt. Dagegen stehen nach Angaben des Unternehmens von etwa 30 Gewerkschaftsmitgliedern rund 20 vor dem Werk und legen, unterstützt von Nicht-Betriebsangehörigen, den Betrieb still, weil in den „reinen Reparaturbetrieb" weder Ein- noch Ausfahrt möglich sind. Vorangegangen waren gescheiterte Verhandlungen über die Forderung der Gewerkschaft nach einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche sowie 3,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die insgesamt 120 000 Beschäftigten.

Das Schicksal nahm mir meinen geliebten Mann, unseren liebevollen Vater, Großvater und lieben Bruder

Professor Dr. med.

Karl-Heinz Schäfer

geb. 2. Januar 1911 gest. 17. Juli 1985

In großer Liebe und Dankbarkeit
Dr. Ilse Schäfer geb. Jacob
Kinder und Enkel
sowie weitere Angehörige

Julius-Vosseler-Straße 7
2000 Hamburg 54

Wir nehmen Abschied am Mittwoch, dem 31. Juli 1985, um 14 Uhr in der Kirche am Niendorfer Markt.
Anstelle von Blumen wird um eine Spende zugunsten der „Fördergemeinschaft zur Erforschung und Heilung von Krebskrankheiten bei Kindern e. V." (Hamburger Bank von 1861 Volksbank, BLZ 201 900 03, Kto.-Nr. 555 5515) gebeten.

Am 17. Juli 1985 verstarb

Dr. med. Karl-Heinz Schäfer

emeritierter Ordentlicher Professor für Kinderheilkunde an der Universitäts-Kinderklinik Hamburg

Er gehörte unserer Stiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1969 als Mitglied des Kuratoriums an. In dieser Eigenschaft stand uns Prof. Schäfer mit seinem reichen Wissen und seiner großen Erfahrung stets als Ratgeber zur Seite. Sein menschliches Engagement, seine Fähigkeiten als Arzt und sein außergewöhnliches Urteilsvermögen haben den Aufbau und die Entwicklung unserer Stiftung und damit die Förderung der medizinischen Forschung richtungweisend mitbestimmt.

Wir gedenken seiner in Achtung und Dankbarkeit.

WERNER OTTO STIFTUNG
Der Vorsitzende des Kuratoriums
Werner Otto

Nach langer, mit großer Geduld und Tapferkeit ertragener Krankheit entschlief am 5. Juli 1985 meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Schwester

Edeltraud Lange

geb. v. Heister

im Alter von 65 Jahren.

In Liebe und Dankbarkeit
Hans Joachim Lange
Dr. Gottfried Lange
und Dr. Karin Ziolko-Lange
S. Roswitha Lange
Ingeburg Pethick geb. v. Heister, London
Sigward v. Heister, Mallorca
Gudrun v. Heister, Espelkamp
Brunhilt Ivy geb. v. Heister, Waurika/Oklahoma
Roswitha Burk geb. v. Heister, San Francisco
Waltrud Grether geb. v. Heister, Los Angeles
Irmingard v. Heister, Frankfurt/M.
Hellmuth v. Heister, Tegernsee

Uhlenhorster Weg 34, 2000 Hamburg 76

Die Beisetzung hat auf Wunsch der Verstorbenen im engsten Kreis stattgefunden.

Unsere liebe Tante, Großtante, Urgroßtante und Schwägerin

Margarethe Levedag

* 5. April 1902 † 21. Juli 1985

ist nach einem erfüllten Leben heimgerufen worden.

Im Namen der Hinterbliebenen
Renate Woyzik-Köhler
Dr. med. Burkhard Köhler

4811 Oerlinghausen 2, Leipziger Straße 6
7000 Stuttgart 1, Feuerbacher Heide 57

Die Urnenbeisetzung findet in aller Stille statt.

Der Lebensweg unserer lieben Mutti

Hertha Krause

geb. Ohlsen

* 13. Februar 1898 † 18. Juli 1985

ist vollendet.

In Liebe und Dankbarkeit
Rudolf Fuchs und
Frau Ingeborg geb. Krause

Museumstr. 27
2000 Hamburg 50

Wir haben Abschied genommen. Bitte keine Besuche.

Scharfes Geschütz

hg – Das ist ein scharfes Geschütz: Im Bundeskartellamt erwägt man eine einstweilige Anordnung gegen den Alzeyer Unternehmer Karl-Heinz Kipp, weil der in seinen 26 Massa-Märkten mit Preisen operiert, die teilweise weit unter den Einstandskosten liegen. Aber werden nicht die Falschen getroffen, wenn dem Verbraucher per Gerichtsbeschluß eine billige Einkaufsquelle verstopft wird?

Es kommt darauf an: Stünde Massa an seinen Standorten allein, dann wäre es nur zu begrüßen, wenn Karl-Heinz Kipp einen Teil seiner Ware nahezu verschenkt. Wenn er sich seinen Markt mit ein paar ähnlich Großen oder Größeren teilen müßte, wäre dagegen auch nichts einzuwenden – jeder von ihnen müßte auf diese Weise hier und da ein paar Verluste hinnehmen, und der Kunde wäre König.

Das Dumme ist nur, daß das nie vorkommt. Kein Unternehmer verschenkt etwas aus reiner Menschenliebe. Er tut es aber zum Beispiel in der Hoffnung, auf diese Weise den Konkurrenten auszuschalten, der sich das nicht leisten kann. Und eben dies befürchten die Wettbewerbshüter. Schlimmer noch: Sie rechnen damit, daß zwischen den Großen ein Preiskrieg ausbricht, der die Mittelständler am Markt in ernsthafte Schwierigkeiten bringen könnte.

Dahinter steht die Erfahrung, daß wenige Große, wenn es nur noch sie gibt, sich mühelos einigen können – auch über Preise. Doch das werden dann mit Sicherheit keine Niedrigstpreise sein, denn zum Verschenken gäbe es keinen Anlaß mehr. Und dann wäre der Verbraucher erst recht getroffen.

Vordergründig

HH – Der neue Arbeitsminister in Düsseldorf, Heinemann, hat sich einen typischen SPD-Einstand ausgedacht: die Diskriminierung von Überstunden. Während sich die Erkenntnis breitmacht, daß nur eine Senkung der Arbeitskosten die Beschäftigung fördert, marschiert die SPD mit vordergründiger Argumentation in die entgegengesetzte Richtung. Nachdem sie jahrelang mit vermeintlichen Wohltaten immer neue Beschäftigungsbarrieren aufgebaut hat, will sie nun mit neuen Barrieren die Wirkung der bestehenden aufheben. Eine solche Rechnung kann nicht aufgehen. Damit verstrickt sich die Partei mit dem Anspruch, für „die" Arbeitnehmer da zu sein, in eine immer beschäftigungs- und arbeitnehmerfeindlichere Haltung. Wem Überstunden ein Dorn im Auge sind, kann zur weiteren Verringerung des derzeit historisch niedrigen Niveaus Wirksames beitragen: Die Einstellungsbedingungen flexibler gestalten und die Ausbildungsanstrengungen verstärken, so daß die Wirtschaft weniger zum Notventil der Überstunde greifen muß.

ÜBERSTUNDEN / „Heinemann-Vorschlag ist Eingriff in die Tarifautonomie"

Arbeitgeber: Reglementierungen schaffen noch keine Arbeitsplätze

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Heinemann (SPD) aus der Vorwoche, durch eine Gesetzesinitiative im Bundesrat Überstunden einschränken zu wollen, ist jetzt in der Wirtschaft auf breite Ablehnung gestoßen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nannte seinen Vorschlag gestern „beschäftigungsfeindlich".

Nach dem Vorschlag Heinemanns sollen Überstundenentgelte entweder nicht mehr zu den Betriebskosten gerechnet werden dürfen (und damit nicht mehr gewinn- und steuermindernd wirken) oder beim Empfänger zum doppelten Einkommensteuersatz versteuert werden. Neben dieser Verteuerung plädiert der SPD-Politiker dafür, daß alle Überstunden spätestens nach drei Monaten in Freizeit abgegolten werden müßten.

Eine solche Reglementierung würde nach Meinung der Bundesvereinigung „die Unternehmen und Arbeitnehmer in ihrer Beweglichkeit künftig aufs äußerste einschränken". Während der Arbeitsmarkt eine Politik verlange, die die Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung erweitert, liefen die Überlegungen Heinemanns darauf hinaus, „die vorhandenen Starrheiten und Strukturprobleme auf die Spitze zu treiben".

Das der Industrie nahestehende Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schreibt zur Datenlage: „Schon seit 1982 produziert die deutsche Wirtschaft mit einem so extrem niedrigen Überstundenniveau wie noch nie. Im Durchschnitt aller Arbeitnehmer sind es pro Woche lediglich knapp 1,7 Stunden." Noch 1970 seien es 3,7 gewesen. Da sich der Stand in den letzten drei Jahren kaum verändert habe, dürfte der „untere strukturelle Sockel erreicht sein".

Allerdings steckten hinter diesem Durchschnitt sehr unterschiedliche Branchenwerte. In der Tabakverarbeitung würden zum Beispiel nur 0,6 Überstunden gefahren. Der Schiffbau dagegen verzeichne mit drei Überstunden in der Woche die höchste Ziffer. Das IW wertet gerade diese Spitzenposition als Indiz für ein personalpolitisches Problem: „Über 90 Prozent der Arbeitsplätze sind mit Spezialisten besetzt." Das seien Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse besonders schwierige Aufgaben zu erfüllen hätten. Solche Fachkräfte seien auf dem Arbeitsmarkt „derzeit nicht verfügbar". Das Beispiel Schiffbau lasse sich auf andere Industriezweige übertragen.

Ergänzend schreiben die Arbeitgeber, „daß die überwiegende Zahl der Mehrarbeitsstunden von Facharbeitern und Spezialisten geleistet würde und viele Betriebe trotz der hohen Arbeitslosenzahl ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften nicht dekken könnten".

Jede Reglementierung würde daher die strukturellen Probleme „in unerträglicher Weise verschärfen". Heinemanns Vorschläge würden auch dem gemeinsamen Appell von DGB-Chef Breit und Arbeitgeberpräsident Esser zuwiderlaufen, wonach im Einzelfall zu prüfen sei, inwieweit sich Mehrarbeit zugunsten von Neueinstellungen vermindern lasse. Dieser Appell gehe davon aus, daß Überstunden auch in Zukunft zum betrieblichen Alltag gehörten. Denn aus fertigungstechnischen Gründen und zur Einhaltung von Liefer- und Serviceterminen bestehe immer ein gewisser Überstundenbedarf.

Zudem sehen die Arbeitgeber in der vorgeschlagenen Freizeitabgeltung von Überstunden „einen rigorosen Eingriff in die Tarifautonomie". Damit würden alle tarifvertraglichen Vereinbarungen zur Mehrarbeit zwangsweise außer Kraft gesetzt. Dies müßte zudem allen vernünftigen Bemühungen der Tarifparteien entgegenwirken, den Freizeitausgleich für Überstunden nach den betrieblichen Erfordernissen unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Beschäftigungswirksamkeit zu prüfen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Bonner FDP-Fraktion, Graf Lambsdorff, hat daran erinnert, daß Heinemanns Pläne „jahrelang in der sozial-liberalen Koalition diskutiert" worden seien. Lambsdorff: „Es verringert die Flexibilität der Betriebe ... und verringert nicht die Zahl der Überstunden, sondern erhöht die Zahl der Arbeitslosen."

MULTIFASERABKOMMEN

EG will Importregelungen weniger starr handhaben

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Europäische Gemeinschaft hat sich im Textilausschuß des Gatt für eine Verlängerung des Mitte 1986 auslaufenden Multifaserabkommens ausgesprochen. Zugleich signalisierte sie jedoch den Entwicklungsländern ihre Bereitschaft, die unter dem Dach dieses Abkommens zu erneuernden multi- und bilateralen Importregelungen weniger starr anzuwenden als in der Vergangenheit.

Konkrete Zusagen über Einfuhrerleichterungen, wie sie die Bundesrepublik, Holland und Dänemark bevorzugt hätten, hielten die übrigen EG-Partner in der Eröffnungssitzung der Verhandlungen noch nicht für angebracht. Im Außenministerrat der Gemeinschaft blieb es daher bei der von der Brüsseler Kommission vorbereiteten Eingangserklärung.

In zwölf Punkten umschreibt diese Erklärung die Positionen der EG und versucht Verständnis für die von allen Mitgliedsländern gewünschte weitere Abschirmung des europäischen Marktes vor einer sprunghaften Zunahme von Billigimporten zu wecken. Dabei tritt die Gemeinschaft für eine „auf vernünftiger und gerechter Grundlage" beruhende Lösung mit der Gesamtheit der am Textilhandel beteiligten Länder ein.

Die EG verweist darauf, daß sie in jüngster Zeit wiederholt ihren Willen zum Ausdruck gebracht habe, das offene Welthandelssystem zu festigen. Dieses Ziel beziehe sich auch auf die schrittweise Liberalisierung des Textilhandels im Rahmen eines besseren Gleichgewichts von Rechten und Pflichten der beteiligten Länder. Das 1974 abgeschlossene Multifaserabkommen habe zu einer ständigen Zunahme der europäischen Importe und einer stark defizitären Handelsbilanz der Gemeinschaft bei Textilien und Bekleidung geführt.

Auf der anderen Seite hat das Abkommen nach Meinung der EG die Restrukturierung der europäischen Industrie erleichtert, wenngleich die Probleme der Branche fortbestünden. In zehn Jahren habe die Textilindustrie der EG eine Million Arbeitsplätze verloren. Diese Entwicklung sei heute noch nicht abgeschlossen.

Die EG macht im übrigen geltend, daß der Textilverbrauch in der Gemeinschaft in den kommenden Jahren nahezu konstant bleiben wird, und daß folglich die Produktionsaussichten der eigenen Industrie weitgehend vom Zugang von Bewerbern aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft abhängen. Gegenwärtig deckten die Importe etwa 45 Prozent des EG-Bedarfs. Die Gemeinschaft stehe mit diesen Anteil an der Spitze der großen Industrieländer.

Die Umstrukturierungsbemühungen in Europa müssen – wie es in der Erklärung weiterhin heißt – fortgesetzt werden. Deshalb würde eine sofortige Rückkehr zu den Gatt-Regeln des Freihandels nur Instabilität und Unsicherheit schaffen und damit besonders die am wenigsten entwickelten Exportländer treffen.

Grüne Optionen

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die mittel- und langfristigen Perspektiven für die europäische Landwirtschaft hat die EG-Kommission in einem „Grünbuch" beleuchtet, das seit letzter Woche auf dem Brüsseler Verhandlungstisch liegt. Schon die ersten kritischen Reaktionen auf dieses Papier zeigen, daß es sich hierbei um politisch brisante Überlegungen handelt.

Ziel der Kommission ist es, eine breite Diskussion über die künftige Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik zu entfachen. Sie untersucht deshalb vor allem eine Reihe von Möglichkeiten, wie den Landwirten trotz des immer größer werdenden Mißverhältnisses von Agrarerzeugung und -verbrauch auch über das Jahr 2000 hinaus ein wirtschaftliches Überleben gesichert werden kann.

Weniger die Ideen zur Förderung alternativer Produktionen und neuer Verwendungsmöglichkeiten für Getreide und Zucker oder die Erörterung unterschiedlicher Modelle für direkte Einkommensbeihilfen haben indes die Gemüter erregt, sondern die dem Kommissionsdokument zu Grunde liegende Ausgangsthese. Wie ein roter Faden zieht sich nämlich durch den Bericht die Aussage, daß die Gemeinschaft nicht länger um eine marktorientierte Preispolitik herumkommt.

Dabei ist die EG-Behörde hauptsächlich von dem Konsens ausgegangen, der bis vor kurzem über die Notwendigkeit einer grundlegenden Orientierung der Brüsseler Agrarpolitik zu bestehen schien. So hatte der Ministerrat nicht nur eine Begrenzung der Garantiemengen für Milch durch ein kompliziertes Quotensystem beschlossen, sondern im Grunde auch bereits eine schrittweise Annäherung der Getreidepreise an das Weltmarktniveau.

Diese Übereinstimmung ist seit dem deutschen Getreidepreis-Veto dahin. Die Bundesregierung will nämlich auch künftig nicht darauf verzichten, die Agrareinkommen durch angemessene Mindestpreise zu stützen und den Anbau von Getreide statt dessen durch differenzierte Maßnahmen zur Förderung qualitativ hochwertigen Weizens steuern.

Die Kommission betrachtet dagegen eine restriktive Preispolitik für Überschußerzeugnisse als unerläßlichen Ausgangspunkt für alle Reformüberlegungen. Auch Quotensysteme können nach ihrer Meinung nicht mehr als eine Notlösung sein. „Der einzig sinnvolle Ansatz auf mittlere und längere Frist liegt darin, den Marktpreisen eine gewichtigere Rolle bei der Steuerung von Angebot und Nachfrage zukommen zu lassen", heißt es in dem „Grünbuch".

Der Bericht, der weitgehend die Handschrift des für die Kommission beratend tätigen früheren Bonner Agrarstaatssekretärs Hans-Jürgen Rohr trägt, warnt eindringlich davor, die im Milchsektor eingeführte Mengenregelung auf andere Bereiche auszudehnen. Dies könne langfristig nicht im Interesse der europäischen Bauern sein, die schließlich ihr produktives Potential erschließen wollten.

Wenn es der EG nicht gelinge, die Rolle der Marktpreise zur Steuerung der Produktion zu verstärken, so werde sie mehr und mehr in ein Labyrinth von Verwaltungsmaßnahmen hineingezogen. Zudem sei die Hoffnung, im Rahmen von Produktionsquoten höhere Preise festsetzen zu können trügerisch, da die Gefahr bestehe die Verbraucher abzuschrecken und die Produktion von Substitutionserzeugnissen anzureizen.

An die Stelle künstlich hoher Erzeugerpreise müssen nach Ansicht der Kommission zunehmend Maßnahmen der unmittelbaren Einkommensstützung treten. Dabei zeigt der Bericht, daß auch eine Ausdehnung der bestehenden Regelungen für Bergbauern und Landwirte in anderen benachteiligten Gebieten nicht problemlos ist. Die Frage ist vor allem, ob die durch den Verzicht auf Preisstützungsmaßnahmen frei werdenden Finanzmittel für die direkten Einkommensbeihilfen ausreichen. Ohne erhebliche Opfer wird es bestimmt nicht abgehen.

Das „Grünbuch" stellt bewußt mehr Fragen als es Antworten gibt. Erst eine eingehende Diskussion für die darin beschriebenen Optionen wird die konkreten Möglichkeiten für die künftige Agrarpolitik herauskristallisieren. Wichtig ist, daß in Brüssel nicht länger improvisiert, sondern geplant wird. Die Betroffenen haben ein Anrecht auf möglichst klare Rahmenbedingungen.

AUF EIN WORT



» Es gibt noch zu viele Stimmen, die unternehmerfreundlich gleichsetzen mit arbeitnehmerfeindlich. Dabei wird vielfach übersehen, daß ein investitionsstimulierendes Klima Beschäftigung und Einkommen nachhaltig stabilisiert und sichert. «

Dr. Guido Schürholz, Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Schürholz & Partner GmbH, Marketing und Werbung, Mettmann. FOTO: DIE WELT

Gegen illegale Arbeitsverleiher

AP, **Bonn**

Unternehmer, die für eine bestimmte Zeit Arbeitnehmer ausleihen, haften künftig für deren Lohnsteuer. Dies sieht ein Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums vor, der gestern veröffentlicht wurde. Die angestrebte Gesetzesänderung, die die Regierung noch in diesem Jahr im Bundestag einbringen will, soll eine seit 1982 bestehende Rechtslücke schließen. Sie richtet sich vor allem gegen illegale Arbeitsverleiher aus dem Ausland. Das Finanzministerium räumt allerdings ein, daß die Maßnahme lediglich die Hemmschwelle zur gesetzeswidrigen Beschäftigung erhöhen kann. Mit unehrlichen Verleihern zusammenzuarbeiten werde risikoreicher.

KONJUNKTUR

HWWA erwartet 1986 ein Wachstum von drei Prozent

dpa/VWD, **Hamburg**

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik wird sich nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung (Hamburg) auch 1986 fortsetzen. In der jüngsten Ausgabe ihrer Schriftenreihe „Konjunktur von morgen" prognostizieren die Konjunkturforscher für 1986 eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um etwa drei Prozent nach 2,5 Prozent in diesem Jahr. Die verstärkte Expansion werde in erster Linie ein Ergebnis der Steuersenkung sein, von der Impulse auf die Inlandsnachfrage ausgingen.

Der private Konsum dürfte mit 2,5 Prozent mehr zunehmen als bisher. Günstig seien auch die Aussichten für die Preisentwicklung. Die Teuerungsrate für die privaten Haushalte werde 1986 wahrscheinlich zwei Prozent betragen. Auch der Export werde weiter wachsen.

Das HWWA kritisiert die Bundesregierung für eine zunehmende Konzeptlosigkeit in der Wirtschaftspolitik. So willkommen auch die Steuersenkung sei, letztlich komme es auf andere, weiterreichende Effekte an, nämlich auf Wachstumswirkungen durch Leistungsanreize.

Es gehe um ein Gesamtkonzept aus Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, mit dem die Wachstumsbedingungen nachhaltig verbessert werden.

Die Neigung, auf einzelne Fehlentwicklungen mit punktuellen Maßnahmen zu reagieren, habe zugenommen. Beunruhigend sei auch der wachsende Hang zu Symptomkuren, wie er in der Arbeitsmarktpolitik immer deutlicher hervortrete. Sie ersetzten jedoch keine Ursachentherapie, sie verfestigten oder verstärkten vielmehr sogar noch die Ursachen der Fehlentwicklung.

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Die größten Fortschritte machten Bonn und Tokio

dpa/VWD, **Köln**

Am besten haben Japan und die Bundesrepublik ihre Staatshaushalte konsolidiert. Am wenigsten hat sich Italien um seine Budgetdefizite gekümmert. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in einem am Mittwoch veröffentlichten Vergleich sechs westlicher Industrieländer.

Nach Darstellung des den Unternehmern nahestehenden Instituts konnte die Bundesrepublik den Anteil des Budgetdefizits am Bruttosozialprodukt von 3,1 Prozent im Jahre 1980 auf rund zwei Prozent im Jahre 1985 reduzieren. Noch besser habe Japan abgeschnitten, das sein gesamtes Finanzierungsdefizit auf ein Drittel des Standes von 1980 abgebaut habe – von 4,5 auf 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Am wenigsten haben sich nach Angaben des IW die Italiener „um die Schieflage ihrer Staatshaushalte gekümmert": Italien erhöhte seine Budgetdefizite seit Jahren kräftig, und zwar bis auf 13 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 1985.

„Daran gemessen verliert das 145-Milliarden-Dollar-Defizit der USA seinen Schrecken", meinte das Kölner Institut. „Dies um so mehr, als der Finanzierungssaldo in den Vereinigten Staaten inzwischen tendenziell rückläufig ist."

Der Höchststand sei im Jahre 1983 mit 4,1 Prozent des Bruttosozialprodukts überschritten worden. Den IW-Angaben zufolge liegen die USA, die 1980 erst ein Finanzierungsdefizit von 1,2 Prozent hatten, mit 3,5 Prozent gleichauf mit Großbritannien und etwas über dem französischen Niveau (3,0).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Die Reichsten und die Ärmsten
Bruttosozialprodukt je Einwohner 1983 in Dollar

Land	Dollar
Österreich	9 210
Japan	10 100
Frankreich	10 390
Finnland	10 440
Australien	10 780
BR Deutschland	11 420
Dänemark	11 490
Kanada	12 000
Saudi-Arabien	12 180
Schweden	12 400
Norwegen	13 820
USA	14 090
Schweiz	15 390
Kuwait	18 180
Ver. Arab. Emirate	21 340

Dollar	Land
80	Tschad
130	Bangladesch
140	Äthiopien
150	Mali
160	Zaire
170	Nepal
180	Birma
180	Burkina-Faso
210	Malawi
220	Uganda
240	Burundi
240	Tansania
240	Niger
250	Somalia
260	Indien

(nur Staaten mit einer Million und mehr Einwohnern) © Globus

Zwei Ölscheichtümer kommen auf das höchste Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung. Unter den Industrieländern führt die Schweiz mit rund 16 400 Dollar. Die Kluft zu den ärmsten Ländern scheint unüberbrückbar. Die Schweizer erwirtschaften zum Beispiel das 200fache dessen, was die Einwohner des Tschad (80) erstellen können. QUELLE: GLOBUS

Freiheit für Apotheker

Brüssel (Ha.) – Der Freizügigkeit von Apothekern stehen in der EG künftig keine durch die Staatsangehörigkeit begründeten Hindernisse mehr entgegen. Nach langen Beratungen ist es den Außenministern der Gemeinschaft gelungen, die entsprechenden Richtlinien zur Anerkennung der beruflichen Qualifikationen und zur Angleichung der Zulassungsbeschränkungen fertigzustellen. Bewerber aus der Gemeinschaft dürfen jedoch vorläufig noch keine neuen Apotheken im Gastland gründen. Für Griechenland gilt die Freizügigkeit nur für angestellte Apotheker.

Bahn-Bericht im Kabinett

Bonn (DW.) – Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat gestern im Kabinett einen Bericht zur Lage und Entwicklung der Deutschen Bundesbahn vorgelegt. Grundlage war der Beschluß der Bundesregierung vom 23. November 1983 über die Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn. Die Sparmaßnahmen haben offenbar gewirkt: Die Jahresfehlbeträge konnten 1983 um 400 Mill. und 1984 um 500 Mill. DM gegenüber dem jeweiligen Vorjahr vermindert werden. Für dieses Jahr erwartet die Bundesbahn eine weitere Abnahme der Verluste.

Neue Stahl-Arbeitsplätze

Bonn (HH) – Die in der Stahlindustrie geltende 38-Stunden-Woche hat nach Angaben der IG Metall 7100 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen (3,3 Prozent aller Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftszweig). Das ergab eine Gewerkschaftsumfrage in 90 Stahlbetrieben mit 191 000 Beschäftigten (88 Prozent aller Beschäftigten in der Stahlindustrie). Die größte Beschäftigungswirkung sei in solchen Betrieben erzielt worden, die in drei Schichten „rund um die Uhr" arbeiten. Das hätte „fast vollständig neue Arbeitsplätze" gebracht oder solche gesichert, die sonst wegrationalisiert worden wären.

KHD Partner von Renault?

Paris (dpa/VWD) – Die Sanierung des mit schweren Verlusten kämpfenden staatlichen französischen Automobilkonzerns Renault geht weiter. Nach der letzten Sitzung des Verwaltungsrats vor den Betriebsferien wurde in Paris von informierter Seite ohne nähere Einzelheiten die Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln (KHD), als möglicher Partner für Renaults Landmaschinenproduktion genannt. KHD dementiert allerdings jegliche Fusionsabsichten. Der Verwaltungsrat hatte die vom neuen Renault-Chef Georges Besse vorgeschlagene Ausgliederung als selbständige Tochter gebilligt. Sie wird künftig unter dem Namen Renault Agriculture geführt.

Gegen „langen Samstag"

Hamburg (VWD) – Im nächsten Sommer wird es möglicherweise in Hamburg keine „langen Samstage" mehr geben. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) will damit die tarifvertraglich von Januar an geltende Arbeitszeitverkürzung im Einzelhandel verwirklichen. Wie ein Sprecher der Gewerkschaft sagte, sollen vier der großen City-Kaufhäuser Vorreiter sein.

Preisanstieg abgeschwächt

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Preisanstieg für Importwaren hat sich im Juni weiter abgeschwächt. Die Einfuhrpreise gaben von Mai bis Juni um ein Prozent nach und lagen damit nur noch 3,5 Prozent höher als im Juni 1984. Im Mai und April hatte die jährliche Teuerungsrate für Importgüter der Bundesrepublik noch 4,3 beziehungsweise 6,5 Prozent betragen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Bei den Exportpreisen hat sich dagegen nur eine geringfügige Abschwächung ergeben.

Widerspruch zählt

Karlsruhe (dpa/VWD) – Eine Bank muß bei einem Einzugsermächtigungsverfahren den Widerspruch des Kontoinhabers beachten. Da der Zahlungspflichtige nach einem Grundsatzurteil des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) über sein Konto frei verfügen kann, unterliegt er seinem Kreditinstitut gegenüber auch keiner Beschränkung, ob und aus welchem Grund er einer Einzugsermächtigung widerspricht. Der Widerspruch ist verbindlich. (Aktenzeichen: II ZR 277/84 vom 24. Juni 1985)

Post senkt Scheckausgabe

Bonn (VWD) – Die Postgiroämter geben ab sofort auf Bestellung nur noch zwölf statt 20 Eurocheques und vom 1. Januar ab nur noch zehn Eurocheques auf einmal aus. Die Bundespost hofft, so die Zahl der Schäden, die durch abhandengekommene oder mißbräuchlich verwendete Eurocheques entstehen, zu vermindern.

BÜROMASCHINEN

Deutsche Hersteller konnten den Absatz kräftig steigern

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die deutsche Büromaschinen- und Datenverarbeitungsgeräte-Produktion ist im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 19,2 Prozent auf 3,9 Mrd. DM gestiegen. 84 Prozent davon wurden exportiert, was einer Zuwachsrate von 34 Prozent entspricht.

Nach Angaben der Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA) gingen wieder starke Wachstumsimpulse von Büromaschinen aus, deren Produktion im Berichtszeitraum um 18 Prozent auf 563 Mill. DM stieg.

Bei den Schreibmaschinen ergab sich in der Berichtszeit ein Produktionsplus von 16,5 Prozent nach einem Rückgang von 5,9 Prozent in der entsprechenden Vorjahreszeit. Der Export nahm dabei um 35,1 Prozent zu (nach minus 14,6 Prozent in den ersten drei Monaten 1984), während bei den Importen ein Minus von 37,2 Prozent eintrat gegenüber einem Importplus von 42,4 Prozent im ersten Quartal 1984.

Wie dazu erläutert wird, ist diese Entwicklung auf dem Schreibmaschinenmarkt nicht zuletzt auch Folge der seit Ende Dezember 1984 von der EG-Kommission erhobenen Strafzölle auf nahezu alle japanischen Schreibmaschinen wegen nachgewiesenen Dumpings.

Nach Angaben des VDMA hat die Europäische Gemeinschaft mit Wirkung vom 22. Juni einen endgültigen Anti-Dumping-Zoll zwischen 17 und 35 Prozent auf Importe elektronischer Schreibmaschinen aus Japan beschlossen.

FISCHWIRTSCHAFT / Zwölf Kilo im Jahr auf dem Tisch des Verbrauchers

Edle Meerestiere steigern Umsatz

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„Noch nie aßen die Deutschen so viel Fisch", freut sich Nikolaus Uleer, Vorstandsvorsitzender des Fischwirtschaftlichen Marketing-Instituts (FIMA) in Bremerhaven, über den weiter gestiegenen Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesrepublik. Laut Statistik hat sich der Durchschnittsbürger 1984 volle zwölf Kilogramm Fisch einverleibt; 1983 waren es gerade 11,6, 1982 erst 10,6 Kilogramm Nahrung aus Meer und Flüssen gewesen.

Die Fischwirte meinen, daß sich der Verbrauch weiterhin um runde fünf Prozent im Jahr steigern läßt. Damit wäre 1990 die 15-Kilo-Marke erreicht. Den Erfolg der Meeresfrüchte – Wachstum brachten vor allem Tiefkühlfisch, Muscheln, Edelfische und Spezialitäten – führt Uleer nicht nur auf verbesserte Distribution und stärkeres Marketing zurück, sondern auch auf das verbesserte Image, das nicht zuletzt ein Effekt der höheren Wertschätzung sei, den der Rohstoff Fisch in der Spitzengastronomie genieße.

Der größere Appetit schlägt sich auch im Geschäftsvolumen nieder. So steigerte der Einzelhandel seinen Umsatz mit Fisch und Fischprodukten 1984 erneut um fünf Prozent auf 2,42 (2,3) Milliarden Mark, Fischrestaurants und -imbisse kamen mit 305 (290) Mill. DM auf einen Zuwachs von 5,2 (7,4) Prozent.

Freilich: Wichtigster Posten im deutschen Fischmenü sind industriell verarbeitete Fische. 40 Prozent des Gesamtverbrauchs entfallen allein auf Konserven, 14 Prozent auf Tiefkühlkost. Als bedeutsam schätzen die Fischvermarkter den (lukrativen) Trend zu Schalen- und Krustentieren ein – Krabben und Muscheln kommen bereits auf einen Anteil von 10 Prozent. Nach weiteren 10 Prozent für Feinkostartikel (wie Marinaden, Salate und andere Spezialitäten), sechs Prozent für Salzheringe und fünf Prozent für Räucherfisch bleiben ganze 15 Prozent für den eigentlichen Frischfisch.

So kommt denn auch die deutsche Fischindustrie auf einen Umsatz von 1,8 (1,69) Milliarden Mark, aus denen auch der größte Teil der 286 (257) Millionen Mark an Fischexporten bestritten werden dürfte. Umgekehrt ist auch in den Importen von 1,68 (1,61) Milliarden Mark eine runde Milliarde für mancherlei „Fischerzeugnisse" enthalten.

Neben all dem nimmt sich der Beitrag der deutschen Fischerei sehr bescheiden aus: Die Hochseefischer setzten 1984 noch 344 Millionen Mark um; 1982 waren es noch 390 Millionen Mark gewesen. Und auch dere Binnenfischerei gelang es mit 127 Millionen Mark nicht, das Vorjahresniveau von 130 Millionen wieder zu erreichen.

VEREINIGTE STAATEN

Ertragssprünge bei Ölkonzernen

dpa/VWD, New York

Obwohl die Ölpreise weltweit nach unten tendieren, sind die Erträge einiger großer US-Mineralölkonzerne im zweiten Quartal beachtlich gestiegen. Höhere Benzinpreise waren nach eigenen Angaben der Hauptgrund. Die Mobil Corp., New York, zweitgrößter US-Mineralölkonzern, verdiente im Berichtszeitraum 411 (2. Quartal 84: 366) Mill. Dollar, zwölf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Halbjahresertrag ging hingegen um zwei Prozent auf 731 (746) Mill. Dollar zurück. Die Amoco Corp., Chicago, fünftgrößter Ölkonzern der USA, meldete 600 (524) Mill. Dollar Gewinn, eine Zunahme von 15 Prozent. Der Gewinn im ersten Halbjahr lag mit 1,07 (1,12) Mrd. Dollar um vier Prozent unter dem Vorjahresniveau. Ashland Oil, Ashland (Kentucky), verdiente im Berichtsquartal 60,3 (36,2) Mill. Dollar, ein Zuwachs von 67 Prozent. Occidental Petroleum Corp., Los Angeles, wies im zweiten Quartal 145,9 (125) Mill. Dollar Gewinn aus (plus 17 Prozent); im ersten Halbjahr 261,6 (231,6) Mill. Dollar.

US-Bankenaufsicht nennt Länderrisiken

VWD, Washington

Die Namen von fünf Ländern, für die US-Banken Sonderrückstellungen für mögliche Kreditverluste bilden müssen, wurden von der US-Bankenaufsicht erstmals öffentlich genannt. In einer Anhörung vor dem Bankenausschuß des Senats erklärte der Comptroller of the Currency, H. Joe Selby, dabei handele es sich um Polen, Zaire, Bolivien, Nicaragua und Sudan. Er bestätigte gleichzeitig, daß Argentinien nicht auf dieser Liste steht. Kredite an dieses Land würden in die drittniedrigste Klassifizierung „andere Transferrisiken" eingestuft. Auch nicht enthalten sind Kredite an Peru, die auf der zweitniedrigsten Stufe „Substandard" zu finden sind. Über die Neueinstufung der Kredite an diese Länder werde im Oktober entschieden.

In den US-Bankstatistiken werden die Kredite der US-Institute an private und öffentliche Schuldner der fünf Länder mit 620 Mill. Dollar aufgeführt. Dabei handelt es sich aber um Nettowerte, bei denen Wertberichtigungen bereits berücksichtigt sind.

„DDR" / DIW zu den in Helsinki eingegangenen Verpflichtungen: Geringere Schwefeldioxidemission technisch kein Problem

Kapitalmangel setzt dem Umweltschutz Grenzen

VWD, Berlin

Die auf der Umweltschutzkonferenz in Helsinki eingegangene Verpflichtung zur Reduzierung der Schwefeldioxidemissionen sei für die „DDR" eine technisch zwar lösbare, finanziell wohl aber nur schwer zu bewältigende Aufgabe. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in einer jetzt vorgelegten Untersuchung über die „Luftverschmutzung in der DDR".

Die Internationale Konferenz der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) hatte im Juli dieses Jahres ein Protokoll vorgelegt, wonach die gesamten Schwefeldioxidemissionen bis 1993 um mindestens 30 Prozent unter die Werte von 1980 gesenkt werden sollen. Das Dokument wurde von 31 der 34 ECE-Länder, darunter die „DDR", unterzeichnet.

Das DIW geht in seiner Untersuchung von den Daten des Jahres 1982 aus, als der Primärenergieverbrauch in der „DDR" 130 Mill. Tonnen (t) Steinkohleneinheiten (SKE) betrug. Der Verbrauch je Einwohner lag mit 7,8 t SKE deutlich höher als in der Bundesrepublik Deutschland (5,9 t SKE). Die Braunkohle deckte 1982 mit einer Förderung von 276 Mill. t den Primärenergieverbrauch zu 63 Prozent, 1985 dürfte die Braunkohleförderung 300 Mill. t überschreiten. Auf Mineralöl entfielen 19 Prozent, auf Erdgas zehn Prozent, auf Steinkohle vier Prozent und auf die Kernenergie drei Prozent des Primärenergieverbrauchs.

Auf einer weniger als halb so großen Fläche wird in der „DDR" 60 Prozent mehr an Schwefeldioxid und rund 90 Prozent weniger an Stickoxiden emittiert als in der Bundesrepublik. Die relativ hohen Emissionen von Schwefeldioxid in der „DDR" sind auf die intensive Nutzung der Braunkohle zur Strom- und Wärmeerzeugung und als Rohstoff in der Industrie zurückzuführen. Hinzu komme in der Industrie, daß die Anlagen oft alt sind, ihre Technologie überholt und der Zustand nicht der beste sei.

Wegen des hohen Braunkohleanteils ist die Emission von Stickoxiden in der „DDR" vergleichsweise gering, da die Feuerungstemperatur bei der Verbrennung von Braunkohle relativ niedrig ist.

Auch im Verkehrsbereich ist die Luftverschmutzung in der „DDR" anders strukturiert als in der Bundesrepublik. Die Emissionen von Kohlenmonoxid („DDR": rund 0,8 Mill. t, Bundesrepublik: rund 5,3 Mill. t) des in beiden deutschen Staaten mengenmäßig bedeutendsten Schadstoffs verhalten sich etwa proportional zu den jeweils erbrachten Verkehrsleistungen. Der relativ hohe Anteil von Zweitaktern am Pkw-Bestand der „DDR" bedingt aber, daß der Ausstoß von Stickoxiden deutlich niedriger ist als in der Bundesrepublik, die Emission von Kohlenwasserstoffen (CH) dagegen erheblich höher.

Der Individualverkehr der „DDR" erzeugt trotz erheblich geringerer Fahrleistungen mit 0,5 Mill. t CH fast die Menge, die in der Bundesrepublik vom gesamten Verkehrssektor emittiert wird (1982: 0,6 Mill. t). Die Stickoxidemissionen liegen dagegen mit 0,1 Mill. t deutlich unter dem Wert der Bundesrepublik (1,7 Mill. t). Das DIW kommt zu dem Ergebnis, daß die „DDR" zur Erfüllung der in Helsinki eingegangenen Verpflichtung die Schwefeldioxidemissionen von in diesem Jahr schätzungsweise etwa fünf Mill. t um rund zwei Mill. t reduzieren müßte, um die Absenkung auf 70 Prozent des Niveaus von 1980 zu erreichen. Ein absoluter Rückgang des Energieverbrauchs sei – trotz großer Einsparungsmöglichkeiten – aber unwahrscheinlich.

Alle anderen Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen seien jedoch mit hohen Investitionen verbunden. Nach offizieller Bekundung wolle man sich in der „DDR" bei der Rauchgasentschwefelung auf Verfahren konzentrieren, die leistungsfähig und wirtschaftlich sind.

Dies sei kaum ein realistischer Ansatz. Der Nutzen aller hier erforderlichen erheblichen Investitionen liege nicht in der Gewinnung von Rohstoffen, sondern in der Vermeidung volkswirtschaftlich unvertretbarer Umweltschäden. Eine „Wirtschaftlichkeit" im Sinne der betrieblichen Kostenrechnung, wie es die „DDR" anzustreben scheine, sei in diesem Zusammenhang illusorisch.

DÄNEMARK / Einkommensteuer wird reformiert

Entlastung bis zu 70 Prozent

AP, Kopenhagen

Bisher hatten die Dänen unter einem der höchsten Steuersätze auf Einkünfte zu leiden. Nun wird in Kopenhagen der Versuch einer Steuerreform gemacht. Nach achtmonatigen Verhandlungen zwischen sechs Parteien, die im Juni fast zu einer Regierungskrise geführt hätten, sollen von 1987 an neue Regelungen gelten.

Einer der zahlreichen Vorschläge für die Reform sieht eine Minderung der Abgaben für alle individuellen Steuerzahler um rund 70 Prozent vor. Allerdings müßte sie durch eine Einschränkung der steuerlich absetzbaren Ausgaben ausgeglichen werden. Neue, vereinfachte Vorschriften für die steuerliche Absetzbarkeit sollen Hintertüren zur Steuervermeidung zuschlagen. Hierüber sind die Meinungen geteilt.

Der Steuergegner Mogens Glistrup, Gründer der Fortschrittspartei und ehemaliger Parlamentsabgeordneter, der erst kürzlich aus einer wegen Steuerhinterziehung verhängten dreijährigen Haft entlassen wurde, erwartet gegenteilige Auswirkungen der geplanten Reform: „Ich vertraue darauf, daß es dann für Steuerberater viel zu tun gibt. Das neue Steuerpaket scheint ein wahres Dorado für Steuerhinterzieher zu versprechen."

Seit die Dänen im Jahr 1903 mit einer Einkommensteuer „gesegnet" wurden, sind die Abzüge von damals vier Prozent auf bis zu 73 Prozent für die heutigen Spitzenverdiener angewachsen. Zu den Spitzengehältern zählen bereits Jahreseinkommen ab 200 000 Kronen (rund 60 000 DM).

Mit dem Steueraufkommen wurde eine breite Palette sozialer und kommunaler Einrichtungen finanziert, wie man sie außerhalb Skandinaviens kaum wiederfindet, von einer umfassenden Rentnerbetreuung über Kindertagesstätten bis zu einem hervorragend funktionierenden öffentlichen Nahverkehr. Die ärztliche Betreuung ist kostenlos, Kosten für den Zahnarzt werden zum Teil übernommen.

Für jedes Kind wurde entsprechend der Einkommenshöhe der Familie eine Unterstützung gezahlt. Die neue Regelung sieht ein Einheitskindergeld von 5000 Kronen (rund 1500 DM) pro Jahr und Kind vor.

Hotel- und Restaurantbesitzer sind verärgert über eine Bestimmung, nach der Geschäftsessen nur noch zu 25 Prozent abgesetzt werden dürfen. Bisher konnte die ganze Summe geltend gemacht werden. Ihr Verband befürchtet einen Rückgang des Umsatzes um zehn Prozent, damit verbunden die Entlassung von acht Prozent der Angestellten.

Nach dem geltenden System werden Einkommen aus Arbeit und aus Kapital zusammengezählt und nach einer Tabelle besteuert. Die Reform sieht eine Aufspaltung dieser Einkünfte vor: Die Abgaben für das Einkommen aus Arbeit sollen zwischen 50 und 68 Prozent liegen; von Zinserträgen soll die Hälfte an den Fiskus abgeführt werden. Das soll selbst für Millionäre gelten.

Kritiker der geplanten Reform bestätigen zwar, daß sie die unteren und mittleren Einkommen begünstige, befürchten aber eine Vergrößerung des Zahlungsbilanzdefizits durch die damit verbundene Anhebung des Konsums.

WARSTEINER BRAUEREI / Gesellschafteranteile jetzt nur noch in einer Hand

„Der Kurs wird unbeirrt beibehalten"

HANS BAUMANN, Essen

Spekulationen in der Brauwirtschaft, daß die Warsteiner Brauerei in Schwierigkeiten geraten könnte, nachdem Albert Cramer die Gesellschafteranteile seines Vetters Claus übernommen hat, werden von Albert Cramer in einem Gespräch mit der WELT als „unsinnig" bezeichnet. Das Unternehmen und die Familie des Albert Cramer verfügten über einen finanziellen Spielraum, der es ohne Probleme ermögliche, mittelfristig („fünf bis acht Jahre, das ist eine gute Einschätzung") den Vetter auszuzahlen.

Unterstellt man den letzten Ausstoß von 2,12 Mill. Hektoliter in 1984 und den Wert des Hektoliters mit 100 DM, so hat Claus Cramer gegenüber seinem Vetter einen Anspruch in der Größenordnung von 100 Mill. DM. Albert Cramer bestätigt diese Summe nicht, hält aber die angenommenen 100 DM je Hektoliter für „realistisch", mit dem Hinweis darauf, daß bei der Übernahme von 50 Prozent des Gesellschaftskapitals ein Paketaufschlag üblich sei.

Die Überschreibung der 50 Prozent des Claus Cramer erfolgte bereits zum 1. Januar 1985. Die Initiative zu dieser Trennung („in Frieden und Anstand", Albert Cramer) ging von Claus Cramer aus, von dem aus der Schweiz zu hören ist, daß er zur Deckung von Außenständen Kapital benötige, was seine Trennung von seinen Brauereianteilen beschleunigt haben dürfte.

Claus Cramer wurde im letzten Winter in St. Moritz von einem Hubschrauberrotor schwer verletzt, war aber schon seit Wochen in der Brauerei als Geschäftsführer für Verwaltung, Beteiligungen und Finanzen wieder tätig. Mit diesem Unfall hat die Trennung von seinem Warsteiner-Paket nichts zu tun. Die Basis für die Übernahme der 50 Prozent des Claus Cramer durch Albert Cramer wurde bereits Ende 1983 im neuen Gesellschaftervertrag gelegt.

Die Frage, ob die jetzt schon zur Brauerei gehörenden Beteiligungen im Ausland und im Inland, etwa die Werkstätten und die Immobilienverwaltung, ausgegründet und eventuell auf Claus Cramer übertragen würden, verneint Albert Cramer. Außerhalb der Brauerei lägen Vermögenswerte, die die finanzielle Trennung möglich machten, ohne das Unternehmen überhaupt zu beeinträchtigen. „Zur Zeit ist es auch nicht notwendig, auch Teile der Landwirtschaft aufzugeben", erklärt Albert Cramer.

Die Warsteiner Brauerei Haus Cramer GmbH & Co. KG, bei der Haus Cramer GmbH die Komplementärin der KG ist, hat also nur noch einen Geschäftsführer: Albert Cramer. Nach seiner Auskunft beginnt diese Alleinherrschaft mit einer schuldenfreien, florierenden Brauerei.

Der Ausstoß stieg 1984 um 6,2 Prozent, der Umsatz um 7,9 Prozent auf fast 299 Mill. DM. Investiert wurden in den letzten zehn Jahren 240 Mill. DM, 1984 waren es 25 Mill. DM, 1985 werden es 30 Mill. DM sein.

Neue Gasvorkommen in der Nordsee

fu. London

Im britischen Nordseesektor nordwestlich der Shetland-Inseln ist die Ölindustrie auf ein riesiges Gasvorkommen gestoßen, das die nachgewiesenen Offshore-Gasreserven im britischen Sektor um rund 20 Prozent erhöhen dürfte. Das berichtet jedenfalls die Londoner Tageszeitung „Financial Times". Das fragliche Gasfeld liegt im Block 214/27, rund 80 Kilometer nordwestlich der Shetlands in einer Wassertiefe von etwa 600 Metern. Die Sände selbst, die die Gasvorkommen halten, sollen rund 450 Meter tief sein. Die geologische Struktur des Gasvorkommens dehnt sich über 50 Quadratkilometer aus.

Gemacht wurde der Fund von einem Konsortium aus sechs Ölunternehmen, das vom viertgrößten amerikanischen Ölkonzern Chevron angeführt wird. Die demnächst vollprivatisierte britische Firma Britoil hält einen 25prozentigen Anteil. Chevron beginnt jetzt mit Explorationsbohrungen, um Wirtschaftlichkeit und Produktivität des riesigen Gasvorkommens zu ermitteln.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Josef Strick GmbH Stahl- u. Metallbau; **Augsburg:** Ernst Berger, Meitingen; **Bad Iburg:** Klemens Jankrift, Kaufmann, Glandorf; **Dortmund:** Eduard Dicke Beteiligungsges. mbH; **Fürth:** Nachl. d. Hans Karl Eckstein, Vietsbronn; **Hamm:** Josef Vernbold KG; **Herford:** GFM Ges. f. Möbelproduktion u. Einrichtungsbedarf mbh, Bad Oeynhausen; **Köln:** REGINA Gaststättenbetriebe Ges. mbH i. L.; Telemark Ges. f. Werbung u. Marketing mbH; **Mannheim:** ESSEX Vermietungsges. mbH; **Neuss:** Nachl. d. Karl Laube, Dormagen; **Passau:** Nachl. d. Wilhelm Unnewehr, Kößlarn; **Rosenheim:** Nachl. d. Klaus-Jürgen Degler; **Salzgitter:** Dr. med. Horst Max Eduard Hubertus Bogedain; **Schwarzenbek:** Jens Gustav Marcus GmbH & Co. KG, Lauenburg; MI-Folienverwaltungsges. mbH, Lauenburg; **Traunstein:** Nachl. d. Erna Bayreuther, Tacherting-Emmertsham; Nachl. d. Gerhard Lessmann, Schönau.

Vergleich beantragt: Gütersloh: Bernhard Settertobulte, Ritberg-Westerwiehe; **Hamm:** Thermo-Glasbau L. Tappe GmbH, Bergkamen-Rünthe; **Weilburg:** SEWEWA – Seelbach & Weier GmbH, Herstellung u. Vertrieb v. Kücheneinrichtungen f. Gastronomiebetriebe, Mengerskirchen-Waldernbach; **Weilheim i. Obb.:** WTG Wirtschaftsberatungs- u. Treuhandges. mbH & Co. Finanz- u. Kredittreuhand KG, Gauting.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

SÜDZUCKER / Niedriger Preis erschwert den Export

Erfolgreiches Quotenspiel

JOACHIM WEBER, Mannheim

Etwas gedämpft klingen die Erwartungen, die der Vorstand der Süddeutschen Zucker-AG, Mannheim, für das neue Geschäftsjahr 1985/86 (28. 2.) hegt. Die Senkung des EG-Interventionspreises für Zucker um gut 5 Prozent zur Jahreswende werde die deutsche Zuckerindustrie erst in diesem Jahr voll treffen, heißt es im Geschäftsbericht.

Hinzu komme die Preisbaisse auf dem Weltzuckermarkt, die den Export weiterhin erschwert, weil der Abbau des weltweiten Zuckerbergs (etwa in Höhe von 40 Prozent eines Jahresbedarfs) trotz des Preisrutschs bisher nicht vorangekommen ist. Und schließlich wird sich auch der in Erwartung der Preissenkung – aufs Vorjahr vorgezogene Verkauf von Quotenzucker auf das diesjährige Umsatzvolumen auswirken.

Gerade mit der Verstärkung des Quotenzuckerabsatzes (mit unterschiedlich hohen Preisgarantien für fest zugeteilte Höchstmengen) war es 1984/85 noch einmal gelungen, das gute Ergebnisniveau des Vorjahres zu halten. Bei einer Absatzsteigerung um 8,5 Prozent auf 927 000 (854 000) Tonnen nahm der Umsatz um gut 9 Prozent auf 1,7 (1,55) Mrd. DM zu.

Diese Zuwächse reichten aus, um die gestiegenen Kosten (für Energie, Personal und – im Gefolge des wetterbedingt höheren Erdanhangs der Zuckerrüben – Frachten) ebenso auszugleichen wie die Wirkungen der EG-„Nullrunde" bei den Agrarpreisen, des Preisbruchs und der Weltmarktlage. Unter dem Strich blieb ein fast unveränderter Jahresüberschuß von 27 Mill. DM.

Dabei wurde noch einiges an Reserven gebildet. So wurden die Rückstellungen insgesamt um 56 (8) Mill. DM – davon 14 Mill. DM für Pensionsrückstellungen – aufgestockt. Auch 10 Mill. DM Abschreibungen auf Finanzlagen (auf die neu erworbene Beteiligung an der Milchhof-Eiskrem, Mettmann, und das gerade auf knapp 25 Prozent erhöhte Paket der Kleinwanzlebener Saatzucht AG) dürften stille Reserven beinhaltet haben.

Die Sachinvestitionen blieben mit 74 (98) Mill. DM um beinahe ein Viertel unter dem Vorjahresniveau. Sie dienten in erster Linie der „Konsolidierung und Optimierung der Produktion mit den Schwerpunkten Energieeinsparung und Umweltschutz". Die Belegschaft wurde bei 2940 Mitarbeitern gehalten.

DORNIER / „Es gibt keine Fernsteuerung aus Stuttgart" – Umsatzsprung in der Medizintechnik erwartet

Mit neuem Selbstbewußtsein in Aufbruchstimmung

DANKWARD SEITZ, München

Erleichterung ist allenthalben zu spüren. Vorstandsvorsitzender Manfred Fischer spricht gar von einer „Aufbruchstimmung", die sich bei der Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, breitgemacht hat, nachdem mit der Übernahme von 69 Prozent der Gesellschaftsanteile durch den Stuttgarter Automobilkonzern Daimler-Benz ein für alle Mal der jahrelange Familienzwist der sechs Dornier-Erben beendet werden konnte, der den Luft- und Raumfahrtkonzern in immer gefährlichere Turbulenzen zu stürzen drohte.

Selbstbewußt bewertet Fischer dies als eine „Renaissance" für Dornier. „Krank" sei man trotz allem nie gewesen. Aber: „Wer gesund ist, kann auch kerngesund werden wollen."

Erreicht werden soll dies allein mit der neugewonnenen Freiheit. Fischer: „Wir wollen uns nicht im Schoß einer wohlwollenden Mutter ausruhen und keine geliehene Stabilität, sondern erfolgreich auf eigenen Füßen stehen können." Es werde auch nicht, so Fischer, zu einer „Fernsteuerung" aus Stuttgart kommen, denn das erklärte Ziel von Daimler-Benz sei es, Dornier als „selbständige Einheit mit eigener Identität" weiterzuführen.

Die Ressourcen des Unternehmens sind „noch längst nicht ausgeschöpft". Mit dem neuen Motivationsschub werde man „ehrgeizige Ziele" in Angriff nehmen und in neue Tätigkeitsfelder oder zumindest neue Randbereiche vorstoßen können. Eine stärkere Marktorientierung werde zudem Dornier noch schlagkräftiger machen. Fischer: „Wir werden uns allen und Daimler Freude machen, aber sicherlich nicht unseren Konkurrenten."

In welche Sparten und Dimensionen dabei Dornier hineinwachsen soll, läßt Fischer bei seinem optimistischen Blick in die Zukunft allerdings noch offen. Doch die Richtung zeigen schon die Planzahlen für 1985. So soll der Umsatz, obwohl die Textilmaschinen-Fabrik Lido Lindauer Dornier GmbH mit einem Umsatz von 212,5 Mill. DM (1984) im Rahmen des Besitzwechsels abgegeben worden ist, im laufenden Jahr auf über 2,0 Mrd. DM steigen gegenüber 1,38 Mrd. DM (ohne Lido) 1984. Aufgestockt werden soll auch die Zahl der Mitarbeiter um rund 400 auf über 8500 und ebenso das Investitionsvolumen auf rund 65 (43) Mill. DM.

Den größten Umsatzsprung auf etwa 500 (105) Mill. DM soll die Medizintechnik bringen, die zum Jahresanfang aus der Dornier System GmbH ausgegliedert und verselbständigt worden ist. Sie befaßt sich fast ausschließlich mit dem Bau von Nierensteinzertrümmerern, von denen 1985 knapp 100 (28 nach 6) Stück verkauft werden sollen.

Für die Raumfahrt-Sparte erwartet Fischer einen Umsatz von rund 250 (145) Mill. DM. Wegen mehrerer anstehender Programme könne für die nächsten fünf Jahre mit noch erheblicheren Wachstumsraten gerechnet werden.

Bedingt durch den Rückgang des „Alpha-Jet"-Programms und die noch geringen Zulieferungen für den Airbus (etwa 40 Mill. DM) wird der Flugzeugbau nicht stark expandieren können. Weiter anziehen wird jedoch die Produktion des zivilen Mehrzweckflugzeugs Do 228, von dem 89 Stück verkauft und 57 Stück ausgeliefert worden sind. Zudem verfügt man noch über 24 Optionen. Vor allem bei weltweitem Verkauf dieses Flugzeugs verspricht sich Fischer erhebliche Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit Daimler-Benz.

Mit dem Hochlaufen der Produktion bei der Do 228 wird sich, so Vorstandsmitglied Karl-Wilhelm Schäfer, in den nächsten Jahren auch die Ertragslage des Unternehmens tendenziell weiter verbessern. Wenn auch das Betriebsergebnis 1984 nur leicht auf 46 (43) Mill. DM gestiegen sei, könne man doch mit dem Ergebnis recht zufrieden sein.

Daß wieder recht gut verdient wurde, zeigt schon der periodenechte Steueraufwand von 55,4 (46,4) Mill. DM. Zudem wurden die Rückstellungen um 73,0 Mill. auf 544,8 Mill. DM aufgestockt.

Dornier	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	1508,6	+ 20,2
davon		
Flugzeuge	474,5	+ 4,0
Wehrtechnik	135,8	+ 19,7
Betreuung v. Flugz.	133,0	+ 5,9
Ausbildung, Planung	176,7	+ 18,6
Raumfahrt, Elektronik	350,8	+118,6
Maschinenbau	212,5	+ 7,3
Sonstiges	35,3	- 45,3
Beschäftigte [1]	9015	+ 3,6
Sachinvestitionen	42,6	+ 23,5
Abschreibungen	39,6	+ 3,7
Brutto-Cash-flow [2]	154,2	+ 15,1
Jahresüberschuß	31,8	+ 22,3
Bilanzsumme	2009,0	+ 15,7
Eigenkapital	217,7	+ 9,2

[1] Im Jahresdurchschnitt; [2] nach eigenen Angaben.

MAN

Dividende aus MTU-Verkauf

DANKWARD SEITZ, München

Die dividendenlose Zeit bei der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, ist vorüber. Für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) sollen nach zwei Jahren erstmals wieder 2 DM sowohl auf die Stamm- als auch Vorzugsaktien des Grundkapitals von 429,6 Mill. DM ausgeschüttet werden. Dies wird der Vorstand, wie es im Aktionärsbrief heißt, der Hauptversammlung am 7. Februar 1986 vorschlagen. Außerdem sollen satzungsgemäß die rückständigen Vorzugsdividenden der Geschäftsjahre 1982/83 und 1983/84 bezahlt werden. Dies macht noch einmal zusammen 16 DM je Vorzugsaktie aus.

Da das Ergebnis des Geschäftsjahres 1984/85 nach Angaben des Vorstands ausgeglichen sein wird – 1983/84 war noch ein Jahresfehlbetrag von 112 (147,4) Mill. DM angefallen –, wird für die Ausschüttung ein Teil des „erheblichen außerordentlichen Ertrags" aus dem Verkauf der MTU-Anteile an Daimler-Benz verwendet. Überwiegend soll dieser Erlös aber dazu eingesetzt werden, die Rücklagen nach den Entnahmen der vergangenen Jahre zu stärken, womit diese dann einen höheren Stand als vor den Entnahmen erreichten.

Im Geschäftsjahr 1984/85 hatte die neustrukturierte MAN-Gruppe ein Umsatzplus (vergleichbar gemacht) von 1,6 Prozent auf 7,27 Mrd. DM. Davon entfielen auf die AG 4,98 Mrd. DM (minus 2,1 Prozent). Zu einer „erheblich verbesserten Auslastung" der in den Vorjahren angepaßten Kapazitäten hat nach Angaben des Vorstands der um 8 Prozent auf 7,4 Mrd. DM gestiegene Auftragseingang geführt. Der gesamte Auftragsbestand der Gruppe erreichte zum Ende des Geschäftsjahres 6,94 Mrd. DM (plus 1,7 Prozent). Die Zahl der Mitarbeiter wurde noch einmal leicht um 387 auf 42 911 Beschäftigte abgebaut, dabei allerdings in der AG um 860 auf nunmehr 29 182 Leute.

Heimstatt: Bausparen hat Tritt gefaßt

dpa/VWD, München

Nach Ansicht der Heimstatt Bauspar AG, München, hat das Bausparen in der Bundesrepublik wieder Tritt gefaßt. Der Immobilienmarkt sei auch in den Ballungsgebieten nach spürbaren Preisnachlässen seit ein paar Wochen wieder aufnahmebereiter, stellte Heimstatt-Vorstand Gottfried Hofmann bei Vorlage des Geschäftsberichts 1984 fest. „Den einen Markt" gebe es jedoch nicht mehr: Bei Luxus-Angeboten komme es zu Preiseinbrüchen von einem Drittel. Bei kleineren Objekten sei die Nachfrage dagegen kaum verändert.

Die Heimstatt hat 1984 insgesamt 528 (605) Mill. DM an Zuteilungsmitteln bereitgestellt, aufgeteilt in 372 (366) Mill. DM für zugeteilte Bausparverträge und in 156 (238) Mill. DM für Zwischenkredite. Die Bauspareinlagen sind leicht auf rund 1,19 (1,21) Mrd. DM zurückgegangen. Die Bilanzsumme verminderte sich auf 1,3 (1,32) Mrd. DM. Bei insgesamt befriedigender Ertragslage werden für 1984 auf das Grundkapital von 10 Mill. DM 16 Prozent ausgeschüttet. Der Jahresüberschuß ging auf 4 (5) Mill. DM zurück.

NAMEN

Günther Schlappa (53), seit 1. Juni 1985 Leiter der Produktion der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, wurde zum Generalbevollmächtigten ernannt.

Prof. Dr. **Otmar Wasmer**, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG, München, feiert am 26. Juli seinen 60. Geburtstag.

Hans Joachim Rauter, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Beamten-Versicherung Öffentliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, der Partner-Gruppe Lebensversicherung AG und der DBM + Partner Rückversicherungs-AG, wird am 27. Juli 65 Jahre alt.

Heinz Oppermann, Vorstandsvorsitzender der Moto Meter AG, Leonberg, vollendet am 26. Juli sein 65. Lebensjahr.

Rainer Plentl wurde zum Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Dow Scandia Holdings Limited ernannt. Er tritt die Nachfolge von **Henry Angst** an, der in der Schweiz eine führende Stellung bei der Dow Financial Services-Gruppe übernimmt. Gleichzeitig wird er Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Dow Banking Corporation, Zürich, einer Tochtergesellschaft der Dow Financial Services-Gruppe.

Friedrich Kaiser, Inhaber und früherer Gesellschafter der Friedrich Kaiser GmbH, Waiblingen, wird am 26. Juli 85 Jahre alt.

Ludwig Bornhofen, im Ruhestand lebender früherer stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Hüls AG, Marl, wird am 27. Juli 70 Jahre alt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

GFC will Kapital erhöhen

Berlin (VWD) – Die Verwaltung der AG für Computersysteme in der Medizin (GFC), Berlin, schlägt vor, unter Aufhebung des noch bestehenden genehmigten Kapitals von 0,55 Mill. DM ein neues genehmigtes Kapital von 1,77 Mill. DM zu schaffen. Darüber soll die Hauptversammlung am 30. August in Berlin beschließen. Das genehmigte Kapital soll auf fünf Jahre begrenzt sein. Ausgegeben werden sollen neue stamm- oder stimmrechtslose Vorzugsaktien. Weiter soll bedingtes Kapital von 0,1 Mill. DM geschaffen werden, und zwar zur Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer. Die Bezugsrechte sollen zum Erwerb von 2000 neuen Inhaberaktien im Nennbetrag von je 50 DM dienen. Die GFC erzielte im Geschäftsjahr 1984 einen Bilanzgewinn von rund 0,53 Mill. DM. Es wird vorgeschlagen, daraus eine Dividende von 6 DM je 50-DM-Stammaktie auf das Stammkapital von 2 500 000 DM sowie 7 DM je 50-DM-Vorzugsaktie auf das dividendenberechtigte Kapital von 225 000 DM zu zahlen. Der Rest soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

VGT erhöht auf fünf Mark

Großalmerode (VWD) – Eine auf 5 (3) DM erhöhte Dividende auf 6 Mill. DM Grundkapital wird der Hauptversammlung der VGT AG, Großalmerode, am 23. August für das Geschäftsjahr 1984 vorgeschlagen.

Technologie-Zentrum

Tokio (dpa/VWD) – Die Deutsche Bank AG, Frankfurt, will in Yokohama bei Tokio ein Zentrum für deutsche Spitzentechnologie-Firmen bauen. Die Verhandlungen zwischen der Bank und der Stadt Yokohama über den Kauf eines 10 000 Quadratmeter großen Grundstücks im gerade entstehenden „Hakusan High-Tech Park" werden vermutlich, sagte ein Sprecher der Bank in Tokio, in wenigen Wochen abgeschlossen sein. In dem neuen Zentrum werden sich auch führende japanische Firmen ansiedeln. In der japanischen Presse hieß es dazu, daß sich etwa 25 bis 30 deutsche Unternehmen in dem Zentrum einmieten wollen.

Neue Beteiligungen

Hamburg (JB.) – Die Harmstorf AG, Hamburg, hat rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres die 40-Prozent-Anteile der Familien Dittmers an den Firmen C. Fr. Duncker & Co. GmbH und Ludwig Dittmers GmbH übernommen. Damit ist Harmstorf alleiniger Gesellschafter der beiden Hamburger Unternehmen, die korrosionsschützende Materialien entwickeln, herstellen und vertreiben. Die Firma Duncker hat zum gleichen Zeitpunkt alle Aktiva und Passiva der Firma Korromag, Ahrensburg, übernommen. Dieses Unternehmen, das im industriellen Korrosionsschutz tätig ist und rund 8 Mill. DM umsetzt, bleibt als selbständige Tochtergesellschaft bestehen. Der bisherige Inhaber Bodo Rooss wird 25,1 Prozent der Anteile an der Firma Duncker übernehmen und zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Indien-Büro in Stuttgart

Stuttgart (nl) – Informationen über den rasch wachsenden indischen Markt, die Auswahl geeigneter Kooperationspartner und Lizenzvergabe sind die Aufgabe eines Indien-Büros, das jetzt in Stuttgart eröffnet wurde. Dieses von der IHK, der Export-Stiftung Baden-Württemberg und dem Indian Investment Centre getragene Büro ist das einzige dieser Art in der Bundesrepublik.

Baresel zahlt wieder Dividende

VWD, Stuttgart

Die Verwaltung des Bauunternehmens C. Baresel AG, Stuttgart, schlägt vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 von 0,50 Mill. DM zur Verteilung einer Dividende von 2,50 DM zu verwenden und den verbleibenden Rest von rund 96 100 DM auf neue Rechnung vorzutragen. Im Vorjahr hatte Baresel nur ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erzielt. Die letzte Hauptversammlung hatte 1984 beschlossen, einen aus dem Jahr 1982 stammenden Bilanzgewinn von 1,4 Mill. DM mit 0,95 Mill. DM zur Aufstockung der freien Rücklagen zu verwenden und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen.

Gegen diesen Beschluß hatte eine Gruppe von Minderheitsaktionären unter Führung von Rudolf Baresel-Bofinger Anfechtungsklage erhoben und eine Dividende von etwa 12 Prozent verlangt. Das Baresel-Aktienkapital von 10 Mill. DM wird nach früheren Angaben von der Familiengruppe Baresel-Bofinger mit 40,61 Prozent, von Manfred Steidle-Sailer mit 23,60 Prozent, von der Familiengruppe Staudenmeyer-Todenhöfer mit 20,93 und von der Württembergische Hofkammer, Friedrichshafen, mit 14,86 Prozent gehalten.

C & A BRENNINKMEYER / Überschuß gesunken – Neue Häuser in Mittelstädten

Stagnation beim Bekleidungsriesen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als Spiegelbild der allgemeinen Verbrauchsstruktur – mit der wellenartigen Verlagerung von Textilkäufen hin zum Erwerb neuer Autos und zur wiedererwachten Reiselust –, aber auch der konjunkturbedingten Kaufzurückhaltung stellen sich Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung des mit einem Marktanteil von wohl 10 Prozent größten Bekleidungsfilialisten (Originalton: „So sagt man, aber wir wissen es nicht"), die C & A Brenninkmeyer KG, Düsseldorf, für 1984 dar. Am Branchendurchschnitt (1984 null und im 1. Halbjahr 85 plus 1,5 Prozent) gemessen, ist man in Düsseldorf mit der eigenen Entwicklung nicht unzufrieden.

Im laufenden Jahr, so heißt es, glaubt das Unternehmen sogar ein leichtes Plus erwirtschaftet zu haben. Zum Beleg dafür fehlen freilich die Zahlen. In jedem Fall ist jedoch davon auszugehen, daß der mit der obersten Konzernspitze in den Niederlanden beheimatete Familienkonzern (Weltumsatz jenseits der 20-Mrd.-DM-Marke) in der Entwicklung von Umsatz und Ertrag ein Quentchen besser dasteht als die Branche.

Freilich: Auch bei C & A stagniert das Geschäft deutlich. Schon 1983 durfte man Zweifel haben, ob der Umsatz flächen- und preisbereinigt noch gewachsen ist, im Berichtsjahr dürfte es Gewißheit sein. Der Umsatz wuchs nur noch um 0,6 (1,6) Prozent auf 6,38 Mrd. DM. Immerhin sind 1984 zu den bestehenden 128 weitere 5 Häuser hinzugekommen. Auch die – so C & A – „relativ kleine Eigenfertigung" (Marke Canda), die mit Zukäufen aber auf vielleicht 700 Mill. DM geschätzt wird, wirkt hier allenfalls als kleines Regulativ für die Preisentwicklung.

Am Rohertrag läßt sich am ehesten ablesen, daß sich erstmals ganzjährig die Erhöhung der Mehrwertsteuer ebenso ungünstig ausgewirkt hat wie die verteuerten Warenbezüge aufgrund des erstarkten Dollar. Obwohl die Kosten offensichtlich im Griff gehalten wurden, die Aufwendungen für die nicht genannte Beschäftigtenzahl stiegen nur um 3,8 Prozent auf 675 Mill. DM, reduzierte sich die Rendite nach der mit 60 Prozent anzusetzenden Gesellschafter-Steuerbelastung und einem um 17 Prozent verminderten Jahresüberschuß von 165 Mill. DM auf 0,4 (nach 1,2 und 1,1) Prozent. Aber auch dieser Minisatz dürfte noch ganz ordentlich sein.

Mit 354 (307) Mill. DM an flüssigen Mitteln weist das Unternehmen nach wie vor weiche Geldpolster aus. Sie liegen sogar erheblich über den mit 86 (99) leicht geringeren Investitionen für die insgesamt überwiegend angemieteten, mehr und mehr in Mittelzentren liegenden neuen Häuser, die auch den Warenbestand auf 575 (547) Mill. DM ausweiteten. Die Sach-Abschreibungen lagen bei 95 (92) Mill. DM. Grundsolide bleibt die Finanzierung der Bauvorhaben (1985 ebenfalls 5 neue Häuser). Das Eigenkapital von 343 (347) Mill. DM macht 24 (25,4) Prozent der Bilanzsumme aus, die Eigenmittel überdecken auch das Anlagevermögen mit 129 (125) Prozent.

Aktien weiter lustlos

Rückzug der Käufer ließ das Geschäft schrumpfen

DW. – Auf dem Aktienmarkt gaben die Kurse weiter nach. Selbst auf Basis der ermäßigten Notierungen blieb die Zurückhaltung der Käufer bestehen. In den Börsensälen wird deshalb von einem verspäteten Sommerloch gesprochen. Größere Schwankungen in einigen Standardwerten lassen im übrigen eine gewisse Marktenge erkennen. Der gesunkene Dollar und die Furcht vor einem weiteren Rückgang drücken auf die Stimmung. Daran vermochten auch die Hausse-Ansätze an der Wallstreet nichts zu ändern.

Mit stabilen Kursen hoben sich – wie schon am Vortag – die Stahlaktien heraus, in denen sich Ausländer kaum engagiert haben. Begründet werden hier die Käufe mit dem Hinweis auf die starke Hinwendung der Stahlkonzerne in Richtung Verarbeitung. An der freundlicheren Tendenz der Stahlwerte hatten übrigens auch Klöckner Anteil. Widerstandsfähig blieben die meisten Versorgungswerte, während die Banken als zinssensitive Aktien weitere Kursverluste hinzunehmen hatten. Daran konnten auch die positiven Halbjahresberichte nichts ändern. Im Chemiebereich erlitten Schering-Aktien erneut einen deutlichen Rückschlag, während Beiersdorf – in jüngster Zeit stark schwankend – rund 14 DM gewinnen konnten. Bei den Papieren der Autokonzerne hat die Unsicherheit zugenommen. VW bröckelten um 5 DM ab. Im Elektrobereich erholten sich die sehr beweglich gewordenen PKI-Aktien um rund 20 DM. Auch Nixdorf erwies sich als widerstandsfähig.

Frankfurt: Binding und Esslinger erhöhten sich jeweils um 5 DM, Varta um 5,50 DM und Enka um 9 DM. Schwächer tendierten Aesculap und Cassella mit jeweils minus 10 DM. Enzinger sanken um 5,50 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten sich um 15 DM, Bilfinger gaben um 4 DM nach und Dyckerhoff St. sanken um 3 DM. Gerresheimer Glas zogen um 2,90 DM an, Hochtief erhöhten sich um 7 DM.

Hamburg: Beiersdorf konnten sich um 13 DM erholen. NWK Vz. zogen um 4,90 DM an und HEW gingen mit plus 0,50 DM aus dem Markt. Leichter lagen Phoenix Gummi mit minus 1,50 DM und Hapag Lloyd bei minus 3 DM.

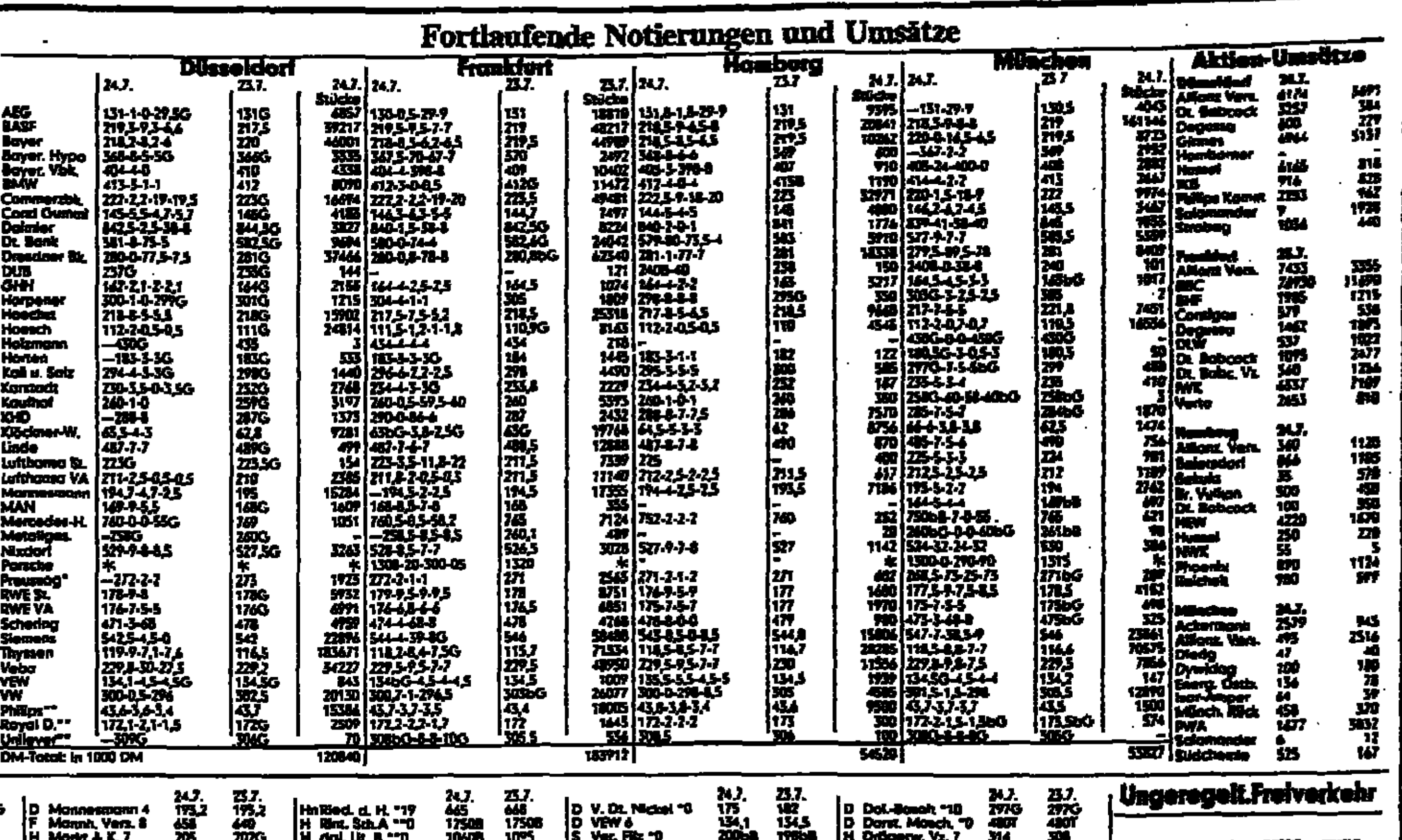
Berlin: Schering gaben um 7 DM nach, DUB-Schultheiss verloren 4 DM und Herlitz St. gaben um 3 DM nach. Lehmann-Werke erhöhten sich um 4,50 DM und Berthold legten 0,50 DM zu.

München: Aigner erhöhten sich um 12 DM, Gehe AG zogen um 0,70 DM an und Süd Chemie befestigten sich um 23 DM. Agrob St. verminderten sich um 3 DM und Deckel AG um 3,50 DM.

Stuttgart: Audi wurden um 10 DM höher taxiert, Daimler waren dagegen um 2,50 DM und Mercedes um 8 DM nachgebend. Porsche mußten 19 DM abgeben und SEL sanken um 4,50 DM.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 197,88 (197,86)
WELT-Umsatzindex: 3247 (3628)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		24.7.	23.7.
H	Aach M Beu. 10	1410	1380
H	Aach. M. Vers. 7	585	587
D	Aach. Rück. 9	2200	2320
D	Aseag *4	450T	450T
M	Ack-Gögg. 6	126,5bG	118bG
H	Adca 3	144,8	143
D	Adler 9	305G	305G
F	Adt 0	31,5	30bG
F	AEG-Telef. 0	179,5	130
D	AEG-Kabel 9	271	271
S	Aesculap 9	445	445

		24.7.	23.7.
H	Br.H.Hypo 10+1	328	325
H	Brsch.Jute *0	105G	104
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	460T	460G
H	Br. Vulkan 0	75,5	74,5
H	Br. Wollk. 7	171	170bG
F	BBC 6	233,5	232
S	BSU Textil % 20	1300TG	1300TG
D	Buckau-W. 4,1	121G	123G
D	Buderus *12,6	375	383
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	950G	950G
S	Bgl.Brb.Rav. *0	380bG	380B
S	Calw D. **30+18	775TB	775bB

		24.7.	23.7.
M	En. Oberfr. 6	271	259
M	En. Ostb. 6	201,2	203bG
H	Elbraft 0	58	51,5
B	Engelhardt 7	210T	220T
D	Enka 7,5	285	286,1
M	Erlus 12,5	537bG	339B
M	Erste Kulmb. 9	1290G	1290G
S	esbi *0	–	–
S	Essl. Masch. *6	485	495
M	Esterer **10	555G	555G
D	Farb. Liqu. RM 0	8,5	8,15
F	Flachglas 9	257bG	257
D	Ford *19,36	850T	850T
B	Forst. Ebn. *4 %	5000	5000T

		24.7.	23.7.
S	Hohner *6	210	213bG
H	Holsten-Br. 6	234	237
F	Holzmann 10+1	434	434
D	Horten 6	181	182
B	Hw. Kayser *12	2788	2788
D	Hussel 8	315	317
D	Huta Heg. 0	ausg.	ausg.
M	Hutschenr. 9	251,5	259,5
H	Hypo Hbg. 10+2,5	440G	440G
D	IKB 7,5	215	214,9
S	IWKA 0	277,5	280
M	Isar-Amper 7,5	376	376
D	Isenbeck 4,75	176bG	172bG

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Universale Hoch Tief	–	264
Veitscher Magnesit	554	550
Index	99,67	100,01

Ostasiat. Komp.	240	237
Dan. Sukkerfabr.	505	505
For. Bryggerier St.	950	945
Kgl. Porc. Fabr.	270	260

Zürich

Madrid

Hongkong

Brüssel

Solvay	4325	4455
UCB	5020	4980
Index	2314,89	2313,61

Singapur

OCBC	8,6	8,6
Sime Darby	1,84	1,92
Singapur Land	2,55	2,59
Un. Overs. Bank	3,86	3,86

Paris

Sydney

Westpacific Banking	4,9	4,8
Western Mining	4,2	4,24
Woodside Petr.	1,31	1,5
Index	935,70	933,48

Optionshandel

Frankfurt: 24. 07. 85

2111 Optionen = 118 050 (114 200) Aktien,

davon 429 Verkaufsoptionen = 22 800 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-140/4,4, 10-150/2,3, BASF 10-191/43, 10-211/21,8, 10-230/15, 10-230/9, 10-231/8, 10-240/5, Bayer 10-181/49, 10-191/41, 10-201/31,1, 10-211/22, 10-221/15,4, 10-231/7,5, BHF 1-350/20, Bay. Hypo 10-330/11, Bekula 1-100/9, BMW 10-440/17, 1-410/30, 4-500/14, Bay. Vereinsbk. 10-339/81, Commerzbk. 10-177,75/47, 10-191,75/46, 10-191,75/35,3, 10-200/30, 10-210/24, 10-220/15, 10-230/12, Conti 10-137/15,4, 10-150/9,4, 10-160/5, 10-170/2,4, Daimler 10-559,50/30, 10-909,5/95, 1-940/48, Dt. Babcock St. 1-170/11,4, 4-170/15, Deutsche Bk. 10-550/50, 10-580/30, Dresdner Bk. 10-232,5/51, 10-280/30,1, 10-280/24,5, 10-300/14, 10-310/7, GHH St. 10-160/14, 1-160/21, 4-170/14,5, GHH Vz. 1-160/15, Hoechst 10-201/33, 10-211/28, 10-221/12, 10-230/9,4, 10-240/5,8, 10-250/3,6, 10-251/3,5, 10-260/1, Hoesch 10-110/8,05, 10-120/4,9, Kaufhof 1-280/6,7, 4-250/30, KHD 1-300/30, Klöckner 10-51/4,9, 10-60/5, 10-65/2,5, 10-70/1,4, Lufthansa Vz. 1-205,5/20,7, 4-240/15, MAN 10-180/7,9, 1-170/17, Metallges. 10-280/40, Mannesmann 10-156/42,5, 10-166/32,1, 10-190/18, 10-196/10,4, Preussag 1-300/16,5, RWE Vz. 10-170/14, 10-180/8, 1-180/11, Schering 10-500/12, Kali + Salz 10-252/49, 10-282/19,6, 1-310/21,2, 1-330/18,4, Siemens 10-290/31, 10-295/28, 10-483,3/77,2, 10540/45, 10-550/35,25, 10-560/15,8, 10-590/12 Thyssen 10-108,25/12,6, 10-110/12,4, 10-120/7, 10-130/3, Veba 10-190/43,85, 10-200/31, 10-220/16, 10-230/11,4, 10-240/6,4, 10-250/4,5, VEW 1-140/10, VW 10-300/25, 10-305/20,45, 10-310/20, 10-330/14, 10-360/7, 10-365/5,5, 10-370/5, Alcan 10-75/7,4, 10-80/4, 1-80/5,5, 4-80/7,4, Chrysler 10-100/7,9, IBM 10-330/24,2, 10-410/14, 1-350/50, 4-410/28, 4-420/22, Norsk Hydro 10-35/2,7, 1-35/4, Philips 10-45/2,5, 10-50/1,4, Sony 1-50/4,5, 1-55/2,5, Sperry 1-160/14,4, Xerox 10-160/12, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-120/1,6, 10-130/5, 1-120/3,1, BASF 10-210/2, 10-220/4, Bayer 10-200/1,5, 10-220/4,6, 10-221/5,6, 10-230/14, BHF 10-330/3,5, Bay. Hypo 10-360/7, 1-360/12, BMW 10-390/5, 10-427,5/19, 1-390/5, 1-390/9, Commerzbk. 1-200/3,5, 4-200/4, 4-210/7, Conti 10-140/3, 1-140/4,2, 4-130/2,6, Daimler 10-850/22, 1-800/9, Deutsche Bk. 10-560/4,35, 10-570/8, 10-580/14, 1-550/9, 4-570/20,2 Dresdner Bk. 10-260/4,5, 10-270/7, 1-260/6,9, 4-260/9, GHH St. 10-160/3,6, Hoechst 10-220/5, 1-210/2,5, 1-220/6,6, Hoesch 10-110/2,6, 1-110/3,35, 4-110/5, Klöckner 10-65/4, 1-55/2, 1-60/4, 1-65/7,4, Mannesmann 10-190/3, 10-200/8,5, Siemens 10-550/12, 10-560/19,5, 10-570/28, Thyssen 1-110/3,4, 1-120/5,2, Veba 10-290/3, 1-210/2,9, 1-220/5,4, VW 10-280/2,3, 10-295/5, 10-300/7,6 10-310/14,6, Chrysler 10-100/3, Elf 1-65/5,6, IBM 10-350/2, Litton 1/230/11, Norsk Hydro 10-35/1,5, Philips 10-40/1,4, Royal Dutch 10-170/3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24.7.85: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅞-5⅛	5-5¼
3 Monate	8-8⅛	4⅞-5⅛	5-5¼
6 Monate	8⅛-8⅜	5-5¼	5⅛-5⅜
12 Monate	8⅛-8⅜	5⅛-5⅜	5⅛-5⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1340,00	1710,00
10 US-Dollar (Indian)**	1256,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	770,00	849,80
1 £ Sovereign alt	211,75	264,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	208,75	260,78
20 belgische Franken	162,25	213,47
10 Rubel Tscherwonez	219,25	277,31
2 südafrikanische Rand	205,50	255,93
Krüger Rand, neu	927,75	1097,54
Maple Leaf	931,50	1101,81
Platin Noble Man	798,50	947,91
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	211,25	269,33
20 schweiz. Franken „Vreneli"	165,00	216,60
20 franz. Franken „Napoléon"	163,00	214,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	854,00	1043,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	170,50	217,17
10 österr. Kronen (Neuprägung)	88,75	118,28
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	399,75	489,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	93,25	129,11

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24.7.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,8694	2,8774	2,8256	2,81	2,91
London¹)	4,029	4,043	3,958	3,87	4,12
Dublin¹)	3,132	3,146	3,099	3,021	3,160
Montreal³)	2,1225	2,1305	2,0954	2,08	2,18
Amsterd.	88,795	89,015	88,610	86,780	90,770
Zürich	121,66	121,86	121,77	120,50	123,25
Brüssel	4,960	5,980	4,919	4,892	5,106
Paris	32,830	32,990	32,475	31,885	33,350
Kopenh.	27,775	27,895	27,540	26,925	28,185
Oslo	34,335	34,475	33,720	33,25	35,00
Stockh.**)	34,100	34,280	33,255	33,25	35,00
Mailand²)**)	1,4915	1,5015	1,4610	1,46	1,56
Wien	14,210	14,250	14,190	14,13	14,35
Madrid**)	1,718	1,728	1,671	1,69	1,81
Lissabon**)	1,705	1,725	1,601	1,25	2,05
Tokio	1,1995	1,2035	–	1,18	1,22
Helsinki	47,880	47,880	46,880	46,75	48,75
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*)**)	2,0385	2,0475	–	1,55	2,35
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,18	2,214	–	1,97	2,08
Johannbg.*)	1,506	1,525	–	1,15	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der überraschende Anstieg in den Durable Good Orders zeigte seine verspätete Wirkung im New Yorker Markt, der Dollar stieg bis auf 2,8950, konnte dieses hohe Niveau im europäischen Markt aber nicht behaupten und gab wieder bis auf 2,8650 nach. Amtlich notiert wurde der Dollar am 24. 7. mit 2,8734, ohne daß die Bundesbank eingriff. Der Nachmittagshandel gestaltete sich sehr ruhig mit Kursen zwischen 2,8690 und 2,8740. Die amtlich notierten Währungen waren gegenüber dem Vortag fast unverändert, mit Ausnahme des kanadischen Dollars und des portugiesischen Escudos, die beide um 0,5 Prozent fester mit 2,1285 bzw. 1,7150 notiert wurden. US-Dollar in: Amsterdam 3,2300; Brüssel 57,8000; Paris 8,7230; Mailand 1919,75; Wien 20,1970; Zürich 2,3599; Ir. Pfund/DM 3,130; Pfund/Dollar 1,4046; Pfund/DM 4,036.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 24.7.: in D-Mark 2,24634 (Parität 2,24184); in Dollar 0,78177 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 24. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge im Bereich Dollar/DM verringerten sich am 24. Juli leicht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80-0,70	2,35-2,23	4,53-4,35
Pfund/Dollar	0,52-0,50	1,30-1,27	2,19-2,14
Pfund/DM	3,20-1,80	7,40-6,10	12,9-11,5
FF/DM	22-6	51-35	91-73

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24.7.: Tagesgeld 4,95-5,05 Prozent; Monatsgeld 5,05-5,20 Prozent; Dreimonatsgeld 5,05-5,20 Prozent.
Privatdiskontsätze am 24.7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24.7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,90). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 5,85. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,20, Rendite 6,56.

هكذا من الأصل

Renten gut behauptet

Am Rentenmarkt hält die freundliche Grundstimmung an. Da sie jedoch nicht in größere Umsätze umgemünzt werden kann, bewegten sich die Kurse der öffentlichen Anleihen – wenn überhaupt – nur minimal aufwärts. Mehr Geschäft erwarten die Rentenhändler nach dem kommenden Monatsultimo, der einige Milliardenmittel zur Wiederanlage freisetzen wird. Im übrigen hofft man darauf, daß der Bund mit seinem Ausgabekurs für die neue Anleihe, die – wie die Schleswig-Holstein-Anleihe – mit einem Nominalzins von 6¾ Prozent herauskommen soll, unter pari bleiben wird.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Zu Abschlägen kam es am Dienstag bei den Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutlich schwächer notierte, konnte Kakao zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

TENNIS / Boris Becker stand bei seinem ersten Auftritt nach Wimbledon vor einer großen Blamage

John McEnroe wurde durch Becker neu motiviert

sid, Indianapolis/Los Angeles

Dem wundersamen Wimbledonsieg folgte fast eine blamable Bauchlandung: Fünf Matchbälle mußte Tennis-As Boris Becker in seinem ersten Spiel bei den US-Meisterschaften in Indianapolis abwehren, bevor er den schwedischen Neuprofi Michael Pernfors mit 4:6, 7:6 (10:8), 6:2 besiegt hatte und damit nach einem Freilos in die dritte Runde einziehen konnte.

„Baby Boomer" Becker, wie ihn das Fachblatt „Sports Illustrated" liebevoll betitelt hatte, konnte die Aufregung seiner Fans freilich nicht verstehen. „In den ersten beiden Sätzen habe ich nicht gerade gut gespielt, aber das Spiel zu verlieren, daran habe ich nie gedacht", meinte der 17jährige nach der Zitterpartie.

Am Ende des zweiten Satzes stand Boris Becker vor dem freien Fall vom Tennisgipfel, auf den ihn der Wimbledonsieg so ruckartig hochgezogen hatte. Der 22 Jahre alte Pernfors, erst seit einigen Monaten Mitglied im internationalen Tenniszirkus, führte bei eigenem Aufschlag mit 5:4 und 40:0. Doch Becker, der seit Wimbledon kein Spiel mehr bestritten hatte, erwies sich erneut als Mann ohne Nerven. Möglicherweise braucht er diese Streß-Situationen, um zur Höchstform zu finden. Sein Trainer Günter Bosch empfand es anders: „Ich glaubte zeitweise, ich kriege eine Herzattacke."

Nach dem Ausgleich zum 5:5 und 6:6 verdaute der Teenager aus Leimen im Tiebreak jedenfalls zwei weitere Matchbälle des Schweden und gewann schließlich noch mit 10:8. Kein Problem dann im dritten und entscheidenden Satz: Becker startete mit einem Break zum 2:0 und gewann nach 2:43 Stunden mit 6:2.

Becker nach dem Spiel: „Einen halben Satz lang hatte ich vergessen, wie man auf solch einem Platz spielt. Kämpfe, kämpfe um dein Leben, habe ich mir immer wieder gesagt." Wie groß die Angst gewesen sei, nach der Wimbledon-Sensation gleich zu verlieren, wurde Boris Becker gefragt. Der Deutsche schien sich verhört zu haben. „Wieso Angst? Ich war ganz locker und habe ohne jeden Druck gespielt."

Boris Becker ist nicht nur das beherrschende Thema der Meisterschaften auf den langsamen Sandplätzen von Indianapolis, wo der Deutsche sein 14. Spiel in Folge gewann. Auch John McEnroe, trotz der deprimierenden Niederlagen von Paris und Wimbledon (jeweils im Viertelfinale) weiterhin die Nummer eins im Welttennis, ließ sich von ihm auf einer Pressekonferenz in Los Angeles zu ungewöhnlichen Bekenntnissen inspirieren. Beckers Sieg in Wimbledon sei für ihn der „totale Schock" gewesen. Ein heilsamer. Denn nach den „langweilig gewordenen Duellen mit Jimmy Connors und Ivan Lendl" habe ihn Becker neu „motiviert".

Er sei in den letzten Monaten „körperlich wie psychisch" nicht in bester Verfassung gewesen, erklärte McEnroe seine Niederlagen. Das Privatleben, immer die gleichen Gegner hätten ihn unbewußt abgestumpft. Durch Becker sei plötzlich alles anders geworden.

Ein Rücktritt vom Sport, wie Björn Borg mit 25 Jahren, komme für ihn auf absehbare Zeit nicht in Frage. McEnroe: „Ich kann mich noch verbessern. Vielleicht hilft mir ein Junge wie Boris Becker dabei."

Becker könnte einer der Spieler sein, die man nur alle fünf oder zehn Jahre erlebt, wie Connors, Borg und dann er selbst, referierte McEnroe. Der Deutsche habe sogar das Zeug, die Nummer eins zu werden. „Aber wir haben eigentlich nicht die Absicht, dabei tatenlos zuzusehen."

Die deutschen Fernsehanstalten bemühen sich um Übertragungen von den Auftritten des Boris Becker. Falls er das Halbfinale erreicht, soll auf jeden Fall aus Indianapolis berichtet werden. Schwierigkeiten bereitet noch der Zeitplan. Tritt Becker am späten Samstagabend an, ist eine Übertragung im „Aktuellen Sportstudio" im Gespräch. Verzögert sich der Beginn bis in die Nacht, will die ARD zeitversetzt am Sonntag morgen das Angebot der amerikanischen Fernseh-Station CBS nutzen.

Ein unmenschliches Unterfangen? Beim Triathlon messen „Ironmen" ihre Kräfte

Mit Euphorie an die Leistungsgrenze

Triathlon ist eine Magie. Ein Zauber, der die Menschen in seinen Bann zieht. Wer einmal einen Triathlon erlebt hat, spricht mit Hochachtung von diesem Sport, der eine neue Philosophie ausgelöst hat. Diese heißt: „ANKOMMEN – FINISHEN!' Nicht Sieg, sondern der Triumph über sich selbst hinaus, über Geist und Körper, geben ein einmaliges Glückshochgefühl."

Wenn der Triathlet Manuel Debus von 'seinem' Sport spricht, wird er pathetisch. Sein Wortschatz kann der Euphorie nicht mehr folgen. Sprachlich stößt er an jene Grenzen, von denen er glaubt, sie im Sport sprengen zu können. Eingeengt durch die Zwänge der familiären Abhängigkeiten, suchte er stets Fluchtpunkte. Früh verheiratet, Vater zweier Kinder, angestellt im elterlichen Textilgeschäft in Nürnberg, versuchte er sich stets als Einzelkämpfer. Zunächst als mittelmäßig begabter Freizeitsportler im Judo, Ringen und Boxen, später als Fallschirmjäger bei der Bundeswehr. Zu Beginn seines vierten Lebensjahrzehnts entdeckte er bei einem Amerika-Aufenthalt den Triathlon, den Sport, von dem er sofort wußte: „Das ist etwas für mich. Das ist etwas Außergewöhnliches."

Triathlon ist ein amerikanischer Modesport, ein Ausdauer-Dreikampf, eine Kombination aus den klassischen Disziplinen Radfahren, Schwimmen und Marathonlauf, entstanden 1977 im Rahmen einer Wette amerikanischer Marine-Offiziere auf Hawaii. Sie konnten sich nicht einigen, wer der bessere Athlet sei - der Radfahrer, der Schwimmer oder Läufer. Die salomonische Lösung: Derjenige ist der König der Ausdauer-Athleten, der die drei großen Sportwettbewerbe von Hawaii innerhalb von 24 Stunden als Sieger beendet. Es waren: Das Waikiki-Rough-Water-Swim (3,8 Km), das Radrennen von Oahu (180 Km) und der Honolulu-Marathon. Ein verrücktes Vorhaben, denn im extremen Klima von Hawaii galt jeder einzelne der drei Wettbewerbe schon als fast unmenschliches Unterfangen.

Was 1978 mit 12 Teilnehmern begann hat sich mittlerweile zu einer weltweiten Massenbewegung entwickelt. Trotz oder gerade wegen des Images: Radikal, extrem und provozierend, gleichzeitig aber faszinierend. So wurden die ersten Fernsehbilder vom Hawaii-Triathlon, genannt

Die Sucht, die eigene Grenze zu finden – ARD, 20.18 Uhr

„Ironman-Wettbewerb, empfunden. Triathlon ist ein Fernsehsport im besten Sinn. Erst die Bilder der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC verhalfen ihm zu weltweiter Popularität. Sie entfachten einen Boom, dessen Größenordnung in die Millionen geht und der Sportartikelindustrie zu neuen Rekordumsätzen verhalf.

Sechs Jahre nach der Premiere lagen der ebenso hübschen wie geschäftstüchtigen Managerin Valerie Silk im vergangenen Sommer mehrere tausend Anmeldungen für den Ironman-Triathlon vor. Nur rund tausend Teilnehmer wurden zugelassen. Unter ihnen: Manuel Debus, mit der Startnummer 307 bereits zum drittenmal dabei. In seinem Gefolge ein Kamerateam. Unter dem Titel „Die Sucht, die eigenen Grenzen zu finden" entstanden auf Hawaii Teile eines Portraits, das jenen Mann zeigt, der 1982 als erster Deutscher beim „Ironman" startete und sich seitdem als „Pionier in jeder Beziehung" bezeichnet. Seit vier Jahren hat sich Manuel Debus dem Triathlon mit Leib und Seele verschrieben. Er gründete den Deutschen Triathlon-Verband (DTV) und ließ sich zum Präsidenten wählen. Daraus leitete er weitere Sachkompetenz ab und ernannte sich eigenmächtig zum Bundestrainer. Und in der Verbandsschrift heißt es: „Manuel Debus gehört heute zur Weltspitze im Triathlon," und weiter: „Er hat die absolute Leistungsfähigkeit des Körpers, der Muskeln getestet. Drei große Triathlone innerhalb von vier Wochen sind einzigartig."

Die elitäre Eisenmann-Mentalität wurde ihm zum Verhängnis. Der Triathlon hatte in Deutschland eine rasche Entwicklung genommen, doch das Selbstverständnis der meisten Triathleten stimmte mit dem des Präsidenten nicht überein. Sie wollten aus der elitären Modeerscheinung einen ernstzunehmenden Volkssport machen - eine Idee, die dem eigenwilligen Präsidenten auf seiner Suche nach Exklusivität nicht behagte. Manuel Debus, muskelbepackt und mit einem Gewicht von 83 Kg bei einer Größe von 182 cm, erinnerte ohnehin mehr an einen Body-Builder denn einen Ausdauer-Sportler.

Auf seiner Suche nach den persönlichen Grenzen ist Manuel Debus als Verbands-Präsident gescheitert. Auf Drängen der Mitglieder trat er im März 1984 von seinem Amt zurück. Aber er hat schon neue Ziele vor Augen: Einmal beim Ironman auf Hawaii unter den ersten 50 ins Ziel kommen. Sein bisher bestes Ergebnis: Platz 147 im vergangenen Oktober.

ULLA HOLTHOFF

NACHRICHTEN

Sicherheitsmaßnahmen

London (dpa) – Eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission hat strenge Sicherheitsmaßnahmen für britische Fußballstadien empfohlen: Einführung von speziellen Personalausweisen, Ausschluß von auswärtigen Zuschauern, Sicherheitszäune um die Stadien, strengere Strafen für Rowdies.

Blamage für Hamburg

Albstadt-Ebingen (dpa) – Neue Blamage für den Fußball-Bundesligaklub Hamburger SV: In einem Freundschaftsspiel kam der HSV beim Verbandsligaklub FC Tailfingen über ein schmeichelhaftes 1:1 (0:1) nicht hinaus. Magath erzielte zwölf Minuten vor dem Ende den Ausgleich.

Zola Budd behindert

Edinburgh (dpa) – Zola Budd wurde bei einem Rennen über eine Meile in Edingburgh von einem Zuschauer behindert. Der Mann war auf die Bahn gelaufen, um gegen die Rassenpolitik in Südafrika, dem Geburtsland der in Großbritannien eingebürgerten Läuferin, zu protestieren.

Boxer im Koma

Inglewood (sid) – Der 28 Jahre alte amerikanische Profiboxer Chris Schwenke liegt seit seiner K.-o.-Niederlage in Inglewood gegen seinen Landsmann Prince Mohammed im Koma. Der Boxer klagte nach dem Kampf über Unwohlsein und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

Lemgos neuer Trainer

Dortmund (dpa) – Neuer Trainer beim Handball-Bundesligaklub TBV Lemgo wurde Günter Klein, Dozent an der Deutschen Sporthochschule Köln. Er löst den auf eigenen Wunsch vorzeitig ausscheidenden Hans Sulk ab.

Brief hat Folgen

Frankfurt (dpa) – Der von Vater Klaus Lehmann nach dem Rauswurf seiner Tochter Brigitte aus dem A-Kader an das Präsidium des Deutschen Turner-Bundes gerichtete Offene Brief steht am Freitag in Frankfurt auf der Tagesordnung. In dem Brief standen hauptsächlich Vorwürfe gegen die Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz.

Sieg knapp verpaßt

Ketsch (sid) – Nur knapp verpaßte die Damen-Nationalmannschaft des Deutschen Volleyball-Verbandes den ersten Länderspiel-Sieg über Japan. In Ketsch gab es gegen den Olympia-Dritten eine 2:3-Niederlage (15:10, 12:15, 15:7, 12:15, 7:15).

ZAHLEN

FUSSBALL

Turnier in Kries/St. Gallen: St. Gallen – Uerdingen 3:5. – **Freundschaftsspiele:** Niebüll – Bremen 1:8, Damme – Osnabrück 0:2, Saarbrücken – Düsseldorf 3:2, Bad Homburg – Dynamo Moskau 0:4, Tailfingen – Hamburg 1:1, BW Berlin – Fenerbahce Istanbul 1:1, Kassel – Frankfurt 0:3, Hannover – Vereinigte Arabische Emirate 4:0, Waldmohr – Mannheim 1:7.

TENNIS

US-Hartplatz-Meisterschaften in Indianapolis, Herren-Einzel, erste Runde: Gildemeister (Chile) – Popp (Deutschland) 6:4, 0:6, 6:2. – Zweite Runde: Becker (Deutschland) – Pernfors (Schweden) 4:6, 7:6, 6:2. – **Offene Meisterschaften der Niederlande** in Hilversum, erste Runde: Osterthun – Jelen (beide Deutschland) 7:5, 7:5, Casal (Spanien) – Keretic (Deutschland) 6:4, 5:7, 6:4. – **Deutsche Meisterschaften** in Amberg, Herren, erste Runde: Theissen (Bamberg) – Meiler (Amberg) 6:3, 2:6, 6:3, Zipf (Amberg) – Eggmayer (Bamberg) 5:7, 2:6, Westphal (Neuss) – Braasch (Hagen) 6:0, 4:6, 7:5.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Edinburgh, Männer: 1000 m: 1. Cram (Großbritannien) 2:15,09 Minuten, 2. Mack (USA) 2:16,90, Meile: 1. Ovett (Großbritannien) 3:55,01, 2. Maree (USA) 3:55,27, Hammerwerfen: 1. Sedych (UdSSR) 81,64 Meter. – Frauen: Meile: 1. Budd (Großbritannien) 4:23,14.

FUSSBALL / Berlin und die zweite Liga: Sind drei nicht einer zuviel?

So gut wie sicher: Einer von den drei Klubs wird wirtschaftlich straucheln

DIETER DOSE, Berlin

Der Zuschauerrekord in der Fußball-Bundesliga steht bei 88 075. So viele strömten in der Saison 1969/70 ins Berliner Olympiastadion (Hertha gegen Köln). 1970/71 erreichte Hertha als Bundesligaklub sogar einen Schnitt, von dem die Konkurrenz, damals wie heute, nur träumte: 44 000 pro Heimspiel.

Saison 84/85. Rund 206 000 Zuschauer bei 38 Zweitligaspielen in Berlin. Nur 66 000 insgesamt bei Blau- Weiß 90 (7.), obwohl sportlich viel erfolgreicher als Hertha (14.).

In der kommenden Spielzeit wird das rapide dezimierte Zuschauerpotential der Zweimillionenstadt durch drei geteilt. Denn nun ist auch noch Tennis Borussia aufgestiegen. „Hauptstadt der 2. Liga" – von der Bundesliga meilenwert entfernt.

Hertha BSC (3,5 Millionen Mark Schulden) bekam die Lizenz mit Ach und Krach, Blau-Weiß nach wochenlangem Zittern erst am vorletzten Sonntag. Beide Vereine nur unter der Bedingung, daß sie Bürgschaften und Kreditzusagen in Millionenhöhe vorweisen.

Tennis Borussia, 1981 aus der 2. Liga abgestiegen und vorher zweimal Bundesligaklub, hat erst im vergangenen Jahr rund zwei Millionen Mark Schulden aus den früheren Profijahren abgebaut. Vergleiche mit Banken und Finanzamt, Umlage unter Mitgliedern (250 Mark pro Kopf) und tief in die Tasche greifende Mäzene machten es möglich. Ein gerade gewählter Wirtschaftsrat leistet für den Aufstieg Starthilfe – rund eine Million Mark. Damit die Mannschaft mit Bundesligaspielern wie Torwart Reichel (Kaiserslautern) und Hertwig (Bayern München) verstärkt werden kann.

Drei Vereine, die bei Unternehmen die Klinken putzen. Eine große Computer-Firma war bereit, Blau-Weiß mit 200 000 Mark zu unterstützen. Davon bekam Hertha Wind und klopfte ebenfalls an. Ergebnis: Keiner bekommt einen Pfennig.

Auch der Berliner Senat, bei dem Tennis Borussia und der ehemalige Zweitligaklub Wacker 04 heute noch 1974 in Form eines Darlehens gewährte Starthilfe abstottern, läßt die Zuschüsse für die Fußballprofis spärlicher fließen. Immerhin: Pro Saison erhält jeder der drei Zweitligaklubs rund 200 000 Mark aus dem Stadtsäkkel – für Reise- und Hotelkosten bei Auswärtsspielen und den Ordnungsdienst bei Heimspielen.

Hertha, seit 1980 zweimal aus der Bundesliga abgestiegen, will mit einer verjüngten und durch Gehaltskürzungen drastisch verbilligten Mannschaft an bessere Zeiten anknüpfen. „Hannover 96 und der 1. FC Nürnberg sind unser Vorbild", sagt Präsident Wolfgang Holst. Aber vier Spieler, darunter drei Neuerwerbungen, werden nicht aus der Vereinskasse bezahlt. Ein Immobilienmakler, der im November Nachfolger des amtsmüden Holst werden will, finanziert deren Gehälter ...

Blau-Weiß kratzte die DFB-Auflage in Höhe von 1,1 Millionen Mark buchstäblich zusammen. Dabei ist der Verein schuldenfrei. Aber dem Deutschen Fußball-Bund ist die Sportwerbeagentur Härtfelder aus Nürnberg, die seit 1983 rund drei Millionen Mark bei Blau-Weiß investiert hat, ein Dorn im Auge. Der DFB hat den Verdacht, daß sich die Agentur, deren Chefin die 32jährige Caféhausbesitzerin Cornelia Härtfelder ist, als Spielervermittler betätigt, um bei den Transfergeschäften zu verdienen.

Aber für Blau-Weiß hat die Agentur bisher nur gekauft, keinen verkauft. „Bei uns hat die Agentur bisher keine müde Mark verdient", sagt Blau-Weiß-Vorsitzender Manfred Kursawa. Er zahlt seinen Spielern im Schnitt 2500 Mark Grundgehalt monatlich und pro Punkt 400 Mark Prämie. Schecks aber erhalten die Spieler auch noch regelmäßig von Conny Härtfelder oder ihrem Lebensgefährten Konrad Kropatschek, der als Manager bei Blau-Weiß fungiert.

Doch so recht flüssig war die Agentur zuletzt nicht mehr. Beim Verein steht sie mit rund 650 000 Mark in der Kreide. Deshalb bestand der DFB darauf, daß Blau-Weiß einen von den Zuschüssen der Agentur unabhängigen Etat für die neue Saison vorlegt. Außerdem wurde möglichen Transfergeschäften ein Riegel vorgeschoben. Alle Ablösesummen von Blau-Weiß-Spielern müssen auf ein Konto des DFB eingezahlt werden. Dann erhält sie der Verein, und erst, wenn die Außenstände der Agentur an Blau-Weiß beglichen sind, könnte Conny Härtfelder kassieren. Was gegenwärtig allerdings nicht ihre Absicht ist. „Die erfolgreiche Mannschaft soll zusammenbleiben", sagt sie.

„Unsere drei in Liga zwei" (ständige BILD-Rubrik) gehen mit Minietats in die neue Saison: Hertha mit 3,1 Millionen Mark und 7500 kalkulierten Zuschauern im Schnitt, Blau-Weiß (2,3 Millionen/3500) und Tennis Borussia (1,2 Millionen/3000). Die Pleite droht, wenn der sportliche Erfolg ausbleibt. Aber nicht einmal der ist eine Garantie fürs Überleben. Wer von den Zuschauern will schon dreimal in einer Saison Homburg, Bayreuth oder Kickers Stuttgart sehen ...

Immer wenn es dem Berliner Fußball schlechtgeht, erschallt der Ruf nach dem „1. FC Berlin", einer Konzentration der Kräfte. Doch entsprechende Bemühungen sind gerade wieder einmal im Anfangsstadium steckengeblieben. Grund: Dilettantisch vorbereitet und nur Bereitschaft bei Blau-Weiß, sich daran zu beteiligen.

KRITIK

Nur Zeit für Schablonen

Das Medium Fernsehen eignet sich kaum zur Darstellung eines so komplizierten Themas. Die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) läßt sich eben nicht in den wenigen **Panorama**-Sendeminuten (ARD) korrekt darstellen und ordentlich in ihren Stärken und Schwächen bewerten. Immerhin: Peter Gatters Versuch ist anerkennenswert. Er ließ das Thema von den Kollegen Peter Staisch und Horst Hano im Pro und Contra abhandeln. Wegen der Kürze der Zeit gerieten ihre Texte zur Schablone und damit in der Argumentation gezwungenermaßen schief. So hatte Staisch es auf sich genommen, den möglichen Nutzen einer strategischen Verteidigung gegen atomare Offensivwaffen darzustellen. Wenn er sagte, einer der fast schon visionären Beweggründe für die USA, SDI als Forschungsprogramm zu starten, sei gewesen, damit dem möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen in der Militärstrategie der NATO zu entrinnen, gibt er nur einen Teil des inzwischen abgelaufenen Diskussionsprozesses wieder. Heute, mehr als zwei Jahre nach Präsident Reagans Rede zu SDI, ist sich die Fachwelt sicher, daß der „First Use" in einer militärischen Auseinandersetzung in Europa durch SDI nicht gebannt sein dürfte. Hano blieb dem Bild vom linken Journalisten in seiner Contra-Darstellung lupenrein treu. Unbedacht reihte er in seinem Text alles, was er gegen SDI hatte finden können, aneinander.

RÜDIGER MONIAC

Das „Bohren" vergessen

Er ist stets guten Willens, immer um Objektivität bemüht. Nur – um eine so komplexe Materie wie die Rolle der „Palästinenser in Israel" zu untersuchen, genügen die guten Absichten und die Voreingenommenheit des Autors von **Zu Gast im eigenen Land** (Bayern III), Wolfraum Sebecke, alleine nicht. Notwendig ist auch die Fähigkeit, tief zu bohren, das heißt, Tatsachen auf ihre Ursachen zurückzuführen.

Berichtet wird über die sichtbare Verbesserung der Lebensbedingungen der arabischen Bevölkerung in Judäa und Samaria, die seit 1967 unter israelischer Verwaltung stehen. Aber dann wendet sich der Streifen den Fragen der „großen Politik" und der Autor seinem krampfhaften Bemühen um Objektivität zu. Das Ergebnis sind Phrasen. „Über 50 Prozent von Judäa und Samaria befinden sich bereits in israelischer Hand." Das klingt nach Expansion. Die Tatsache: Die israelische Regierung übernahm die Grundstücke 1967 von der jordanischen Regierung.

Abschließend verkündet Israels Minister ohne Geschäftsbereich Ezer Weizman: „Es gibt keine Alternative zum Frieden." Und Wolfram Sebecke erkennt, im arabischen Lager fehle die Bereitschaft zur Selbstkritik ebenso wie eine Friedensbewegung. Wie wahr: Gingen Araber und unabhängige Kritiker dieser Frage nach, dann käme man dem Frieden tatsächlich ein Stück näher.

RAFAEL SELIGMANN

Um jeden Preis überleben

Die vernichtende Wirkung von Sensationsjournalismus ist hinreichend bekannt. Das war nicht neu an **Ohne Liebe** (ZDF). Neu war Ewa, eine Frau in der Rolle der knallharten Reporterin, die „nicht der Mensch interessiert, sondern die Sache". So weit so gut, doch warum das Klischee der Karrierefrau, die jeden Schritt nach oben über den Umweg durch das Schlafzimmer macht?

Barbara Sass hat damit dem hervorragenden Stoff eine gefährliche Platitüde beigegeben, denn im Grunde führt Ewa den Beweis, daß sie sich in der von Männern dominierten Zeitungswelt Warschaus behaupten kann. Ihr Kampf gegen die „für den Anfang leichten, lockeren Themen", ihr Drang nach gesellschaftskritischen Stories, mit denen sie sich eine Auslandskorrespondenz „erschreiben" will, reichten zweifelsohne aus, rücksichtslosen Ehrgeiz darzustellen.

Dabei hätte nicht einmal der Titel geändert werden müssen, verstand Dorota Stalińska es doch hervorragend, die gespaltene Persönlichkeit Ewas darzustellen – unerbittlich, berechnend, gefühlskalt und dabei vereinsamt und – ohne Liebe.

Zuletzt verliert die Journalistin gegen die vordergründige Moral ihrer Kollegen und gegen ihre eigene Lebensphilosophie: „Um jeden Preis überleben" macht sich ihr Opfer in übersteigerter Form zu eigen, so steht Ewa plötzlich fassungslos vor der Zuspitzung ihres eigenen Abbilds.

MARTINA SCHLINGMANN

FUSSBALL

Latteks Probleme

sid, München

Der lockere Aufgalopp nach schweißtreibendem Training mit Spielen auf dem Dorfe ist vorbei. Beim deutschen Fußball-Meister FC Bayern München hat Trainer Udo Lattek die heiße Vorbereitungszeit zur 23. Bundesliga-Saison eingeläutet, und der Kampf um die Stammplätze hat begonnen. Mit einem 1:0-Sieg beim Aufsteiger und Rekordmeister 1. FC Nürnberg nahm für den Titelverteidiger der Reigen der Härtetests seinen Anfang.

„Jetzt geht es darum, die richtige Formation zu finden. Mit der Leistung in Nürnberg war ich schon zufrieden", bilanzierte Lattek nach dem verspäteten Ablösespiel für den ehemaligen Nürnberger Norbert Eder. Vor 12 750 Zuschauern, die Bayern kassierten rund 35 000 Mark für den Antrittsbesuch, bemängelte Lattek allerdings die Torausbeute. Nur Roland Wohlfarth (6.) nutzte eine der vielen Möglichkeiten.

Während Lattek im Angriff noch experimentierte (für Mathy kam Dieter Hoeneß, Kögl ersetzte in der zweiten Halbzeit Michael Rummenigge), ließ die Restformation schon erste Rückschlüsse zu. Von den Neulingen sicherte sich nur der Ex-Leverkusener Winklhofer einen Platz.

Im übrigen präsentierte Lattek vertraute Gesichter. Im Tor stand Aumann, am Freitag in Hannover beim nächsten Aufsteiger wird ihn der Belgier Pfaff ersetzen. Die Torwartfrage wird wohl erst in der Woche vor dem offiziellen Bundesligastart (10. August) entschieden sein.

STAND ● PUNKT

Mediziner gefragt

Im Fußball wird immer noch mehr mit Traditionen als mit wissenschaftlichen Erkenntnissen gearbeitet," hat der Kölner Sportmediziner Dieter Lagerström festgestellt. Der Grund: „Im Profisport müssen die Trainer um ihren Arbeitsplatz bangen, wenn neue Methoden nicht sofort Erfolge zeigen." Bei einem Vereinswechsel fällt es Trainern leichter, neue Wege einzuschlagen.

Franz Beckenbauer hat mit der sportmedizinischen Betreuung der Nationalmannschaft den Anfang gemacht, Stuttgarts neuer Trainer Otto Baric bat Mediziner der Universität Tübingen um Hilfe und in Köln vertraut Hannes Löhr den Fähigkeiten des Professors Heinz Liesen – trotz dessen Fehlstart beim Debüt in der Nationalmannschaft. Die Mediziner sollen in der Vorbereitung Hilfestellung beim Aufbau eines Trainingsprogramms geben.

Die Einsicht kam spät. Lagerström warnt allerdings vor überzogenen Hoffnungen. „Die Sportmedizin kann keine Patentrezepte liefern. Die körperliche Verfassung eines Athleten macht in Sportspielen höchstens dreißig Prozent der Gesamtleistung aus." Versäumnisse in Taktik, Technik und Spielintelligenz können die Mediziner nicht ausgleichen. „Damit eine Mannschaft ihre optimale Leistung bringen kann, muß jedoch die körperliche Verfassung bei jedem einzelnen Spieler stimmen. Erst dann können die anderen Fähigkeiten voll entwickelt werden."

ULLA HOLTHOFF

FERNSEHEN

DFB legte Veto ein

sid, Krefeld

Die vom deutschen Pokalsieger Bayer 05 Uerdingen geplante Fernseh-Direktübertragung seines ersten Bundesligaspiels der kommenden Saison gegen Meister Bayern München ist endgültig geplatzt – gescheitert am Veto des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

Ursprünglich wollten die Krefelder ihr Heimspiel in der Grotenburg am Samstagabend des ersten Bundesliga-Spieltages (10. August) austragen, was der DFB jedoch mit Hinweis auf zu erwartende Zuschauer-Einbußen der übrigen Vereine ablehnte. Aus dem gleichen Grund wurde auch eine Verlegung auf Sonntag, Spieltag der meisten Amateurklubs, nicht gestattet.

Der Freitag als Ausweichtag kam deshalb nicht in Frage, weil Schalke 04 zur gleichen Zeit sein Heimspiel gegen Vize-Meister Werder Bremen im Parkstadion austrägt. Obwohl sich Bayer Uerdingen bereits mit Schalke auf eine Ausgleichszahlung geeinigt hatte, bestand der DFB im Falle eins Freitagspiels auf die Verlegung der Schalker Partie auf Samstag, der die Gelsenkirchener wegen des bereits angelaufenen Karten-Vorverkaufs nicht zustimmen konnten.

Der Donnerstag als weitere Möglichkeit schied aus, da die Bayern nur einen Tag vorher ein Freundschaftsspiel in Fürstenfeldbruck vereinbarten. Als letzten Versuch, die Übertragung doch noch zu retten, hatte Bayer Uerdingen vergeblich angeboten, die Übertragungs-Gelder dem DFB zukommen zu lassen.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die Sache ist gelaufen
Hessische Komödie
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna Iberica
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 ... scheibnerweise
16.55 Kernbeisser
17.40 Tele-Lexikon
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Ziele: Die Sucht, die eigene Grenze zu finden
21.15 Ein Mann macht klar Schiff
5. Eine schwere Entscheidung
21.45 Känguru
22.30 Tagesthemen
23.00 Messer im Kopf
0.50 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Die Muppets-Show
16.30 Strandpiraten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
19.00 heute
19.30 Der Wunschfilm
Wetterleuchten um Maria / Die Landärztin / Johannisnacht
21.00 Kontakte
Urlaub für die Seele
21.45 heute-journal
22.05 Besatzer und Besitzer
22.50 Stars der Country Music
23.50 Nero Wolfe
0.35 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Programme der Landesstudios

NORD
19.00 MS Franziska (5)

HESSEN
19.00 Jauche und Levkojen (11)
19.30 Jauche und Levkojen (12)

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Die Piratenbraut
Spielfilm, USA, 1950
21.30 Grand Café (5)
21.45 Der Bär
Film von Don Askarjan
22.40 Anton P. Tschechow: Mein Leben
0.15 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Teufelsflieger
Amerikanischer Spielfilm (1932)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Johann Sebastian Bach (3)
Stürme und Jahre
21.00 Sport unter der Lupe
2. Folge: Stars aus aller Welt
21.45 Pflege am Ende des Lebens
22.30 Meine Lieblingsgeschichte
22.45 San Remo '85
23.30 Nachrichten

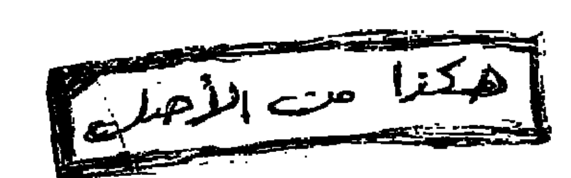
BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Jedermann
20.25 Auf den Spuren des bayerischen Löwen
20.45 Wenn man das Kind nach Gott fragt
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der Strohmann
Amerikanischer Spielfilm (1976)
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Big Valley
15.00 Siebstel
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Simon Templar
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Beim Kriegerstamm der Mahekodoteri
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Völlig falsch verbunden
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Dt. TV-Erstaufführung
20.30 Shane
21.30 APF blick
News, Show, Sport
22.15 Barquero
Western, USA, 1969
Mit Lee van Cleef, Warren Oates u. a.
Regie: Gordon Douglas
23.40 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
– aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Auf den Spuren ins 3. Jahrtausend
Computer-Technik und unser Leben
22.30 Der Maler Hans Hartung
23.15 3SAT-Nachrichten



Ende des Fortschritts

dka – In der Vorstellungswelt vieler Lehrer ist auch der Traum beheimatet, insgeheimes Vorbild der Zöglinge und Schüler zu sein. Ja mehr noch: Wegweiser auf der Reise durchs Leben, Orientierung gebender Leuchtturm in Gewissensstürmen, erstrebenswertes Endziel der Persönlichkeitsbildung, vollendeten Menschentums.

Und dann eines Tages, per Umfrageergebnis, die niederknüppelnde Nachricht: Nichts, rein gar nichts bedeutet der Lehrer den Zöglingen und Schülern. Weder Vorbild noch Wegweiser, geschweige Leuchtturm. Das ist ein Ding. Das ist Undankbarkeit im Exzeß.

Haben denn ganze Schülerjahrgänge vergessen, wie ihre Lehrer sich abmühten, abrackerten? Tag und Nacht hockten sie über dem Schrifttum fortschrittlicher Ideen, studierten, begründeten die Notwendigkeit jeglichen Fortschritts, bahnten, in endlosen Seminaren, dem Fortschrittsdenken eine Gasse. Um den augenscheinlichen Beweis eines von oktroyierten Zwängen befreiten Menschentums zu liefern, ließen sie sich Haupthaare und Bärte wachsen, entsagten der Krawatte und des Kragens.

Sie lösten Verklemmungen vielfältiger Art. Öffneten ihren Schülern die Augen für die Brutstätte allen Übels: die Familie. Hatten sie etwa nicht eindringlich genug dargelegt, was Eltern in Wirklichkeit sind? Ungeheuer! Harpien! Nur darauf bedacht, ihre eigenen Erzeugnisse seelisch zu verkrüppeln, sie in die Knechtschaft bürgerlich orientierter Gemeinschaft zu führen!

Und nun das! „Mutter und Vater sind unsere Vorbilder – nicht die Lehrer“, lautet das Umfrageergebnis. Zum Heulen ist das. Jahrzehntelange Arbeit umsonst. Die Saat verweigerte den Auftrieb! Und das lag, der Teufel soll ihn holen – am Mutterboden.

Zum 80. Geburtstag des Schriftstellers und Nobelpreisträger Elias Canetti

Ehrfurcht vor der Erinnerung

In einer kleinen Wohnung in der Wiener Hagenbergstraße mit Blick auf die Irrenanstalt Steinhof saß 1930 ein Fünfundzwanzigjähriger und schrieb an einem Roman, einem von insgesamt acht, die er geplant hatte, einer „Comédie Humaine an Irren“. Er schrieb ihn auf deutsch, obwohl er als Kind in Rustschuk am Unterlauf der Donau, wo er geboren wurde, Bulgarisch gesprochen hatte und Spaniolisch, die Sprache der von der iberischen Halbinsel nach Südosteuropa gewanderten Sephardim. Ehe er die deutsche Sprache erlernte, die eine besondere Faszination auf ihn ausübte, weil sich seine Eltern in ihr unterhielten, wenn sie von ihren drei Buben nicht verstanden werden wollten, erwarb er für die Schule in Manchester, wohin die Familie umzog, als er das sechste Jahr erreichte, noch das Englische und das Französische.

So schrieb der später berühmt gewordene Schriftsteller Elias Canetti sein Lebenswerk in einer Sprache, die er im Kindesalter erst an fünfter Stelle in Gebrauch genommen hat.

Jener Roman mit dem Titel „Die Blendung“ – anfangs hieß er „Kant fängt Feuer“ – wurde in einem Jahr niedergeschrieben. Beabsichtigt war eine ganze Serie von Romanen, von denen jeder einzelne um eine bestimmte Figur kreisen sollte: neben dem Büchernarren der religiöse Fanatiker, der Verschwender und immer so fort. Zu Anfang schwirrten die Gestalten noch alle durcheinander, dann konzentrierte sich alles auf den Büchermenschen, und allein die Geschichte des unglaublich belesenen Sinologen wurde ausgeführt, der im ersten Entwurf Kant, dann Brandt und schließlich Kien heißen sollte und der von seiner Haushälterin um seine Seelenruhe und um seine Bibliothek von 25 000 Bänden gebracht wird, bis er alles in Flammen aufgehen läßt. Die anderen sieben Romane blieben ungeschrieben. Auch der erste blieb zunächst ungedruckt liegen, doch sein Autor, der nach der Schulzeit das Studium der Chemie ergriffen und mit dem Grad des Dr. phil. beendet hatte, fühlte sich durch das Urteil seiner Wiener Freunde zu einer schriftstellerischen Laufbahn ermutigt.

Auf das Betreiben eines Straßburger Mäzens druckte ein junger Verleger 1935 „Die Blendung“, und es meldeten sich einige Kenner mit Lobpreisungen zu Wort, darunter Robert Musil und Thomas Mann. Aber die Ereignisse der Weltgeschichte standen damals der Entdeckung eines Meisterwerks im Wege. Auch als Willi Weissmann in München, von Rudolf Hartung beraten, das Buch gleich nach dem Krieg neu verlegte, auf schlechtem Papier und schlecht gebunden, blieb es noch ziemlich unbemerkt; erst die dritte Ausgabe bei Carl Hanser, der seither das Werk Canettis bis auf eine große Ausnahme betreut, hat dem deutschen Original, als schon eine tschechische, französische und englische Übersetzung erschienen waren, einen richtigen Erfolg gebracht.

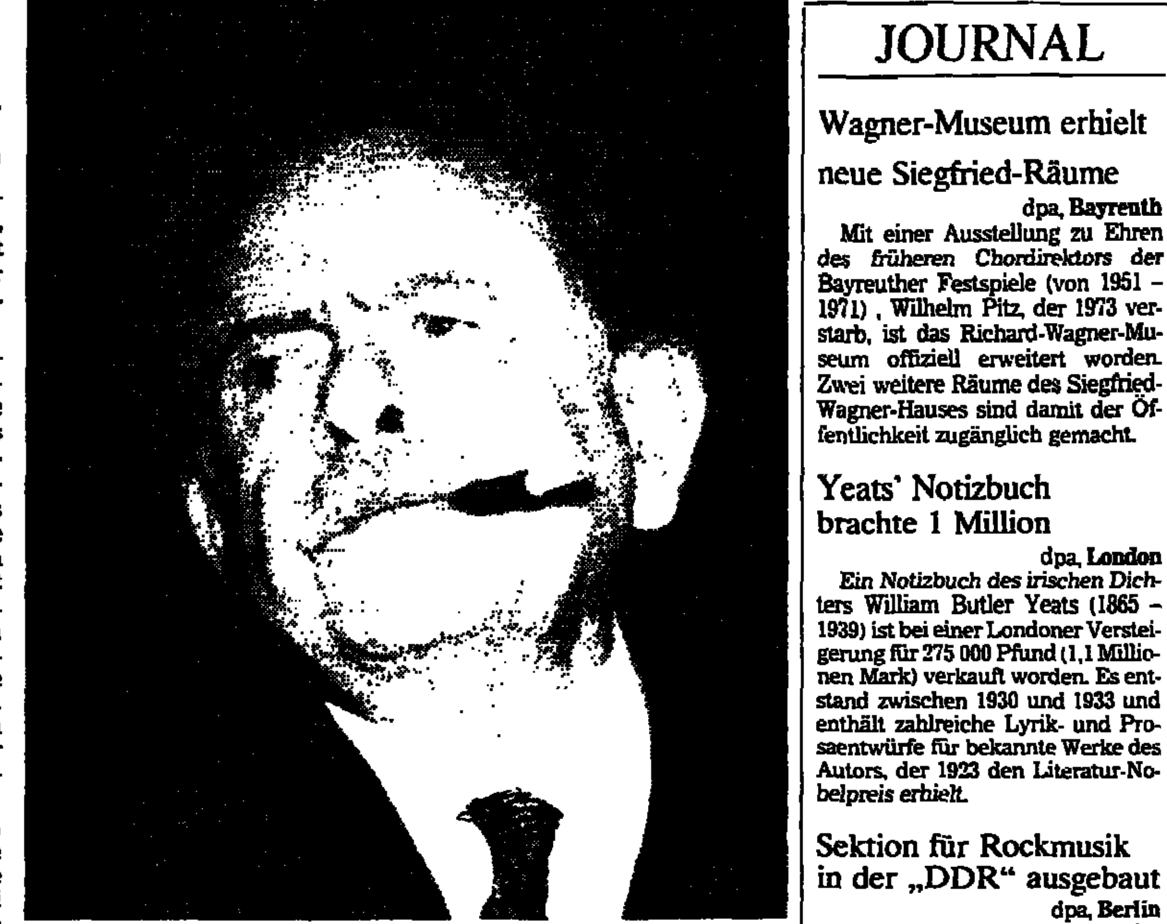
Aber auch dann flammte der Ruhm des emigrierten österreichischen Schriftstellers mit dem italienisch klingenden Namen, der sicher auf die Verballhornung einer spanischen Ortsbezeichnung zurückgeht, keineswegs jäh auf. Zwei oder drei Theaterstücke, noch in Wien geschrieben und viele Jahre später in Braunschweig und anderswo aufgeführt, sorgten für so etwas wie Skandale; drei Bände von „Aufzeichnungen“ hielten die über drei Jahrzehnte verstreuten Einzelbeiträge aller Art zusammen, Kafkas Briefe an Felice interpretierte ein großer Essay aus dem Jahre 1968, und den Bericht von einer Reise nach Tunesien enthielten „Die Stimmen von Marrakesch“, die Frucht der Teilnahme an einer Filmexpedition. Ein kleines, aber amüsantes Werk war „Der Ohrenzeuge“, die Aneinanderreihung von 50 Charakteren nach dem Muster des Theophrast bzw. des Herrn von Larochefoucauld.

Das „magnum opus“ aber, seit Canetti den Staub Wiens von den Schuhen geschüttelt und England zu seiner neuen Wahlheimat erkoren hatte, war ein kulturhistorisches Werk mit dem Titel „Masse und Macht“, der breit angelegte Versuch zu einer Massenpsychologie.

Canetti geht darin von psychologischen Erkenntnissen wie der Berührungsangst des Menschen und ihre Überwindung im Kollektiverlebnis eines großen Schocks aus. Im Überlebenswillen erkennt er das Grundmotiv unseres Handelns und verfolgt es durch alle primitiven Mythen und die Überlieferungen der afrikanischen Stammesgeschichte. Er untersucht auch den Zusammenhang von Machttrieb und Nahrungsaufnahme, vom Ergreifen der Beute zu ihrer Einverleibung, die ganze blutige Szenerie des Fressens und Gefressenwerdens. Aber auch dieses über 500 Seiten starke Werk verhalf ihm noch immer nicht zu einem seiner Bedeutung entsprechenden Echo.

Mit dem Ende der sechziger und dem Beginn der siebziger Jahre sollte sich jedoch die Szene ändern. Preise und Ehrungen begannen auf Canetti niederzuregnen: der Österreichische Staatspreis, der Georg Büchner Preis, die Aufnahme in die Friedensklasse des Ordens Pour le Mérite und zum Schluß der Nobelpreis für Literatur.

Das Besondere an dieser Entwicklung aber war, daß sie sich annähernd synchron mit dem Erscheinen der mehrbändigen Autobiographie Canettis vollzog, deren erster Band, „Die gerettete Zunge“ 1977 herauskam, der folgende, „Die Fackel im Ohr“, dann 1980 und der vorläufig letzte, „Das Augenspiel“, der aber erst bis zu seinem zweiunddreißigsten Lebensjahr reicht, in diesem Jahr. Zwischen diesen Bänden und dem Segen der Preise besteht eine Wechselwirkung. Wenn Canetti die Zeit und die Kraft gefunden hätte, alle acht Teile seiner geplanten „Menschlichen Komödie“ auszuführen, hätte er kaum etwas noch Schöneres schreiben können als die bisher erschienenen Lebenserinnerungen,



Deutsch ist seine fünfte Sprache: Vor 80 Jahren wurde Elias Canetti in Rustschuk am Unterlauf der Donau geboren FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

die er hoffentlich noch fortsetzen wird. Sie reichen von der balkanischen Kindheit, dem Manufakturladen des Großvaters in dem Donaustädtchen und dem mitteleuropäisch orientierten Hausstand des Elternpaares, das im fernsten Winkel Bulgariens die „Neue Freie Presse“ abonnierte und Blütenträume von einer Bühnenlaufbahn hegte, bis zu dem traurigen Intermezzo der Umsiedlung nach Manchester, wo der Vater mit dreißig Jahren einem Schlaganfall erliegt, möglicherweise ein Opfer der Eifersucht. Die Mutter bleibt keineswegs mittellos, aber in grenzenloser Vereinsamung zurück. Ihre Symbiose *mit dem älteren Sohn, auf der Wanderschaft* über Lausanne, Frankfurt und Zürich zwischen leidenschaftlicher Klassikerlektüre und dem grausamsten Spott über seine Unzulänglichkeit ist eine der bemerkenswertesten Mutter-Sohn-Beziehungen, die je geschildert worden sind.

In der wohlgelungenen Festschrift „Hüter der Verwandlung“, mit der der Hanser Verlag den Anlaß des achtzigsten Geburtstags gefeiert hat *(304 S., 54 Mark), beschäftigt sich der* Beitrag des Tübinger Germanisten Martin Bollacher besonders ausführlich mit den drei autobiographischen Bänden. Der Verfasser scheut sich nicht, sie neben Goethes „Dichtung und Wahrheit“ zu stellen, u. a. weil Canetti die gleiche Ehrfurcht vor dem Wert der intakt belassenen, individuellen *Erinnerung habe und sie* hartnäckig gegen alle zergliedernde und erklärende Psychologie verteidige.

HELLMUT JAESRICH

JOURNAL

Wagner-Museum erhielt neue Siegfried-Räume

dpa, **Bayreuth**

Mit einer Ausstellung zu Ehren des *früheren Chordirektors* der Bayreuther Festspiele (von 1951 – 1971) , Wilhelm Pitz, der 1973 verstarb, ist das Richard-Wagner-Museum offiziell erweitert worden. Zwei weitere Räume des Siegfried-Wagner-Hauses sind damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Yeats' Notizbuch brachte 1 Million

dpa, **London**

Ein Notizbuch des irischen Dichters William Butler Yeats (1865 – 1939) ist bei einer Londoner Versteigerung für 275 000 Pfund (1,1 Millionen Mark) verkauft worden. Es entstand zwischen 1930 und 1933 und enthält zahlreiche Lyrik- und Prosaentwürfe für bekannte Werke des Autors, der 1923 den Literatur-Nobelpreis *erhielt.*

Sektion für Rockmusik in der „DDR“ ausgebaut

dpa, **Berlin**

Alle Berufsrockmusiker der „DDR“ sollen künftig in der Sektion Rockmusik des „DDR“-Komitees *für Unterhaltungskunst* zusammengeschlossen werden. Die im September 1984 gegründete Sektion soll sich mit Fragen der Nachwuchsförderung beschäftigen, bei der Fördervertragsvergabevergabe mitwirken und Konzerte vorbereiten. Leiter der Sektion ist Peter Meyer von der Rockgruppe „Puhdys“.

Erwin Quedenfeldts Erwinographien

DW. Essen

An den Photographen und Naturwissenschaftler E. Quedenfeldt erinnert die Fotografische Sammlug *des Folkwangmuseums Essen* mit einer Ausstellung. Quedenfeldt (1869-1948) dokumentierte einerseits Landschaften, andererseits experimentierte er mit Druckverfahren, die den Photographien den Ausdruck von Druckgraphiken geben sollten. So werden auch seine „Erwinographien“ gezeigt, denen die Herkunft vom photographischen Negativ nicht mehr anzusehen ist. Die Ausstellung ist bis zum 4. August geöffnet, der Katalog kostet 19 Mark.

Zur Entwicklung von „E-“ und „U-Musik“

DW. Kiel

Eine Bestandsaufnahme der musikalischen Entwicklung in der „ernsten“ ebenso wie in der „Unterhaltungs-Musik“ will das vom 13. bis zum 15. September in Kiel stattfindende vierte Europäische Komponisten-Symposium vornehmen, das vom Interessenverband Deutscher Komponisten veranstaltet wird.

Herrenhausen-Museum wiedereröffnet

dl. **Hannover**

Nach über zweijähriger Bauzeit ist jetzt das Herrenhausen-Museum in Hannover wiedereröffnet worden. Die Schließung war 1983 notwendig geworden, weil man schwere Schäden an der Bausubstanz des zwischen 1717-1721 errichteten späteren Sommersitzes der Welfen festgestellt hatte. Kostbare Exponate, die auf die Marienburg bei Hildesheim ausgelagert wurden, können nun wieder besichtigt werden.

Pause für Stammgäste: Gidon Kremers 5. Kammermusikfest in Lockenhaus

Die Forellen schwimmen im Trüben

Lockenhaus, burgenländische Idylle unweit der ungarischen Grenze und nachweislich nicht in den Strudel des Weinskandals gezogen, benimmt sich jeweils in den ersten Juliwochen wie Klein-Salzburg. Starallüren und Schickeriagehabe à la Salzburg allerdings sind hier zum Glück noch immer nicht eingezogen, auch wenn Lockenhaus zum Mammutstall für Kammermusik gewachsen und längst zu einer Institution geworden ist.

Mit gutem Gewissen darf man davon ausgehen, daß hier durch und mit *Gidon Kremer musikalische* Energien freigesetzt werden wie kaum anderswo. Die Spielwut der Künstler scheint grenzenlos, die Aufnahmebereitschaft stets dankbarer Zuhörer ebenfalls. Die Gefahr, daß die Quantität irgendwann einmal das Sagen übernimmt, möchten die Programmköche noch nicht sehen. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß sich bei aller Expansion das Lockenhauser Kammermusikfest im fünften Bestandsjahr auch verändert hat.

Eine natürliche Blutauffrischung verordnete daher Festspielleiter Kremer persönlich: Die treuesten Stützen und Säulen der vergangenen Jahre sollten diesmal mit Absicht pausieren, um mal eine andere Generation ranzulassen. Diese Idee ist nur zum Teil aufgegangen – als man im täglichen Betrieb erfahren mußte, was es zum Beispiel bedeutet, auf eine Persönlichkeit vom Rang eines Heinz Holliger verzichten zu müssen. Auf jenen Holliger, der nicht bloß Oboe blies, sondern der auch dirigierte, animierte und rund um die Uhr der alten wie der neuen Musik den Puls fühlte. Oder unvergeßlich ist auch, wie 1981 für Pianisten wie Aloys Kontarsky, Oleg Maisenberg, Andras Schiff und Krystian Zimerman genügend Platz vorhanden war. So etwas fehlte heuer.

Der berühmte Lockenhauser Integrationsprozeß, wo die Großen die Jungen einfach mit in die Höhe ziehen, setzte deshalb nicht wie gewohnt ein. In den 29 Konzerten binnen 16 Tagen (kurzfristig wurde noch ein eigener Zyklus für Jungpianisten installiert) war natürlich eine weitgestreute Prominenz etappenweise am Werk. Aber es spielten auch viele neben- und hintereinander – auf unterschiedlichem Niveau.

Nach Art des Hauses sind die Programmrahmen im voraus festgelegt. Sie können heißen „Haydn und Zeitgenössisches“, „Italian connection“ oder „Spanish connection“, und am Schlußtag machen drei „Super Non-Stop-Marathons“ von 11 bis 23 Uhr alles möglich. Die Detailprogrammierung, die Außergewöhnliches oder die Würze ausmachen kann, hängt jedoch von der Belastbarkeit gerade anwesender Instrumentalisten ab.

Das führt zu einer gewissen Improvisation, zu einer thematischen Aufweichung oder Austauschbarkeit und zu einem Miteinander-Müssen von Profis und solchen Partnern, die dieses oder jenes Stück quasi aus dem Stand zu spielen haben. Eintrübungen dieser Art können eine ad hoc formierte Gruppe dann sogar bei einem „Klassiker“ wie dem „Forellen-Quintett“ befallen. Auch das ist eine Seite der Lockenhauser Vielfalt.

Aber da kam auch ganz überraschend der witzigste aller Jazzgeiger, Stephane Grappelli, für eine Nachtsitzung vorbei. Oder da war etwa die Cellistenriege mit Mischa Maisky, Antonio Meneses, Boris Pergamenschikow und Heinrich Schiff so schlagkräftig und fulminant besetzt wie die Horngruppe mit Hermann Baumann und Radovan Vlatkovic. Das diesjährige „Hauspersonal“, das Auryn-Quartett und die Deutsche Kammerakademie Neuss, schlug sich dagegen nur nach Kräften. Und nicht einmal Sabine Meyer machte Schlagzeilen – sie sagte 24 Stunden vor der *Eröffnung* ab.

WALTER GÜRTELSCHMIED

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Freibeuter 24“ aus dem Wagenbach-Verlag

Der Prachtkerl wird entzaubert

Die französische Krankheit geht um. Sie hat die meisten linken Kulturzeitschriften befallen, ganz gleich, ob diese sich in der Buchhandlung neben der Kasse stapeln oder erst mühsam über ein Postfach aufgespürt werden müssen. Die französische Krankheit wurde u. a. von Jean Baudrillat und Michel Serres, von Michel Foucault und Georges Bataille eingeschleppt und zehrt am Mark der Vernunftgläubigkeit. Man nennt die an ihr Erkrankten „Postlinke“, da es sich um den linken Flügel der vielbesprochenen Postmoderne handelt. *Ekstase, Ironie, Mythos und Paradoxie* als neuer linker Trend versetzen die Vertreter einer „unnachgiebigen Aufklärung“ (Habermas) in nicht geringe Bestürzung. Sie reden vom „rasenden Gefasel der Gegenaufklärung“ („Merkur“ vom März). Doch kriegen sie zu hören, „daß die Aufklärung nicht die Emanzipation von der *Macht* bedeutet, sondern an die Stelle der Machtausübung durch brutale Gewalt die Macht der Norm setzt“ (Ulrich Hausmann im „Freibeuter“ 24). Schon das System Linnés habe nach Foucault die Klassifikation der Arten aus der Inquisition genommen, die politisch griffige Typologien der Häretiker benötigte.

Der „Freibeuter. Vierteljahresschrift für Kultur und Politik“ erscheint seit 1979 in dem der Studentenrevolte eng verbundenen Berliner Verlag Klaus Wagenbach (Ahornstr. 4, 1 Berlin 30). Mit der auch im publizistischen Bereich nicht seltenen Freibeuterei hat er nichts zu tun. Die 160 Seiten starken Bände sind makellos gedruckt, mit 9 DM (7,50 DM im Abonnement) durchaus preiswert, Abdruckrechte sind eingeholt und artig bedankt, die Illustration ist geschmackvoll, die Autoren sind nicht vermummt. Das Spezifikum der Zeitschrift, „die Präsentation neuer politischer Ideen und Kunst aus dem *Ausland“, hebt das Niveau.*

Das Thema der „Freibeuter“-Nummer 24 lautet „Vom Kleinschreiben der Geschichte“. Die Geschichte werde bis zur Unkenntlichkeit kleingeschrieben. „Das ist heute große Mode derer, die einmal ausgezogen waren, Geschichte ‚von unten' zu schreiben und nun selbst noch dem spitzenbehangenen proletarischen Sofa antifaschistisches Flair abgewinnen können.“ Das wird an einem Kernbeitrag der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Sammlung „Bayern in der NS-Zeit“ exemplifiziert, in dem über die „proletarische Provinz“ und den „Widerstand“ gehandelt wird: „Man reibt sich die Augen: den kennen wir doch irgendwoher, dieser Prachtkerl aus der Hefe des Volkes, dieser unbeirrbare, im Innersten unzerstörbare Arbeiter aus Penzberg stammt gar nicht aus Penzberg, er stammt aus der Literatur über ‚plebejische Kultur' und ‚moral economy'. Im Ernst, ich fürchte, der Mann kommt aus England.“ (Ernst Köhler)

Als Gegengift zur kleingeschriebenen Geschichte aus der proletarischen Provinz findet der „Freibeuter“ *am Collège de France „die wirklich* subversive Tradition neuerer Geschichtsschreibung“. Von Fernand Braudel ist ein autobiographischer Text abgedruckt, in dem er beschreibt, wie er in einem deutschen Kriegsgefangenenlager sein Werk über das Mittelmeer zur Zeit von Philipp II. aus dem Gedächtnis in Schulheften niederschrieb. Von Emmanuel Le Roy Ladurie findet sich ein Beitrag, wie Krieg, Pest, Epidemien und Hungersnöte über vier Jahrhunderte für ein ökologisches und bevölkerungsmäßiges Gleichgewicht in Frankreich sorgten. In einem Interview wirft eine amerikanische Historikerin Le Roy Ladurie unangemessene Verwendung von Stilmitteln der Gegenwart vor. Doch wie könnte er uns ohne sie die Geschichte des Alltags sowie Typhusläuse und Pestflöhe *so schmackhaft machen?*

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Verdis „Falstaff“ am Nationaltheater Mannheim

Ein Sänger namens Muff

Den Coup bei der sommerlichen Mannheimer Premiere von Verdis „Falstaff“ landete Alfred Muff in der *Titelpartie. Längst* ist der Sänger mit dem unattraktiven Namen, den jahrelang kein Intendant verpflichten mochte, als Barak oder als Gurnemanz ein Geheimtip. Und sein Falstaff dürfte schon heute nördlich der Alpen kaum seinesgleichen haben. Anfangs schien es noch, als sei die Partie für sein gewaltiges, in der Mittellage weit ausholendes Organ doch ein wenig zu tief notiert. Aber bald versetzte die bühnenfüllende Präsenz des Sängers, seine problemlosen Registerwechsel und die mächtig *ausladende* Höhe das Publikum in Staunen. Wenn Alfred Muff sich noch weiter auf dem Wagner-Terrain vorwagt, kann er wohl bald gegen die *schärfste* heldenbaritonale Konkurrenz bestehen.

Auch Monika Pick-Hieronimi als Alice, Georg Völker in der etwas *zu* charmant, sprich ironisch, aufgefaßten Partie des Ford, die hell und leicht singende Valerie Girard (Nanetta) oder John Dickie als *Fenton* bestätigten den soliden Rang des derzeitigen Mannheimer Ensembles, auch wenn in den ganz hohen Lagen nicht immer sicher und strahlend intoniert wurde.

Recht zwiespältig geriet die Inszenierung. Hätten Otto Nicolais „Lustige Weiber von Windsor“ auf dem Plan gestanden, die turbulente und einfallsreiche Oberflächenarbeit von Roland Velte, wäre ohne Einschränkung zu loben. Doch an Verdis hintergründiger Commedia lirica, ihrem illusionslosen Zynismus und Pessimismus, an der vieldeutigen Widersprüchlichkeit von Verdis „Falstaff“ wird meist vorbeiparodiert.

Über weite Strecken schien es zudem, als hätten Roland Velte und sein Ausstatter Michael Scott das Stück von verschiedenen Positionen aus anvisiert. Die farbig-deliziösen Kostüme grüßen *zurück in die Zeit Shakespeares,* und die experimentelle Verlegenheitsbühne, auf der windschiefe Häuserattrappen und knallrotes Fundusmobiliar *herumstehen, suggerieren* zeitloses Komödienspiel. Aber gerade das findet nicht statt. Die zweifelhafte Modernität im Schlußtableau *war nicht frei von penetrantem* Operettenruch und obendrein noch durch schwerwiegenden Stimmungsverlust erkauft.

Der scheidende Wolfgang Rennert am Pult des nicht immer konzentriert musizierenden Nationaltheater-Orchesters erweist sich dagegen als me-tierfester Verdi-Dirigent, der die Parodie auf der Szene nicht mitspielt und alle grellen Effekte dämpft. Rennert setzt auf die Ambivalenz der Partitur, beweist Sinn für den hinreißenden Witz und die tiefe Melancholie, ohne die Härten und Kanten einzuebnen und gibt so wenigstens musikalisch diesem „Falstaff“ einiges an tiefen Dimensionen zurück.

HEINZ LUDWIG

Neue neolithische Funde im Nachal-Chemar-Tal

Zeitgenossen Jerichos

Eine Höhle in der judäischen Wüste gab jetzt ihre Schätze preis: Aus Flachs gewebte Gewänder, Masken, Holzperlen und -miniaturen – 8000 oder 9000 Jahre alt – zeugen davon, daß der neolithische Mensch keinesfalls primitiv, sondern sein Lebenstil weit fortgeschritten war. Is*raelische Archäologen hatten 1983 die* winzige Höhle in dem Wüstental Nachal Chemar, Fluß des Asphalts, westlich des Toten Meeres entdeckt. Mehr als zwei Wochen dauerte die Bergung des atemberaubenden Fundes, der teilweise bis Ende August im Israel Museum in Jerusalem zu bewundern ist.

Kenner sind sicher, daß die etwa 500 Gegenstände einen Einblick ermöglichen in den religiösen Kult des Volkes, das zur Zeit der Errichtung der Mauern von Jericho lebte, daß sie eine Botschaft übermitteln von den ästhetischen und magischen Werten einer Periode, über die Archäologen und Anthropologen noch wenig wissen.

Bislang ist nicht klar, ob die Höhle nur Lagerplatz war, oder ob hier tatsächlich religiöse Zeremonien abgehalten wurden. Ihre Öffnung ist nur etwa so groß, wie die Statur eines Mannes, ansonsten ist sie völlig vom Licht abgeschirmt, was sicher die überraschend vollkommene Erhaltung der Schätze im Innern erklärt. „Bei unserer Arbeit trugen wir Staubmasken und benutzten nur gedämpftes Licht, weil wir fürchteten, daß starke Helligkeit den Gegenständen schaden könne,“ erklärt eine an den Ausgrabungen beteiligte Assistentin.

Sie meinte die farbigen Holzperlen, eindrucksvoll in ihrer Größe und Schönheit, sowie die in Bein geschnitzten, menschliche Häupter darstellende Miniaturen, die man für Götzen hält – bis heute der einzige Fund dieser Art. Daneben erhält der seltene Schatz unzählige Geräte, Kunstgegenstände, Schmuckstücke und Textilien. Wissenschaftliche Analysen in Laboratorien in Israel und Südafrika sowie im Britischen Museum in London ergaben, daß die hölzernen Objekte, Beinfiguren und Textilien etwa 9000 Jahre alt sind.

Aus gleicher Periode stammt wohl auch der entdeckte menschliche Schädel, der mit Asphalt dekoriert ist. Eine steinerne Zeremonien-Maske, mit blassen braunen, roten und grünen Strichen verziert, ist das zweite Exemplar aus dieser frühen Zeit, das in der Region entdeckt wurde, allerdings das erste bemalte. Ungewöhnlich sind die vielen gewebten Textilien und das kunstvolle Flechtwerk. „Zweifellos kannten die Menschen, die hier lebten, die Pflanzenwelt sehr genau und haben es verstanden, sie für ihre Zwecke nutzbar zu machen.“ Tamar Noy, im Israel Museum für die prähistorischen Sammlungen verantwortlich, weist auf die gewebten *Textilien hin,* die den ersten konkreten Beweis liefern,



9000 Jahre alte, mit farbigen Strichen verzierte Maske aus Stein
FOTO: YAACOV HARLAP

das die Menschen vor 9000 Jahren bereits Flachs anbauten, um ihn zu Kleidungsstücken zu verarbeiten.

Die Wüste von Judäa hat seit den vierziger Jahren, als die Rollen des *Toten Meeres entdeckt wurden,* immer wieder als reichhaltige Quelle für die Erforschung alter Kulturen gedient. Einige Jahre später fand man die *„Höhle der Briefe“*, dann die „Schatzhöhle“ mit mehr als 400 kupfernen Objekten, die in Körbe, Matten und Häute gepackt waren. Und nun, nach der Entdeckung durch David Alon und Id Ed-Turi von der Abteilung für Antiquitäten und dem archäologischen Vermessungsdienst, *hat Nachal Chemar weitere Reichtümer* freigegeben.

LILLI EYLON

Von und mit B. Reynolds: „Sie nannten ihn Stick“

Klamotte mit Klamotten

Das ist eine Geschichte, wie sie im Gangsterleben offenbar alltäglich vorkommt: Da töten skrupellose Mafiosi dem tapferen Helden seinen Bruder, Knastkollegen, Vater oder Freund und/oder betrügen ihn um sein wohlverdientes Geld, und da wird er sehr zornig und macht sich auf, *um Rache zu nehmen. Ein* gefährlicher Feldzug beginnt, der Held, rauhschalig, aber nicht ohne sympathische Charakterzüge, steht mehr oder weniger allein, die Mafia ist groß und reich, besteht aus Oberboß und Unterboß, Mordburschen und Schlägern. Der Held aber fürcht' sich nicht und kämpft seinen Krieg gegen die Übermacht mit List und Unerschrokkenheit, Revolvern, Maschinenpistolen, Würgegriffen, Boxhieben etc. Es gibt zahllose Filme, in denen man das miterleben kann, gute, schlechte und mittlere. „Sie nannten ihn Stick“ zählt zu den mittleren.

Daß sie ihn Stick nannten, ist weiter *nicht* erstaunlich, er *heißt* halt Stickley, und es spielt auch keine Rolle. Genausogut könnte das bayerische „Was-bin-ich“-Fernseh-Quiz „Sie nannten ihn Lembke“ heißen.

Nach sieben Zuchthausjahren wegen Raubüberfalls wieder im Freien, gerät Stick in bedrohliche Schwierigkeiten mit zwei Gangsterhäuptlingen und ihren Männern, muß seinen gemeuchelten Freund an ihnen rächen, seine Tochter Katie aus ihren *Fängen schießen, kostbare Automobile* steuern, einen Killer im Herrenpissoir abladen, sich fürchterlich prügeln, die halben Everglades in Florida anzünden, bis er schließlich siegt und den letzten, bösesten der Bösen dem FBI übergeben kann.

Burt Reynolds führte Regie, und so ergibt es sich ganz zwanglos, daß man den Hauptdarsteller Reynolds ohne *Unterlaß, mit Hut und ohne Hut,* mit und ohne Brille, mit großem und kleinem Bart, in Jeans, im Dinnerjacket, halbnackt und in kleidsamer Chauffeursuniform von seinen schönsten Seiten sieht.

Ein verträumter Puertoricaner, ein strohdummer, verrückter Multimillionär, ein mordgieriger Albino mit rosaweißlichen Haftschalen, ein schwabbeliger Dicker, ein mit Skorpionen, Rauschgift und schwarzer Magie operierender Chefgangster und zahlreiche Leibwächter und Killer sind das ganz malerische Zubehör, langwierige, dümmlich „tiefes“ Geschwätz mit der Freundin und fade Kumpelhumor-Dialoge, etwa darüber, wie viele Arschlöcher es auf der Welt wohl gibt, Stürze vom Hochhausbalkon und die üblichen Aktionsverlängerungen durch völlig überflüssige Vorsprachen in den Mafiahauptquartieren, durch fahrlässiges Nurhalbtotschlagen der ausgesandten Killer und durch deren grundlos zögerlichen Umgang mit der Schußwaffe bringen den Film und Gott sei Dank auch Stick über *die anderthalb Kinostunden.*

LUDWIG MERKLE

Mit dem Brett über den Atlantik

SIEGFRIED HELM, London

Bis 1969 glaubte niemand, daß ein Mensch den Atlantik im Ruderboot bezwingen könnte. Der Schotte Tom McClean schaffte es. Jetzt bescherten die Franzosen Frédéric Beauchène und Thierry Caroni (30) der superlativ-hungrigen Welt als neue Bestleistung die erste Atlantik-Überquerung mit dem Surfbrett. „Bei Windstärke sieben wären wir beinahe abgesoffen", berichtete gestern in Falmouth (Cornwall) Beauchène, der sich als Windsurfer mit der ersten Kanalüberquerung und der ersten Umrundung von Kap Horn bereits einen Namen gemacht hatte.

38 Tage benötigten die beiden für die Zickzack-Reise von New York bis Cornwall ohne Begleitboot und Funkgerät. Sie schafften es mit einer Spezialkonstruktion aus Glasfaser von 6,60 m Länge und 1,95 m Breite und zwei Masten. In einer winzigen Kajüte mit einer Koje konnten sie schichtweise schlafen.

Beauchène über das *Marathon*: „Wir hatten ein paar haarige Augenblicke." Am haarigsten war ein Kentern in dem Augenblick, als Thierry gerade schlief. Der Profi-Segler aus La Rochelle berichtete: „Plötzlich wachte ich im eiskalten Wasser auf. Wir brauchten zwei Stunden, bis wir das Brett wieder aufgerichtet hatten." Es gelang ihnen schließlich mit Hilfe eines zweiten Segels.

Kein Superlativ ohne Sponsor. Diesmal war es der Uhrenhersteller Timex. Die Surfer sollten die Belastbarkeit einer seiner Uhren testen, die am Bug befestigt war. Bei der Ankunft soll die Uhr, so eine Firmensprecherin, noch immer genau nach New Yorker Zeit gegangen sein.

Eindrucksvoll war die Probe menschlicher Belastbarkeit. „Wir kenterten nur zweimal", berichtete Beauchène. Die Ausrüstung der Windsurfer: Kekse, Vitaminpräparate und 200 Liter Wasser, von denen am Ende noch 60 Liter übrig waren.

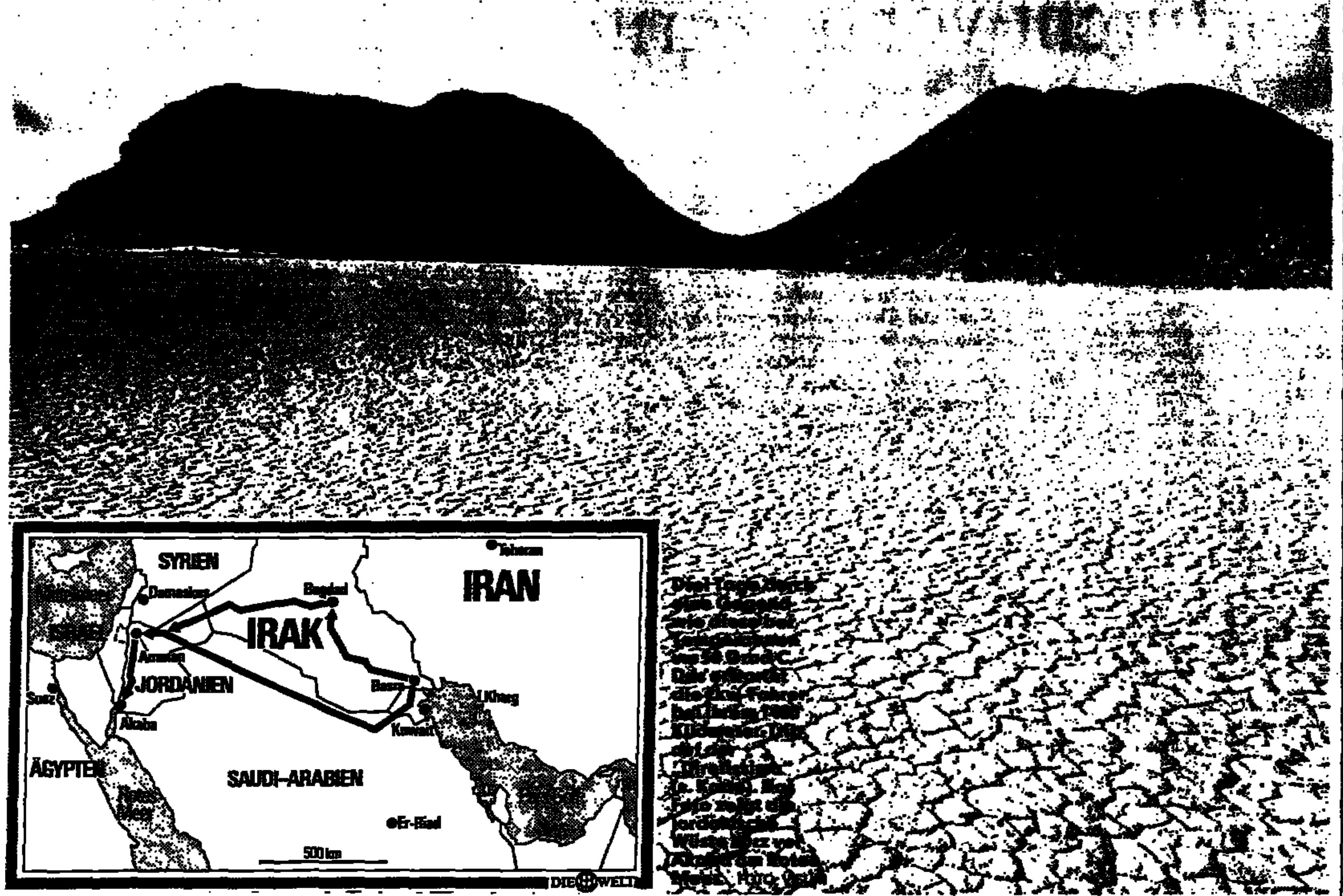
Für die Reise über den großen Teich hatten sie 30 Tage veranschlagt. Glücklicherweise kamen sie in eine Flaute. Sie konnten von Glück reden, daß es nur einmal bis zu Windstärke sieben auffrischte. Am Montag hatten sie beim Kentern einen Teil ihres Proviants und ihrer Ausrüstung verloren. Das mit zwei Masten ausgerüstete Surfbrett konnte höhere Geschwindigkeiten als normale Windsurfer erreichen. *Am Kap Lizard Point endete* in der Nacht zum Mittwoch eine rund 3000 Seemeilen lange Reise mit einem Brett, menschlicher Muskelkraft – und Wind.

Tag und nacht rollt der größte Öltreck der Weltgeschichte durch Saudi-Arabien / 2,5 Millionen Tonnen Rohöl für Brasilien

Stichwort: Schenker & Co

DW. Bonn

Ob Tobago, Honduras oder Qatar – Schenker ist schon da. Die Frankfurter Schenker & Co. GmbH, deutscher Marktführer im Speditionsgeschäft, unterhält mehr als 400 „Betriebsstellen" – Luftfrachtstützpunkte, Air Terminals, Seehafenbüros – in 107 Ländern der Erde, erzielt mehr als drei Viertel ihrer Umsätze im Auslandsverkehr. Die Auslandsorientierung hat Tradition: Gottfried Schenker, der das Unternehmen 1872 gegründet hatte, eröffnete bereits 1874 seine erste Auslandsfiliale in Budapest. Heute arbeiten 5400 der 11 000 Konzernmitarbeiter im Ausland. Daß Schenker eine hundertprozentige Bundesbahntochter ist, die auf der Liste der Teilprivatisierungsprojekte der Bundesregierung steht, tut der unternehmerischen Kreativität des Managements keinen Abbruch. Mit eigenen Produkten, wie einem speziellen Messe-Service, Kunsttransporten, Haus-zu-Haus-Luftfracht oder der Eisenbahnfähre „Railship" für beladene Züge, wurde immer wieder Innovationskraft bewiesen. So gelang es 1984, im relativ schwierigen Transportmarkt den weltweiten Umsatz um 15 Prozent auf 6,8 (5,9) Milliarden Mark zu erhöhen. Auch für 1985 stehen die Signale auf Wachstum: ein computergestütztes *Logistik-System* soll als Dienstleistung angeboten werden.



„Jallah" – „Vorwärts", heißt es auf der heißesten Route der Welt

PETER M. RANKE, Akaba

„Alles eine Frage der Organisation", sagt der jordanische Hafenkapitän von Akaba, Mardi Qatamin. Er hat in dem stets überfüllten Hafen seit Jahren alle Hände voll zu tun, seit im Golfkrieg der Nachschub für Irak über Akaba läuft. Aber die ganz große Bewährungsprobe kommt erst jetzt, da täglich einhundert Lastzüge jeweils 32 Tonnen Rohöl aus den westirakischen Feldern bei Basra herankarren, das von Akaba nach Brasilien weiter verschifft werden soll.

Für die deutsche Firma Schenker & Co. GmbH, die das Geschäft managt, ist das 240-Millionen-Mark-Geschäft der größte Einzelauftrag in seiner 113jährigen Geschichte. 540 Sattelschlepper mußten eigens für diesen Riesenauftrag angeschafft werden. Einige Dutzend Deutsche sind *schon vor Ort. Die Infrastruktur in* dieser menschenleeren Gegend muß noch errichtet werden, soll das ganze Unternehmen nicht im Chaos versinken. Gleichwohl ist die Aktion „Ölschleppe" bereits angelaufen.

Hafenkapitän Mardi Qatamin hat erst einmal die Verladung des Rohöls in Akaba organisiert. Für 20 Millionen Dollar wurden Anfahrtsstraßen und eine Pier gebaut sowie ein Tanker *gechartert, der als Verlade-Insel* dient. Bisher pumpten die Tankzüge das Rohöl direkt in die Tankschiffe, was bis zu einer Woche dauerte. Das muß jetzt schneller gehen.

Die Lastwagen-Fahrer, die oft schon seit Jahren für gutes Geld (bis zu tausend Dollar monatlich) zwischen Irak und Akaba pendeln, sind Jordanier, Iraker, Palästinenser, Libanesen, Iraker und auch Bulgaren, *die viele Lastzüge stellen.* Zu jeder Crew gehören zwei Mann, die sich ablösen; wann immer das möglich ist, reparieren sie ihre „Kisten" sogar während der Fahrt. Die Improvisation treibt hier exotische Blüten. Dennoch sollen jetzt „fliegende Reparatur-Kolonnen" eingerichtet werden.

Die gefährlichsten Strecken-Abschnitte sind auf der kehrenreichen Straße neben der Phosphat-Bahn zwischen Akaba und Amman in Jordanien. Eine Schleichtour. Die Abfahrten erscheinen leichter, sind aber teuflisch gefährlich. Ein Horrorstück auch die Umgebung von Amman: Lange Staubfahnen vernebeln die zweibahnige Schotterstraße. Staungen, Flüche, Schweißausbrüche. Die Polizei paßt auf, daß Fahrer nicht einfach durchs Gelände preschen.

Tag und Nacht läuft der Verkehr von und nach Irak über die ausgebaute „Rollbahn", die längst die eigentliche Piste ersetzt hat. *Hinter Amman* folgt die Straße der stillgelegten Pipeline, die einst von Norden nach Haifa führte. Stur, geradeaus durch die Wüste, der Horizont versinkt in heißem Dunst, der Staub lastet auf Mensch und Material bei Tagestemperaturen von fünfzig Grad. Es gibt einige Wasserstellen, wo aus dreckigen Fässern Diesel verkauft wird. Raststätten mit ein paar dürren Sträuchern und räudigen Köter. „Laden" ein zu einem lauwarmen Trunk, zu Reis und Büchsenfleisch.

1400 Kilometer lang ist die gesamte Strecke. Die Fahrer sind drei Tage unterwegs, die Abfertigung an der Grenze ist für Nachschub-Konvois nur eine Formalität. Es geht schneller als bei den Bussen, die mit Pilgern oder Tieren unterwegs sind.

Letzthin hat der Tanker-Krieg im *Golf und die vom verfeindeten Syrien* gesperrte Pipeline von Nordirak in den libanesischen Hafen Saida den großen Öl-Treck der Weltgeschichte erzwungen. Für das exportierte Rohöl, das nicht mehr über den gefährlichen Golf verschifft werden kann, erhält Bagdad kostbare Devisen. Oder wie im Fall des Geschäfts mit Brasilien: 90 000 VW-„Santana".

Motorisierte Polizei sorgt auf dem Treck für Ordnung. Die Lkw-Fahrer sind harte und ausgefuchste Burschen, den Totschläger neben sich auf dem Sitz. Die Männer rauchen auf den Tanklastzügen, die trotz äußerer Verbeulung innen ganz gemütlich mit Aircondition und Sprechfunk ausgerüstet sind. Viele Fahrer rissen schon die harte Persien-Route durch die wilde Osttürkei ab. Doch im Gegensatz zur Türkei und zu Iran lauern hier keine Räuberbanden, höchstens lamentierende Beduinen, denen nächtens ein paar Kamele oder Schafe überfahren wurden. Weiterfahren heißt die Devise.

Erst 1988 sollen zwei neue Pipelines die wilde Hatz der Sattelschlepper beenden. Bis dahin heißt es auf der heißesten Route der Welt: Jallah – Vorwärts! (SAD)

Eigentümer des Bergwerks im Stavatal verhaftet

AFP, Triest

Einer der beiden Eigentümer des Fluorit-Bergwerks im Stavatal in den Dolomiten, Giulio Rota, ist in der Nacht zu Mittwoch in Triest verhaftet und der „fahrlässigen Auslösung einer Katastrophe sowie der mehrfachen fahrlässigen Tötung" angeklagt worden. Ob auch ein Haftbefehl gegen seinen Bruder Aldo, den anderen Besitzer, vorliegt, wurde nicht bekannt. Der Abrutsch des Klärbeckens der Gesellschaft „Prealpi Mineraria", das zu dem Fluorit-Bergwerk gehört, hatte die Überschwemmungskatastrophe am vergangenen Freitag verursacht. Das italienische Ministerium für Zivilschutz sprach gestern von 200 geborgenen Toten, von denen 188 identifiziert wurden. 51 Menschen werden noch vermißt. Die EG-Kommission hat ebenfalls gestern eine finanzielle Nothilfe von einer Million Ecu (rund 2,25 Millionen Mark) für die Opfer der Katastrophe bereitgestellt.

„Michail Somow" erreicht

dpa, Moskau

Für die Seeleute und Polarforscher des seit vier Monaten im Packeis der Antarktis eingeschlossenen sowjetischen Expeditionsschiffes „Michail Somow" ist Rettung in Sicht. Am Dienstag landete ein Mi-8-Hubschrauber neben dem Schiff. Damit gibt es jetzt zwischen dem mit den Eismassen in Richtung Ross-Meer treibenden Schiff und dem Eisbrecher „Wladiwostok" eine Luftbrücke.

Alpinisten abgestürzt

rtr, Bern

In den Schweizer Bergen sind am Dienstag vier Menschen zu Tode gestürzt. Im Graubündner Bernina-Gebiet kam ein Deutscher ums Leben, als er nach Angaben der Polizei auf der „Cambrena-Eisnase" ausrutschte und 200 Meter tief stürzte. An der Zugspitze, Deutschlands höchstem Berg, verunglückte ein 24jähriger Bergsteiger aus Marktoberdorf in Bayern tödlich.

Blutspender gesucht

dpa, Münster

Wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gestern in Münster berichtete, drohe die Versorgung der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland mit Blutkonserven zusammenzubrechen. Vor allem solche mit dem Merkmal „Rhesusfaktor negativ" seien besonders knapp. Das DRK appellierte an die Bevölkerung, sich stärker an den regelmäßigen Blutspendeterminen zu beteiligen.

Zeelandbrücke rostig

dpa, Den Haag

Die von Touristen stark befahrene Zeelandbrücke, die die Inseln Noord-Beveland und Schouwen-Duiveland an der südholländischen Küste miteinander verbindet, ist nach Angaben der Amsterdamer Zeitung „De Telegraaf" von Rost angegriffen. Die Brückenverwaltung der Provinz erklärte, daß für den Verkehr keine Gefahr bestehe. Ein Einsturz sei ausgeschlossen.

Dicke Schulkinder

dpa, Bochum

Schulkinder in der Bundesrepublik Deutschland sind zu dick und leiden deshalb vermehrt unter Haltungsschäden sowie Herz- und Kreislaufproblemen. Zu diesem Resultat kommt der Bochumer Heilpädagoge Professor Friedrich Schneider nach der Untersuchung von rund 1200 Zehn- bis Vierzehnjährigen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Schneider, der veränderte Eß- und Bewegungsgewohnheiten dafür verantwortlich machte, fordert einen besseren Sportunterricht.

Alligator im Wege

SAD, Freeport

Eine Stunde stand am Montag morgen auf einer Hauptstraße von Freeport (US-Bundesstaat Texas) der Verkehr still. Ein Alligator hatte sich dort breitgemacht und schnappte nach allem, was sich bewegte. Das 2,25 Meter lange und rund 350 Kilo schwere Tier war auf der Suche nach Nahrung aus dem Brazos-Fluß gekrochen. Erst ein texanischer Lassotrick brachte das Tier dazu, wieder in den Fluß zurückzukehren.

Stauprognose

DW. München

Für morgen und Samstag wird eine zweite heiße Phase im Urlaubsverkehr erwartet. Für über eine Million Schulkinder aus Baden-Württemberg beginnen bereits heute die Ferien, morgen dann der Urlaub für die etwa 60 000 Mitarbeiter von VW in Wolfsburg. Der ADAC erwartet deshalb über 750 000 Autos auf den Autobahnen in Richtung Süden.

ZU GUTER LETZT

„Ich schütt' so gern in meinen Wein
ein gutes Frostschutzmittel rein,
dann schmeckt zum Schein
dieser Wein wirklich fein.
Ein Tröpferl harmloses Glykol
das adelt jeden Alkohol,
drum sag ich prost, liebe Leut',
sehr zum Wohl."

Wiens neuestes Heurigenlied mit dem Titel: „Frostschutz-Weinballade".

Risiko der Hundebesitzer

Halter haftet auch bei nichtschuldhaftem Verhalten

R. Z. Bonn

Ergebnislos verlief bis gestern nachmittag die bundesweite Fahndung nach dem Besitzer einer Dogge, die – wie berichtet – am Montag abend auf der Autobahn Köln–Frankfurt einen Verkehrsunfall verursacht hatte, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Wie die Polizei ermittelte, war die etwa ein- bis dreijährige schwarz-weiß-gefleckte reinrassige Hündin (sie trug keine Marke) von ihrem Besitzer nahe der Unfallstelle an einen Baum gebunden worden. Sie konnte sich aber losreißen. Beim Überqueren der Fahrbahn kam es zum folgenschweren Unfall. Seit gestern ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen den unbekannten Besitzer wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung.

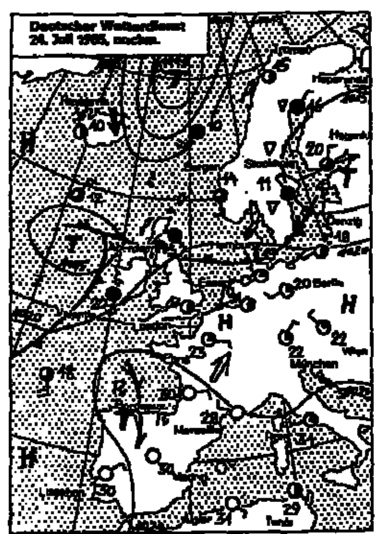
Peter Gauly, der Sprecher des HUK-Verbandes, erklärte gestern der *WELT*, ein Tierhalter hafte selbstverständlich persönlich für alle Schäden und Folgeschäden, *die ein von ihm* ausgesetztes Tier verursache. Die Haftpflichtversicherung zahle nur dann, wenn ein Hund entlaufen sei.

Neuerdings registrieren Deutschlands Haftpflichtversicherer ein deutliches Ansteigen der Unfälle, in die sogenannte Luxustiere verwickelt sind, das heißt Tiere, die nicht zum Erwerb gehalten werden, also vor allem Hunde und Reitpferde. Grundsätzlich haftet für diese Tiere ihr Besitzer. Die Juristen sprechen dabei von einer Gefährdungshaftung, die auch ohne Verschulden des Tierhalters automatisch eintritt. Selbst wenn *etwa der Hund schon tot auf der Straße* liegt und einen auffahrenden Wagen beschädigt oder einen weiteren Unfall auslöst, muß der Halter des Tieres für den Schaden aufkommen (Urteil des OLG Celle vom 3. 12. 79, AZ: 1 U 25/79).

Der HUK-Verband empfiehlt daher für alle privaten Tierhalter eine Tier-Haftpflichtversicherung, die alle Personen-, Sach- und Folgeschäden wie Verdienstausfall, Schmerzensgeld und andere Kosten abdeckt. Die Deckungssumme einer solchen Hundehaftpflicht sollte etwa eine Million *Mark betragen.* Der Beitrag: *150 bis* 170 Mark pro Jahr. Eine nicht unbeträchtliche *Zahl von Hundehaltern,* so Gauly, meine immer noch, eine solche Versicherung ihres geliebten Vierbeiners sei nicht nötig.

WETTER: Sonnig und sehr warm

Wetterlage: Das Hoch verlagert sich *langsam in Richtung Osten, bleibt aber* mit sehr warmer Luft vorerst wetterbestimmend. Im weiteren Verlauf greift von Westen her ein Gewittertief auf Deutschland über.



Stationen, 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt.

Vorhersage für Donnerstag:

Wolkenarm und sonnig, niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 24 Grad, sonst 26 bis 31 Grad. Tiefsttemperaturen in der *Nacht zum Freitag* bei 16 Grad. *Meist* schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Von Westen her aufkommende stärkere Quellbewölkung und nachfolgend gewittrige Niederschläge, dabei schwülwarm.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	31°
Bonn	21°	Kopenh.	17°
Dresden	20°	Las Palmas	23°
Essen	21°	London	17°
Frankfurt	22°	Madrid	30°
Hamburg	19°	Mailand	27°
List/Sylt	15°	Mallorca	29°
München	22°	Moskau	13°
Stuttgart	23°	Nizza	27°
Algier	31°	Oslo	18°
Amsterdam	22°	Paris	23°
Athen	31°	Prag	20°
Barcelona	30°	Rom	31°
Brüssel	22°	Stockholm	11°
Budapest	24°	Tel Aviv	32°
Bukarest	28°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	22°
Istanbul	25°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.37 Uhr, *Untergang: 21.19 Uhr;* **Mondaufgang:** 16.22 Uhr, Untergang: 0.31 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Fluchtpunkt Paris

Erschüttert zeigten sich seine Freunde, als sich Weltstar **Rock Hudson** (59) „Bettgeflüster" nach langer Zeit wieder einmal in der Öffentlichkeit sehen ließ. Abgemagert, von Schmerzen gezeichnet, aber ungebrochen präsentierte sich der 1,95 Meter große Amerikaner Seite an Seite mit **Doris Day**, seiner ehemaligen Partnerin. Böse Zungen wollen ihm Aids andichten, nahe Freunde von inoperablem Leberkrebs wissen. Wie sein Agent **Dale Olson** *gestern mitteilte,*



habe Hudson schon mehrfach im Koma gelegen. Der Star – erst kürzlich als Serienheld in „Räder" im Fernse*hen zu sehen – läßt* sich derzeit in Paris im Amerikanischen Krankenhaus untersuchen. Dort ist man viel zurückhaltender mit der Diagnose. Bis gestern war man jedenfalls keineswegs sicher, woran der Mime leidet.

Tatort Paris

Für einen entzückenden kleinen Skandal *sorgte der deutsche Couturier* **Karl Lagerfeld**, als er seine für Chanel entworfene Kollektion präsentierte. Der Mann mit dem Zopf ließ ein Mannequin über den Laufsteg schweben, das unter einem todschicken Zobelmantel einfach – nackt war. Wie schon jemand in Vicky Baums „Menschen im Hotel". Alles schon 'mal dagewesen. Für Lagerfeld ist **Ines de la Fressange** die schönste Frau der Welt.

Französischer Abgang?

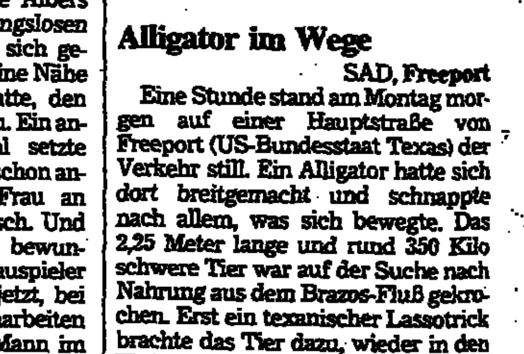
Unter dem Verdacht, *mit* Kokain gehandelt zu haben, wurde er in Lon*don verhaftet. Gegen eine Kaution* von (lächerlichen?) 600 000 Mark kam der saudische Prinz **Mansur Ben-Saud Abdul Aziz** (31) am Montag wieder frei. Dann überschlugen sich die Gerüchte. Er habe das Land verlassen, hieß es verbittert in Regierungskreisen. Andererseits will sich der Sohn des verstorbenen König Saud gestern in London Journalisten gestellt haben. Wo bleiben die Fotos?

„In Hamburg, da bin ich zu Haus", Hans Albers zum 25. Todestag

Von WALTER DEPPISCH

Heimat ist da, wo einer stirbt – *nicht* da, wo er *lebt. Und* wenn die Reihe mal an mir ist, *dann soll es in Hamburg sein.*" Hans Albers hatte das einmal gesagt, doch der Tod hatte seine eigene Wahrheit. Es war eine Münchner Klinik, in der am 24. Juli 1960, einem Sonntag, gestern vor 25 Jahren, der große Volksschauspieler und -sänger starb. Seine Vaterstadt Hamburg konnte ihm nur noch die letzte Ruhestätte im Familiengrab gewähren. Es waren gute Zehntausend, die „ihrem blonden *Hans" die letzte Ehre* erwiesen und Abschied nahmen von dem bißchen Sterblichkeit, *das der Mensch mit* sich nimmt. Und das war an einem Freitag, am 29. Juli 1960 – der Tag, an dem die Unsterblichkeit des Künstlers begann.

Man muß es den Hamburgern nachsehen, daß ihnen der Künstler Hans Albers weniger wichtig war als der Hamburger Jung gleichen Namens. Was heißt „nachsehen" – *man muß* ihren Sinn für Realität bewundern. Just dieser blonde Hans mit den wasserblauen Augen, mit der brüchigen Stimme und dem Tonfall seiner Sprache, mit dem er den Bürgern *Hamburgs mitten ins Herz traf* – just dieser Mann war ja in aller Welt ihr *Botschafter gewesen. Und wenn* irgendeiner überhaupt – Hans Albers war es, der stellvertretend für einen ganzen Menschenschlag die Sympathien auf sich gehäuft hatte.



Hans Albers in zwei Glanzrollen: „Der Mann, der Sherlock Holmes war" (links) und als Abenteurer in „Johnny rettet Nebraska".

Er hatte immer wieder glaubhaft gemacht, daß die Hamburger nicht nur irgendwelche Bewohner einer Großstadt sind, sondern Menschen mit eigener Sinnesart und jedenfalls etwas, was sie gern hätten sein mögen. Draufgänger, Sieger, Greifer, Hoppla-Ich-Mensch, rauhe Schale, gutes Herz, unstudiert, aber lebenserfahren – ein Mann wie ein Donnerwort, ein Füllhorn an Identifikationswerten. Wer war einer wohl, wenn er aus einem Hans-Albers-Film kam? Hans Albers natürlich, wer sonst ...

Das war es, was den Mann aus dem Volk, den Schlachtersohn aus der Langen Reihe im Hamburger Stadtteil St. Georg (das Haus steht noch) so beliebt machte, und nicht nur bei den Bürgern seiner Heimatstadt. Es gab größere Darsteller auf der Bühne, im Film, es gab unter ihnen welche, die unersetzlich geblieben sind. Auch Hans Albers hat keinen Nachfolger gefunden. Er ist, noch heute nach 25 Jahren, sein eigener Nachfolger geblieben. Sein Beliebtheitsgrad hält unvermindert an, *und das ist selten.* Es ist ein Stück dessen, was nicht *stirbt an einem Menschen, etwas* wie ein perpetuum mobile post mortem.

„In Hamburg, da bin ich zu Haus", so heißt es in einem seiner Lieder, in denen seine lebenslange Sehnsucht nach der Vaterstadt mitklingt und die um so überzeugender sich durchs Ohr ins Volksherz bohrten, wenn des Sängers stimmlicher Rauhputz sich am Rand des Schluchzers bewegte und vollends umzukippen drohte. *Hans Albers hatte seinen Wohnsitz* nicht lange in Hamburg, er zog nach Berlin, wo er die meisten seiner 110 Filme drehte (und sich auch das „Berlinern" zu eigen machte), und erkor *dann Garatshausen* am Starnberger See zu seiner Wahlheimat. Sein Herz aber blieb im Norden.

Die Hamburger hatten ein Gespür *dafür. Ihr blonder Hans* bekannte sich, wo immer er war, ob privat oder in seinen Filmen – *was machte* es schon aus, daß sie mit der Realität *nur wenig zu tun hatten? – zu seiner,* zu ihrer Stadt. Die Straße Große Freiheit, die ihr eigenes Glanzlicht von der berühmten Reeperbahn abzweigt, sie bedeutet den Hamburgern selbst so gut wie nichts. Im Film aber, in der „Großen Freiheit Nr. 7", da schlägt ihnen „Das Herz von St. Pauli" entgegen.

Wer Hans Albers kannte, der kann*te auch seine zwei Gesichter. Er hatte* seine einsamen Stunden, in denen seine Augen *nicht die berühmte* Bläue ausstrahlten, und er hatte auch seine „kleine Philosophie", die indes weit über das *hinausging, was er* in seinem Lied „Ich hab' eine kleine Philosophie" besang. Er sinnierte über das Leben, über die Menschen, über die Vergänglichkeit und das, was bleibt. Aber Zweifel an sich – die kannte er nicht.

Er mochte die Menschen aus einer Art erhöhter Position heraus. Er fühlte sich als König und hatte ein Herz für seine Untertanen. Er hatte echte Herzensgüte. Er liebte das Einfache so gut wie den Luxus einer Havana-Zigarre, einer Flasche Champagner, eines Kognaks oder einer fürstlichen *Suite im Atlantic Hotel*, wann immer er nach Hamburg kam. Und er liebte es, *abends in Seemannskneipen zu* gehen.

Aber er kannte auch spontane Antipathie. „Wer ist das?", fragte er mich *einmal*, als wir zusammensaßen. „Den mag ich nicht", sagte Albers brüsk und kehrte dem ahnungslosen Gast, der sich gerade in seine Nähe gesetzt hatte, den Rücken zu. Ein anderes Mal setzte sich eine schon angejahrte Frau an seinen Tisch. Und was der bewunderte Schauspieler – er war jetzt, bei den Dreharbeiten zu „Der Mann im Strom" 1958, immerhin schon 65 Jahre alt – was er auch tat, sie verhielt sich still, ohne zu stören, ließ aber keinen Blick von seinem Gesicht. „*Mußt mich nicht so angucken,* Deern", sagte er schließlich. Das war *nicht Antipathie, es war wohl* ein bißchen Müdigkeit nach der lebenslan*gen Schürzenjagd, die ihm selbst* Freunde nachgesagt haben.

Es ist wahr, Hans Albers hatte ein großes Herz, und es war nicht der *kleinste Platz*, den er sich darin selbst eingeräumt hatte. Auch das machte ihn sympathisch: Die Hamburger haben ihm manches an Dank zurückerstattet. Ein Platz auf St. Pauli trägt seinen Namen, sein Geburtshaus eine Gedenktafel. Und im nächsten Frühjahr soll auf „seinem" Platz ein Denk*mal aufgestellt* werden. Ein Seemann mit herabhängender Ziehharmonika – freilich ohne den geringsten Ehrgeiz, dem so Geehrten auch ähnlich zu sehen. Albers war gegen ein Denkmal: „Da fall' ich womöglich noch vom Sockel".